

4. Sitzung

Donnerstag, den 19.11.2009

Erfurt, Plenarsaal

**Regierungserklärung der
Ministerpräsidentin** **68**

Die Regierungserklärung wird durch Ministerpräsidentin Lieberknecht abgegeben.

Die Aussprache zur Regierungserklärung wird durchgeführt.

Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission (ParlKK) gemäß § 18 Abs. 2 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes (ThürVSG) **122**

Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU und der SPD sowie der Fraktion DIE LINKE
- Drucksachen 5/79/94 -

Als Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission werden in geheimer Wahl mit der erforderlichen Mehrheit der Mitglieder des Landtags gewählt:

*Abgeordneter Wolfgang Fiedler (CDU)
Abgeordneter Fritz Schröter (CDU)
Abgeordneter Heiko Gentzel (SPD)
Abgeordneter Dieter Hausold (DIE LINKE)
Abgeordneter Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Wahl der Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 Grundgesetz (G 10-Kommission) gemäß § 2 des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes (AG G 10) **123**

Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU und der SPD sowie der Fraktion DIE LINKE
- Drucksachen 5/80/89 -

Als Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 Grundgesetz (G 10-Kommission) werden in geheimer Wahl mit der erforderlichen Mehrheit der Mitglieder des Landtags gewählt:

*Abgeordneter Wolfgang Fiedler (CDU)
Abgeordnete Dorothea Marx (SPD)
Abgeordneter Ralf Hauboldt (DIE LINKE)*

Wahl zur Bestimmung der weiteren gesellschaftlich bedeutsamen Mitglieder des MDR-Rundfunkrates

124

Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU und DIE LINKE
- Drucksachen 5/81/91 -
dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/27 -

Als weitere gesellschaftlich bedeutsame Mitglieder des MDR-Rundfunkrates werden in geheimer Wahl gewählt:

*Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen e.V.
BUND, Landesverband Thüringen e.V.*

Wahl von Mitgliedern und deren Stellvertretern des Stiftungsrats der Stiftung „Gedenken - Erinnern - Lernen. Thüringer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“

125

Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU und DIE LINKE
- Drucksachen 5/82/90 -

Als Mitglieder und deren Stellvertreter des Stiftungsrats der Stiftung „Gedenken - Erinnern - Lernen. Thüringer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ werden in geheimer Wahl gewählt:

*Abgeordneter Klaus von der Krone (CDU) als Mitglied
Abgeordneter Dr. Klaus Zeh (CDU) als stellvertretendes Mitglied
Abgeordnete Dr. Karin Kaschuba (DIE LINKE) als Mitglied*

Die Abgeordnete Katharina König (DIE LINKE) erhält in zwei Wahlgängen als stellvertretendes Mitglied nicht die erforderliche Mehrheit.

Nachwahl von Mitgliedern in die Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt

127

Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU und der SPD
- Drucksache 5/83 -

Als Mitglieder in die Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt werden in geheimer Wahl gewählt:

*Abgeordneter Dr. Klaus Zeh (CDU)
Abgeordneter Uwe Höhn (SPD)*

Immunität von Abgeordneten des Thüringer Landtags

128

Antrag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 5/68 -

Der Antrag wird angenommen.

Übertragung von Zustimmungsvorbehalten für den Landtag nach der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) auf den Haushalts- und Finanzausschuss

128

Antrag der Fraktionen der CDU,
DIE LINKE, der SPD, der FDP
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 5/69 -

Der Antrag wird angenommen.

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Althaus, Bergemann, Diezel, Emde, Fiedler, Grob, Günther, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauße, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Schröter, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Wetzels, Worm, Wucherpennig, Dr. Zeh

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Enders, Dr. Hartung, Hauboldt, Hausold, Hellmann, Hennig, Huster, Jung, Dr. Kaschuba, Keller, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Dr. Lukin, Ramelow, Renner, Sedlacik, Sojka, Wolf

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Gentzel, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Matschie, Metz, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Recknagel

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Meyer, Rothe-Beinlich, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Prof. Dr. Huber, Machnig, Matschie, Dr. Poppenhäger, Reinholz, Dr. Schöning, Taubert, Walsmann

Rednerliste:

Präsidentin Diezel	66, 67, 68, 81, 92
Vizepräsident Gentzel	119, 121, 122
Vizepräsidentin Hitzing	122, 124, 125, 126, 127, 128
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	100, 104, 108, 114
Barth (FDP)	67, 108
Blechschmidt (DIE LINKE)	68, 126
Emde (CDU)	67
Hennig (DIE LINKE)	127
Höhn (SPD)	104
Holzapfel (CDU)	122, 124, 125, 126
Meyer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	122, 123, 124, 125
Mohring (CDU)	92
Mühlbauer (SPD)	127, 128
Ramelow (DIE LINKE)	81, 121
Rothe-Beinlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	119
Siegesmund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	101
Lieberknecht, Ministerpräsidentin	68
Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur	114

Die Sitzung wird um 9.01 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags herzlich willkommen und eröffne damit die Sitzung. Ich begrüße die Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Vertreter der Medien.

Für den Abgeordneten Dr. Hartmut Schubert, der zum Staatssekretär im Thüringer Sozialministerium berufen wurde - dem wir herzlich gratulieren und alles Gute wünschen - und mittlerweile sein Mandat niedergelegt hat, gehört jetzt Abgeordneter Frank Weber dem Thüringer Landtag an. Herr Weber, herzlichen Glückwunsch für Ihr Mandat als Abgeordneter. Auf gute Zusammenarbeit.

(Beifall im Hause)

Als Schriftführer neben mir haben Platz genommen der Abgeordnete Dr. Hartung und der Abgeordnete Dr. Voigt.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt Frau Ministerin Taubert für die Zeit nach der Mittagspause und der Abgeordnete Untermann sowie Frau Abgeordnete Stange.

Allgemeine Hinweise: Die Übersicht über die erteilten Dauergenehmigungen für Bild- und Tonaufnahmen für die 5. Wahlperiode durch den Ältestenrat gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung wurde ergänzt und den Parlamentarischen Geschäftsführern übergeben.

Die UNICEF-Arbeitsgruppe Erfurt führt heute ihren traditionellen Verkauf von Weihnachtskarten und Kalendern im Foyer des Landtagsrestaurants durch.

Weitere Hinweise: Die Fraktionen sind im Ältestenrat folgendermaßen übereingekommen: Für die heutige Sitzung konnten alle Fraktionen einen Antrag für die Aktuelle Stunde einreichen. Dies haben die Fraktionen der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemacht. Für die Zukunft sollte geprüft werden, ob die Geschäftsordnung entsprechend geändert wird.

Heute soll nach 17.00 Uhr kein weiterer Tagesordnungspunkt aufgerufen werden. Wir haben eine herzliche Einladung des Bistums zum Elisabethempfang erhalten und damit soll allen Abgeordneten die Möglichkeit gegeben werden, an diesem Empfang teilzunehmen.

Zu TOP 8: Antrag der Fraktion DIE LINKE „Schulmilch und Schulobst für alle Kinder im Grundschulalter entgeltfrei“ wurde ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/95 verteilt. Gemäß § 64 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung sind Änderungsanträge zu selbstständigen Vorlagen, die keinen Gesetzentwurf enthalten, nur mit Zustimmung der Antragsteller zulässig. Ich frage deshalb die Fraktion DIE LINKE: Erteilen Sie die Zustimmung zur Einbringung dieses Änderungsantrags? Ich sehe, Sie erteilen die Zustimmung.

Der Wahlvorschlag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion in TOP 15 „Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission“ hat die Drucksachennummer 5/79. Der zwischenzeitlich verteilte Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/88 wurde durch die Fraktion zurückgezogen. Gleichzeitig wurde in Drucksache 5/94 ein neuer Wahlvorschlag unterbreitet, der Ihnen vorliegt.

Der neue Wahlvorschlag wurde nicht in der nach § 51 Abs. 1 Geschäftsordnung vorgesehenen Frist von 48 Stunden vor Beginn der Plenarsitzung verteilt. Daher ist über die Fristverkürzung gemäß § 66 Abs. 1 zu beschließen. Gibt es Widerspruch? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit frage ich: Wer ist für die Fristverkürzung, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Bei einigen Stimmenthaltungen ist damit die Fristverkürzung beschlossen.

Der Wahlvorschlag zu TOP 16 „Wahl der Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 Grundgesetz“ der Fraktionen der CDU und SPD sowie der Fraktion DIE LINKE haben die Drucksachennummern 5/80 und 5/89.

Die Wahlvorschläge zu TOP 17 „Wahl zur Bestimmung der weiteren gesellschaftlich bedeutsamen Mitglieder des MDR-Rundfunkrates“ der Fraktion der CDU sowie der Fraktion DIE LINKE haben die Drucksachennummern 5/81 und 5/91.

Die Wahlvorschläge zu TOP 18 „Wahl von Mitgliedern und deren Stellvertretern des Stiftungsrats der Thüringer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ der Fraktion der CDU sowie der Fraktion DIE LINKE haben die Drucksachennummern 5/82 und 5/90.

Der Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU und SPD zu TOP 19 „Nachwahl von Mitgliedern in die Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt“ hat die Drucksachennummer 5/83.

Zu TOP 20 - Fragestunde - kommen folgende Mündliche Anfragen hinzu: Drucksachen 5/76, 5/84 und 5/87.

Die Fraktion der CDU hat angekündigt zu beantragen, dass die Wahl zu den Tagesordnungspunkten 15 und 19 heute nach der Mittagspause und die Tagesordnungspunkte 13 und 14 nach der Wahl aufgerufen werden. Ich frage: Ist das so? Ja, Herr Geschäftsführer.

Abgeordneter Emde, CDU:

Ja, Frau Präsidentin, wir beantragen, die Wahlen der Tagesordnungspunkte 15 bis 19 heute nach der Mittagspause zu behandeln und anschließend gleich die Tagesordnungspunkte 13 und 14 ohne Aussprache hier vorzusehen.

Präsidentin Diezel:

Gut, dann lasse ich darüber abstimmen. Wer damit einverstanden ist, dass die Tagesordnungspunkte 15 bis 19 nach der Mittagspause aufgerufen werden, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Mit 3 Gegenstimmen aus der FDP-Fraktion ist diese Veränderung der Tagesordnung im Ablauf so beschlossen.

Die FDP-Fraktion hatte angekündigt, die Tagesordnungspunkte 15 „Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission“ und 16 „Wahl der Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 Grundgesetz“ von der Tagesordnung absetzen zu wollen. Da wir jetzt aber die veränderte Tagesordnung mit Mehrheit so beschlossen haben, halten Sie diesen Antrag aufrecht? Ja. Dann bitte ich, über den Antrag abzustimmen, dass die Tagesordnungspunkte 15 und 16 von der Tagesordnung abgesetzt werden. Wer damit einverstanden ist ... Sie möchten sprechen? Bitte.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank. Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben beantragt, diese beiden Tagesordnungspunkte, es geht um die Wahl der Mitglieder für die Parlamentarische Kontrollkommission und die Wahl der Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 Grundgesetz, der sogenannten G 10-Kommission, heute von der Tagesordnung abzusetzen, weil diese beiden Kommissionen zwei grundlegende Kontrollrechte des Parlaments sind. Wir haben heute eine ganze Reihe von Wahlen zu verschiedenen Gremien, die auch verschiedene Kontrollfunktionen haben. Bei all diesen Wahlvorschlägen, bei all diesen Besetzungen wird es darauf hinauslaufen, dass es nur drei Fraktionen in diesem Hohen Hause sind, die in den entsprechenden Gremien berücksichtigt werden. Am 30. August hat eine Land-

tagswahl stattgefunden, die dazu geführt hat, dass fünf Fraktionen in diesem Landtag vertreten sind. Wenn wir auch davon Kenntnis nehmen, dass drei von diesen fünf Fraktionen in der Opposition sind, und wenn wir Opposition als organisierte und auch als institutionalisierte Kontrolle der Regierung und der sie tragenden Fraktionen verstehen, dann halte ich es für richtig, dass wir einen Weg suchen, wie sich dieser Wählerwille, nämlich dass fünf Fraktionen im Landtag vertreten sind, auch in den zentralen Kontrollgremien, die der Landtag hat, wiederfindet.

Leider hat es bisher dazu keine wirklich ernsthafte Diskussion gegeben, obwohl es sicherlich Wege dazu gäbe. Wir haben deshalb sowohl die Landesregierung befragt, ob sie Wege sieht, wie man diese entsprechende Berücksichtigung und Beteiligung aller Oppositionsfraktionen in den Gremien realisieren kann, und wir haben auch die Landtagsverwaltung gebeten, dazu ein Gutachten zu erarbeiten. Wir bitten deshalb darum, diese Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen, bis diese beiden Gutachten bzw. die Antwort der Landesregierung vorliegen, um dann gemeinsam nach Wegen zu suchen, wie wir diese Beteiligung aller Fraktionen entsprechend realisieren können. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Möchte jemand dagegen sprechen? Das sehe ich nicht. Dann stimmen wir darüber ab, ob die Tagesordnungspunkte 15 und 16 von der Tagesordnung genommen werden. Wer für die Absetzung der Tagesordnungspunkte 15 und 16 ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist bei einer großen Mehrheit des Hauses so nicht bestätigt worden. Die Tagesordnungspunkte bleiben in der entsprechenden Reihenfolge auf der Tagesordnung, so, wie wir es eben beschlossen haben.

Ich frage jetzt: Gibt es weitere Ergänzungen und Anträge zur Tagesordnung? Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, ich hatte beantragt, dass die Tagesordnungspunkte 13 und 14 - es geht um die Immunität von Abgeordneten und die Übertragung von Zuständigkeiten auf den Haushalts- und Finanzausschuss - sofort im Anschluss an die Wahlen behandelt werden, und zwar ohne Aussprache.

Präsidentin Diezel:

Wenn ich mich recht erinnere, haben wir das in der ersten Abstimmung mit abgestimmt. Ja? Das waren die Tagesordnungspunkte 15 bis 19 heute nach der Mittagspause und unmittelbar danach die Tagesordnungspunkte 13 und 14. Gibt es da Widerspruch, dass wir das abgestimmt haben? Gut, dann ist das so bestätigt.

Ich frage noch einmal: Gibt es Veränderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung? Bitte schön.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, namens meiner Fraktion beantrage ich - unabhängig von der Abarbeitung der Tagesordnung der Plenarsitzung -, die Tagesordnungspunkte 10 und 11 auf alle Fälle am morgigen Tag abzuarbeiten. Entsprechende Terminleisten und Befristungen, die mit diesen Anträgen verbunden sind, lassen nur noch eine entsprechende Reaktion des Thüringer Landtags zur hiesigen Plenarsitzung zu, ansonsten würden die Anträge zumindest mit dem Blick auf die Terminleisten hinfällig. Demzufolge bitte ich um diese Änderung.

Präsidentin Diezel:

Gut, dann lasse ich darüber abstimmen. Wer damit einverstanden ist, dass die Tagesordnungspunkte 10 und 11 auf jeden Fall morgen behandelt werden, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Danke. Stimmenthaltungen? Bei einigen Stimmenthaltungen ist dem Antrag nicht stattgegeben worden. Damit bleibt die Tagesordnung so. Ich frage noch einmal: Gibt es weitere Änderungen zur Tagesordnung? Das ist nicht der Fall, dann treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1**

**Regierungserklärung der
Ministerpräsidentin**

Ich bitte Frau Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht um ihre Regierungserklärung.

Lieberknecht, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, „aller Anfang ist hingeeordnet auf Vollendung“, Thomas von Aquin. Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nur so gut wie die Ziele, die sie sich setzt. Die Koalition aus CDU und SPD hat nach intensiver, offener, fairer Diskussion im Koalitionsvertrag einen von breiter Mehrheit getragenen Konsens über die Ziele dieser Regierung gefunden. Der Staat, das ist in einer freiheitlichen Ordnung die

Verkörperung dessen, was wir sein wollen, die Verkörperung gemeinsamer Ideale. Die Menschenrechte, sie sind das Fundament der Demokratie; Demokratie gibt Chancen jedem Einzelnen. Breite Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, das ist mein Verständnis von Politik. Politik hat für mich aber auch einen ethisch-moralischen Anspruch. „Politik ist“ - so hat es Konrad Adenauer einmal gesagt - „die Kunst, das auf ethischer Grundlage als richtig Erkante zu verwirklichen“ - ein hoher Anspruch, aber auch ein wertvoller Anstoß zum Handeln.

Ich will daher in meinem Amt den Blick nicht nur auf die schimmernde Oberfläche, sondern möglichst in die Tiefe lenken. Das ist in einer vernetzten Welt der Globalisierung dringender denn je. Verantwortungsvolle, vom Respekt vor der Schöpfung geleitete Politik kann nur nachhaltig generationenübergreifend sein. Zu einer verantwortungsbewussten Politik gehört auch der Mut, den Menschen die Wahrheit zu sagen, der Mut zu sagen, worauf es ankommt. Mit diesem Credo will ich mein Amt führen, das Wohl der Bürgerinnen und Bürger, das Wohl aller Menschen in unserem Land vor Augen. Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit, das ist die Basis meines politischen Handelns.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben bei allen Herausforderungen das Glück, die 5. Legislaturperiode im Freistaat Thüringen auf hohem Niveau beginnen zu können, geistig-kulturell, ökonomisch-ökologisch und auch technologisch. Das macht Mut, das gibt Kraft in schwierigen Zeiten des Umbruchs. Das Bewährte bewahren, das Überholte fortentwickeln, das ist unsere Aufgabe. Wir haben eine unerschöpfliche Quelle - unseren kulturellen Reichtum. Geistige Impulse, Kreativität und Schöpfergeist erwachsen aus unserer Kultur von Weltrang. Unser kultureller Reichtum, er ist unser wertvollstes Potenzial. Nutzen wir diesen Reichtum auch zur Lösung unserer Zukunftsfragen. Der Geist ist unsere Macht, unsere Zukunftsmacht. Innovationen, die das Denken verändern, das sind die wichtigsten. Nutzen wir im Zeitalter globaler Umbrüche, des Klimawandels, des technologischen Wandels auch in der Politik die Kraft innovativen Denkens.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir gehen in die 5. Legislaturperiode in einem Jahr bedeutender historischer Gedenktage. Es sind Gedenktage voller Licht, es sind aber auch Gedenktage, die Schatten werfen im Jahr der Demokratie: 20 Jahre Weimarer Verfassung, 60 Jahre Grundgesetz, 20 Jahre friedliche Revolution, die in der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit gipfelte. Wir gedenken aber auch der Opfer, die der verheerendste Krieg der Menschheitsgeschichte forderte. Ein Menschenleben, 70 Jahre, liegt der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zurück. Millionen Tote mahnen uns noch heute. Wir

feiern den 250. Geburtstag Friedrich Schillers, des Dichters der Freiheit. Wir würdigen das Bauhausjahr - 90 Jahre Gründung des Bauhauses in Weimar.

Wir müssen aber auch eine dramatische Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigen. Viele Menschen bangen um ihre Arbeit. Kurzarbeit kann hier nur eine vorübergehende Lösung sein. Die Menschen brauchen Klarheit, denn mit Kurzarbeit kommt auch Existenzangst. Die Menschen sorgen sich um ihre Zukunft. Politik und Wirtschaft müssen neu denken.

Heute, 20 Jahre nach dem Fall der Mauer, fragen wir uns: Was ist aus dem Aufbruch der Freiheit von 1989 geworden? Haben wir unsere Chancen genutzt? Wo liegen unsere neuen Chancen? Wer sich im Freistaat Thüringen umschaute, der sieht, die Thüringerinnen und Thüringer haben Mut, Kraft und Intelligenz bewiesen, sie waren flexibel und kreativ, um das Land in einer neuen Blüte aufzubauen und das eigene Leben auf eine neue Grundlage zu stellen. Es ist beeindruckend, was die Menschen seit 1989 gemeinsam geschafft haben. Wir können stolz sein auf unsere Leistungen, wir können stolz sein auf unseren Freistaat Thüringen.

(Beifall CDU, SPD)

Wir sind dankbar für die Hilfe, die wir dabei erfahren haben aus dem Solidarpakt, aus der Europäischen Union. Wir wollen selbstbewusst und eigenverantwortlich unsere Zukunft gestalten auf bewährten Fundamenten, die nicht erst mit der friedlichen Revolution von 1989 grundgelegt wurden, sondern auf die die Thüringer schon immer bauen konnten: Pioniergeist in Bildung und Kultur, Kreativität und wirtschaftlicher Erfolg, Weltoffenheit und Heimatliebe. Jetzt gilt es, die Chancen der Freiheit, die Chancen der Eigenverantwortung zu nutzen. Besinnen wir uns neu auf die Grundwerte der Solidarität und der Subsidiarität.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Aufgabe dieser Regierungserklärung ist es nicht, den Koalitionsvertrag zu referieren. Sie werden deshalb längst nicht alle vereinbarten Maßnahmen von mir hören. Das heißt aber keineswegs, dass damit das Signal gesetzt ist, den Koalitionsvertrag nur teilweise umzusetzen. Was vereinbart ist, gilt. Wir sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, verlässliche Partner.

(Beifall CDU, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer Antworten auf Zukunftsfragen der Wissensgesellschaft geben will, wer ein Land attraktiv und zukunftsfähig gestalten will, der muss, will er nachhaltig wirken, bei der Kultur, bei Bildung und Ausbildung, bei Wissenschaft und Forschung beginnen. Ohne Kultur ent-

steht keine Bildung und ohne Bildung wachsen weder Kultur noch Kunst. „Kunst ist frei“, so haben wir es in der Thüringer Landesverfassung formuliert. Kunst ist vor allem auch Freiheit. Wir wollen Kunst und Kultur zum Ausgangspunkt neuer Entwicklungen machen. Wir setzen auf künstlerische Nachwuchsförderung und wir werden die Thüringer Kultur noch stärker national und international verankern. Die unermesslichen kulturellen Reichtümer Thüringens sind ein ganz besonderer Schatz, für den wir im In- und Ausland noch intensiver werben müssen. Vielfältiges kulturelles Leben und kreatives Schaffen sind wichtige Standortfaktoren. Sie machen unser Land für die Besten auf der Welt attraktiv. Wir werten die Kulturstadt Weimar weiter auf. Mit der Klassikstiftung, der bundesweit zweitgrößten Kulturstiftung, erhält die Stadt mit der vom Bund und Freistaat finanzierten Sanierung des Stadtschlusses eine neue Mitte. Wir werden die bauliche und inhaltliche Neukonzeption für das Schloss Friedenstein in Gotha umsetzen. Der Stiftung „Thüringer Schlösser und Gärten“, die hervorragende kulturelle Arbeit leistet, wird damit die Möglichkeit eröffnet, das Residenzschloss Gotha noch stärker als Juwel des mitteleuropäischen Barocks zu profilieren.

(Beifall CDU, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden ein Leitbild Kultur erarbeiten. Es wird alle wesentlichen Inhalte und Zielsetzungen der Thüringer Kulturpolitik berücksichtigen. Dabei geht es uns vor allem um nachhaltige Kulturpolitik. Es geht um die Förderung der jugendkulturellen Arbeit. Es geht um kulturelle Teilhabe aller, vom Kindergarten, über Jugendliche bis hin zur älteren Generation. Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für die Thüringer Kulturlandschaft werden wir den Bestand unserer Theater und Orchester auch nach 2012 vertraglich absichern. Thüringen hat als Musikland einen guten Klang. Musikförderung in Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Vereinen muss einen hohen Stellenwert behalten.

(Beifall CDU, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Museen im Freistaat leisten hervorragende Arbeit. Sie sind Schatzkammern unserer Geschichte. An die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren werden wir anknüpfen. Vor wenigen Wochen wurde Erfurts neue Schatzkammer eröffnet. Die Landesregierung wird sich an einer würdigen Präsentation des herausragenden jüdischen Schatzes in der Alten Synagoge Erfurt beteiligen.

(Beifall CDU, SPD)

Uns liegt viel daran, dass jüdisches Leben in unseren Städten und Gemeinden wieder sichtbar wird.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass es Austausch und ein gutes Miteinander über Religions- und Weltanschauungsgrenzen hinaus gibt. Eine weitere wichtige Aufgabe wird die Bewahrung und Weiterentwicklung der Gedenkstättenlandschaft in Thüringen sein. Wir haben erlebt, was es bedeutet, wenn moralische Maxime nicht gelten. Nicht nur bedeutende Denker des Humanismus, sondern auch deren größte Feinde haben in unserem Land und in der Welt ihre Spuren hinterlassen. Weimar und Buchenwald - größer kann der Kontrast nicht sein. Wir wollen die Erinnerungskultur, das Geschichtsbewusstsein stärken. Das gilt für Buchenwald und Mittelbau Dora, das gilt für die Grenzlandmuseen, das gilt auch für die Erinnerung und Aufarbeitung der SED-Diktatur.

(Beifall CDU, SPD)

Wir sind überzeugt, dass nur die lebendige Auseinandersetzung mit unserer Geschichte eine Orientierungshilfe für Gegenwart und Zukunft sein kann und zur Demokratieerziehung beiträgt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Denkmalschutz und Denkmalpflege haben große Bedeutung. Thüringen hat allein etwa 30.000 Baudenkmale, darunter 2.200 Kirchen, hinzu kommen etwa 3.000 Bodendenkmale. Das große Engagement des Freistaats für die Erhaltung der vielfältigen Denkmallandschaft werden wir fortsetzen. Das gilt insbesondere mit Blick auf das Reformationsjubiläum 2017. Dieses Jubiläum ist ein bedeutendes Ereignis nicht nur für den Freistaat, es ist ein Weltereignis. Die Landesregierung setzt weiter auf ein einvernehmliches Miteinander zwischen Kirchen und Staat. Wir wissen die Bedeutung der Kirchen und Religionsgemeinschaften als sinn- und wertstiftende Institutionen und Organisationen zu schätzen. Dabei vergessen wir nicht, dass die friedliche Revolution mit Kerzen in der Hand und mit Gebeten im Herzen von den Kirchen ausgegangen ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kultur vor allem ist es, die Thüringen zu einem weltweiten Land gemacht hat. Ganz Thüringen ist eine einzigartige Kulturlandschaft - Kultur verstanden als die Gesamtheit all dessen, was der Mensch kreativ gestaltend schafft. Kultur gibt Antworten auf Fragen nach dem Sinn und Ziel des Lebens. Sie schafft individuelle und gesellschaftliche Identität. Dass sich die Thüringerinnen und Thüringer mit ihrem Kulturland identifizieren, dass sie darin zutiefst verwurzelt sind, hat die Hilfsbereitschaft, hat die grenzenlose Spendenbereitschaft nach dem Brand der Anna Amalia Bibliothek in Weimar vor fünf Jahren gezeigt; ein Beweis für die hohe Wertschätzung von Kultur und ihrer Bedeutung für das menschliche Zusammenle-

ben. Bibliotheken schaffen zugleich Zugang zur Kultur in diesem Sinne, dass Bibliotheken das Gedächtnis der Menschheit sind. Wir müssen dieses Gedächtnis und dieses Wissen sichern für die Nutzung in der Zukunft. Die Thüringer Landeregierung wird dieser Maxime, die Bundespräsident Horst Köhler formuliert hat, folgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt müssen wir fit für Thüringens Zukunft sein. Wir könnten oder können in diesen Tagen den amtlichen Meldungen entnehmen, viele Thüringer, vor allem die jungen, ziehen von Thüringen weg. Wir stehen angesichts der demographischen Entwicklung vor einer enormen Herausforderung. Das Land braucht Strategien, um die Attraktivität des Freistaats nachhaltig zu erhöhen, denn die Jüngeren gehen, Ältere kommen. Seit Mitte der 90er-Jahre verzeichnet Weimar vermehrt einen Zuzug gerade von Älteren. Wir freuen uns über jeden, der zu uns nach Thüringen zieht, aber wir müssen vordringlich die jungen Menschen im Land halten und zurückgewinnen. Darum müssen wir uns gemeinsam überlegen, wie wir Thüringen für die junge Generation lebenswert gestalten können. Patentrezepte, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es nicht. Aber wir haben unabdingbare Voraussetzungen definiert. Wir investieren in Bildung und Ausbildung, in Forschung und Technologie. Wir setzen alles daran, unser Land für alle Generationen lebens- und liebenswert zu gestalten.

(Beifall CDU)

Dafür brauchen wir in erster Linie gute und gut bezahlte Arbeitsplätze. Nur dann bleiben unsere jungen Menschen auch hier

(Beifall CDU, SPD)

und es kehren die zurück, die ihre Heimat der Arbeit wegen verloren haben. Wir brauchen aber auch sogenannte weiche Standortfaktoren wie Freizeit- und Sportangebote. Thüringen ist ein erfolgreiches Sportland. Die Förderung des Breitensports wie auch des Leistungssports bleibt wichtige landespolitische Aufgabe. Ehrenamt im Sport werten wir auf. Der Landessportbund - um eine Organisation zu nennen - kann sich darauf verlassen, dass die Thüringer Landesregierung die Verbandsarbeit weiterhin verlässlich unterstützt. Wir lassen uns dabei vom Grundsatz leiten, dass der Sport eine sehr wichtige Bedeutung gerade für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen hat. Fitness, Gesundheit, Wohlfühlen, das sind nicht nur Schlagworte im Sport, das sind zunehmend auch entscheidende Kriterien in unserer Freizeit- und Urlaubsplanung. Thüringen erfüllt diesen Anspruch, und zwar in vielfältigster Weise. Vermitteln wir uns das noch stärker, steigern wir die Attraktivität Thüringens als Reise-

land. Je besser wir uns an den Bedürfnissen unserer Gäste ausrichten, desto erfolgreicher werden wir dabei sein. Die Tourismuskonzeption soll bis Ende 2010 fortgeschrieben werden. Die touristische Infrastruktur wird also ausgebaut. Regional abgestimmte Konzepte können im Zuge dessen als Leuchtturmprojekte besonders gefördert werden. Es ist vorgesehen, den Kulturwirtschaftsbericht fortzuschreiben. Wir wollen unsere Marktchancen in der Kreativwirtschaft überprüfen, die soziale Lage der Kulturschaffenden in den Blick nehmen und die kulturhistorischen Potenziale bewerten. Im Anschluss können wir zielgenau kulturtouristische Entwicklungs- und Wachstumspotenziale ausschöpfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Thüringen attraktiver machen, das wollen wir selbstverständlich nicht nur für unsere Gäste. Das wollen wir vor allem auch für die Menschen, denen Thüringen Heimat ist. Es gibt hier so viel zu entdecken. Fragen wir unsere Kinder oder mit Fröbel: Lasst uns von unseren Kindern lernen. Sie entdecken die Welt jeden Tag neu, und zwar in ihrer unmittelbaren Umgebung. Zukunft schreibt sich „Kinder“. Darum ist es unsere höchste Pflicht, Kinderarmut zu bekämpfen. Kein Kind darf zurückgelassen werden. Kein Kind darf verloren gehen. Sie alle müssen bestmögliche Entwicklungschancen haben. Wir werden gemeinsam mit den sozialen Akteuren entsprechende Initiativen weiterentwickeln. Die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht weiter auseinandergehen, erst recht nicht, wenn es um unsere Jüngsten geht. Das gilt aber genauso für unsere älteren Mitbürger. Deshalb werden wir uns mit aller Kraft weiter für die Angleichung der Renten in Ost und West einsetzen.

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kinder- und Jugendschutz ist uns ein hohes Anliegen. Im Sommer dieses Jahres hat die damalige Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden, der Landesärztekammer eine Empfehlung zur Verbesserung der ressortübergreifenden Kooperation beim Kinderschutz vereinbart. Damit wird die Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen wie Jugendhilfe, Justiz, Polizei, Gesundheitswesen oder Schule bei der Verwirklichung der bestehenden Hilfesysteme und Angebote intensiviert. Wir stärken den öffentlichen Gesundheitsdienst, das Thüringer Krankenhausgesetz wird novelliert, die palliativmedizinische Versorgung muss verbessert und dem Bedürfnis einer würdevollen Sterbebegleitung in Hospizen immer mehr Rechnung getragen werden. Die hausärztliche Versorgung muss in Zukunft flächendeckend gesichert sein. Dazu werden wir die Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Freistaat Thüringen stärken.

(Beifall CDU)

Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit werden noch stärker in den Blickpunkt rücken. Hierzu gehört eine unabhängige Verbraucherberatung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung verfolgt konsequent die weitere Umsetzung des Gender Mainstreaming in der öffentlichen Verwaltung des Freistaats Thüringen als Querschnittsaufgabe und durchgängige Strategie. Wo es geschlechtsspezifische Benachteiligungen gibt, besteht Handlungsbedarf - das gilt für Männer und das gilt für Frauen. Frauen verdienen mehr - so lautet eine Forderung der Gewerkschaften - und ich finde, zu Recht;

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

gleicher Lohn für gleiche Arbeit, größere Chancen auf Führungspositionen. Ich möchte an dieser Stelle auch die Notwendigkeit zur verstärkten geschlechtersensiblen Pädagogik, gerade im Bereich der frühkindlichen Bildung, in Kindergärten und Grundschulen nennen. Sie ist die Basis für die Chancengleichheit von Jungen und Mädchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bildung ermöglicht es erst, Freiheit und Verantwortung zu verbinden. Bildung ist die Schicksalsfrage unseres Landes. Wir wollen die bestmögliche Bildung für jedes Kind, unabhängig von sozialer Herkunft. Gleiche Bildungschancen sind ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD)

Hier nenne ich unsere wichtigsten Vorhaben und Ziele: Im Bereich der frühkindlichen Bildung werden wir das Kindertageseinrichtungsgesetz novellieren. Das heißt, wir führen den Rechtsanspruch auf Betreuung, Bildung und Erziehung ab Vollendung des ersten Lebensjahres ein und verbessern die personelle Situation in den Kindertageseinrichtungen deutlich. Die Ziele des Volksbegehrens werden wir umsetzen.

(Beifall CDU)

Den Thüringer Bildungsplan für Kinder bis zehn Jahre werden wir weiterentwickeln. Er soll bis zum Ende der Schullaufbahn unserer Kinder fortgeschrieben werden. Ein Schwerpunkt des Thüringer Schulwesens liegt im Ausbau der Angebote für das längere gemeinsame Lernen bis Klasse 8. Im Thüringer Schulgesetz werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Thüringer Gemeinschaftsschule als gleichberechtigte Schulart neben der Regelschule und dem Gymnasium zu etablieren. Die Entschei-

derung zur Umsetzung treffen die Verantwortlichen vor Ort.

(Beifall SPD)

Damit stärken wir die schulische Eigenverantwortung nachhaltig. Denn größere Verantwortung vor Ort ist ein Motor für gute Schulentwicklung. Wir wollen, dass behinderte und nicht behinderte Kinder und Jugendliche gemeinsam lernen können.

(Beifall SPD)

Die Förderzentren werden aber auch weiterhin wichtig sein. Wir tragen besondere Verantwortung gegenüber behinderten Menschen. Wir müssen Ihnen ganz selbstverständlich gleichberechtigt den Raum in der Gesellschaft geben. Menschen mit Behinderung gehören in die Mitte der Gesellschaft und wir müssen alles für ihre Integration in unsere Gesellschaft tun. Um dem drohenden Lehrermangel in den nächsten Jahren entgegenwirken zu können, werden wir bis zum Jahr 2015 2.500 zusätzliche Lehrkräfte einstellen.

(Beifall CDU, SPD)

Parallel hierzu werden wir die Ausbildungskapazitäten bedarfsgerecht erhöhen.

(Beifall CDU)

Seit Jahren wächst die Zahl der Schulen in freier Trägerschaft. Wir wollen diese Schulen auch künftig finanziell angemessen ausstatten. Darüber besteht Einigkeit, dass wir das System der Volkshochschulen und freien Träger der Erwachsenenbildung ausbauen. Jeder muss auch nach der Schule, der Ausbildung oder nach dem Studium die Möglichkeit zum lebenslangen Lernen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, leistungsfähige Hochschulen haben das Potenzial, besonders anziehend für junge Menschen auch außerhalb unseres Freistaats zu sein. Sie sind unverzichtbar für eine innovative und wachstumsstarke Wirtschaft. Deshalb werden wir Thüringen als Hochschul- und Wissenschafts- und Forschungsland weiter stärken und den Transfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft verbessern. Nur so können wir im nationalen und internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen. Wir haben dafür beste Voraussetzungen. Thüringen verfügt mit seinen Universitäten, Hochschulen und Berufsakademien über eine differenzierte und leistungsfähige Hochschullandschaft. Diese werden wir weiterentwickeln.

(Beifall CDU, SPD)

Wir werden intensiv für das Studienland Thüringen im In- und Ausland werben, für ein Studienland, das auch künftig keine Studiengebühren erheben wird,

(Beifall CDU, SPD)

für ein Studienland, das keinen Verwaltungskostenbeitrag erhebt,

(Beifall CDU, SPD)

für ein Studienland, das seinen Studierenden beste Bedingungen bietet von der Ausstattung im Hörsaal bis zu den Angeboten für die Freizeitgestaltung.

(Beifall SPD)

Wir werden den Thüringer Hochschulpakt fortsetzen. Er hat sich als umfangreichster Baustein der Zukunftsinitiative „Exzellentes Thüringen“ bewährt. Gleichzeitig werden wir in Ziel- und Leistungsvereinbarungen das jetzige Niveau mindestens verstetigen. Im Hochschulbau werden wir dafür sorgen, dass auch die räumliche Ausstattung bedarfsgerecht weiter verbessert wird. Wir werden das Thüringer Hochschulgesetz evaluieren und, wo notwendig, weiterentwickeln. Wir werden prüfen, ob es gesetzlicher Regelungen zur Stärkung der demokratischen Mitwirkungsrechte bedarf.

(Beifall CDU, SPD)

Eine wichtige Grundlage für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Thüringer Forschungseinrichtungen ist deren Förderung. Wir werden deshalb das Landesprogramm „ProExzellenz“ fortsetzen und die Graduiertenförderung ausbauen.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein solides Fundament, auf dem wir aufbauen können, das haben wir auch im wirtschaftlichen Bereich. Studien und Zahlen belegen das. Thüringen schneidet im Vergleich der neuen Länder beim Stand der wirtschaftlichen Entwicklung besonders gut ab. Das ist ein Erfolg, den wir in erster Linie unseren Unternehmen zu verdanken haben. Es ist ein Verdienst leistungsbereiter, motivierter Beschäftigter und risikobereiter, verantwortungsbewusster Unternehmerinnen und Unternehmer, denen es gelungen ist, bei den Rahmenbedingungen des Landes so für ihre Erfolge arbeiten zu können.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Politik und Verwaltung können keine Arbeitsplätze schaffen. Aber wir können die Rahmenbedingungen so gestal-

ten, dass sich Unternehmen erfolgreich entwickeln können. Wir müssen das tun und lassen uns dabei von folgenden Punkten leiten: Wir stärken die Rolle der Industrie als Wachstums- und Beschäftigungsmotor der Thüringer Wirtschaft und als Impulsgeber für andere Wirtschaftszweige.

(Beifall CDU)

Wir entwickeln Thüringen zum grünen Motor. Wir fördern aktiv Arbeit und Beschäftigung. Wir steigern die Wissens- und Technologieintensität der Thüringer Wirtschaft. Wir stärken die Potenziale der sozialen Partnerschaft als Grundlage für Wachstum und soziale Stabilität. Wir bündeln in einer konzertierten Aktion für Wachstum und Beschäftigung in Thüringen die enge Zusammenarbeit mit Kammern, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften.

(Beifall SPD)

Für neue Impulse in der Wirtschaftsentwicklung erstellt die Landesregierung ein wirtschaftspolitisches Leitbild für den Freistaat. Zentraler Aspekt ist dabei die Entwicklung zum grünen Motor Deutschlands, zum führenden Standort für innovative Umwelttechnik

(Beifall CDU, SPD)

und für Technologien rund um erneuerbare Energien.

Die Landesregierung wird, wo es notwendig ist, die Thüringer Unternehmen nach Kräften unterstützen. Voraussetzung ist, dass das Geschäftsmodell stimmt. Das gilt nicht nur für Opel, sondern auch für die kleinen und mittleren Unternehmen, denn sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft.

(Beifall CDU, SPD)

Einen Satz zu Opel: Ich habe es im Sonderplenum in der vergangenen Woche deutlich gesagt, die Thüringer Landesregierung wird alles in ihrer Macht Stehende tun, damit der Automobilstandort Eisenach erhalten bleibt.

(Beifall CDU, SPD)

Ich setze dabei auf die Einigkeit im Parlament und ich setze auf ein gemeinsames verantwortungsbewusstes Handeln aller Akteure auf Länder-, Bundes- und auf internationaler Ebene.

(Beifall CDU, SPD)

Neben der Automobilbranche gibt es weitere dynamisch und zukunftsorientierte Wirtschaftsfelder. Thüringen weist im Vergleich der neuen Länder überdurchschnittliche Potenziale bei den sogenannten

Zukunftsfeldern auf.

Ich denke an die Optik, an die erneuerbaren Energien und die Umwelttechnologien, an die Biotechnologie, an die Gesundheitswirtschaft mit Medizintechnik und an die Informations- und Kommunikationstechnologie. Diese Zukunftsfelder sind Querschnittstechnologien und haben auch Strahlkraft auf traditionelle Branchen. Ich nenne beispielhaft Solardächer für die Autoproduktion und Lasertechnologie zur Verbesserung von Härtegraden in der Keramikindustrie.

(Beifall CDU, SPD)

In einem Zukunftsatlas 2020 sollen die dynamischen, zukunftsorientierten Branchen und ihre Innovationsimpulse für ältere, etablierte Branchen genau identifiziert werden. Damit bereiten wir den Weg für schlagkräftige, auf den Weltmärkten wettbewerbsfähige regional wie überregional vernetzte Cluster. Wir richten außerdem einen Wirtschafts- und Innovationsrat ein. So können wir unsere Wirtschafts- und Innovationspolitik zielführend mit Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammer, Gewerkschaften und mit wissenschaftlichen Einrichtungen abstimmen. Wir werden mit Fug und Recht dem Ruf von verlängerten Werkbanken den Ruf Thüringens als Wiege für Forschung und Innovation entgegensetzen.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die demographische Entwicklung stellt Staat und Wirtschaft zunehmend vor Probleme. Ganz mitentscheidend wird sein, den Fachkräftebedarf zu sichern. Gut ausgebildete Fachkräfte sind unverzichtbar für Leistungskraft und Wachstumspotenzial der Wirtschaft. Gute Löhne und Gehälter sind wichtige Argumente. Wir wollen unser Möglichstes dazu tun, dass die Unternehmen das leisten können. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs für die Thüringer Wirtschaft ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Hier müssen wir unsere Anstrengungen fortführen und verstärken. Die Allianz für Fachkräftesicherung der Landesregierung mit Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Bundesagentur für Arbeit ist ein wichtiges Instrument. Wir planen darüber hinaus u.a. ein landesweites Fachkräftemonitoring.

(Beifall CDU, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Entwicklung des ländlichen Raums ist ein weiteres zentrales Thema für die Thüringer Landesregierung. Als Arbeitsgrundlage in diesem Bereich dient uns das integrierte Gesamtkonzept der Entwicklung des ländlichen Raums für Thüringen. Es sichert ein abge-

stimmtes Handeln aller Beteiligten. Eine effiziente Politik für den ländlichen Raum erfordert auch eine verstärkte Zusammenarbeit öffentlicher und privater Akteure. Hierfür wollen wir eine „Akademie ländlicher Raum“ gründen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Entwicklung des ländlichen Raums dient auch die Breitbandinitiative Thüringen. Die Bedeutung von schnellen Internetanschlüssen für unsere Gesellschaft ist unstrittig. Das Internet ist eine Bereicherung; es ist inzwischen aber auch Notwendigkeit, etwa in den Bereichen Unternehmensansiedlung, Arbeitsuche, Kommunikation und Freizeitgestaltung. Mit der Breitbandinitiative Thüringen setzen wir uns das Ziel, jede unserer Kommunen bis zum Jahr 2012 an Breitbandtechnik anzuschließen.

(Beifall CDU, SPD)

Die Dorferneuerung wird zu einer regional abgestimmten Dorfentwicklung ausgebaut. Wir werden die Landwirtschaft nach Kräften unterstützen. Benachteiligungen unserer Landwirte werden wir auf Bundes- und Europaebene nachdrücklich entgegenreten.

(Beifall CDU)

Die Landwirte profitieren in vielfältiger Weise von erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen. Der Energiewirt hat enormes Zukunftspotenzial. Wir werden uns für die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen auch für dieses Geschäftsfeld der Landwirtschaft einsetzen.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, grün ist das Stichwort für den Bereich Forsten und das ist noch nicht einmal eine Selbstverständlichkeit. Ich erinnere mich an die 70er-, an die 80er-Jahre, als das Thema Waldsterben in aller Munde war. Die rücksichtslose Umweltverschmutzung nahm nicht nur uns, sondern auch unserer Natur die Luft zum Atmen. Ein Drittel unserer Landesfläche ist bewaldet. Der Wald ist wichtig für Klima, Gewässerschutz, Naturschutz und Erholung und er ist wichtig für die Wirtschaft. Das Gemeinschaftsforstamt werden wir erhalten.

(Beifall CDU, SPD)

Die wieder grünen Wälder Thüringens sind uns zugleich Mahnung. Der Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen war und ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit. Wir stellen uns dieser Herausforderung. Schlüssel dazu ist die konsequente Umsetzung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung. Diese Aktivitäten sind Chance und Grundlage

für eine selbsttragende, zukunftsfähige Entwicklung in den Kommunen und Regionen. Darum setzen wir unsere Arbeit an der Nachhaltigkeitsstrategie des Freistaats Thüringen zielgerichtet fort. Die Strategie ist umfassend angelegt. Der Nachhaltigkeitsbegriff hat nicht nur eine ökologische, sondern auch eine ökonomische und soziale Dimension. Diese drei Dimensionen beeinflussen sich gegenseitig, sie beeinflussen nahezu alle Politikfelder.

Maßstab unserer politischen Entscheidungen muss die Sicherung einer zukunftsfähigen Entwicklung sein in Bezug auf die natürlichen Lebensgrundlagen, das wirtschaftliche Fundament und den sozialen Zusammenhalt. Die Nachhaltigkeitsstrategie muss dynamisch sein. Sie soll regelmäßig fortgeschrieben werden und an sich ändernde nationale und globale Rahmenbedingungen angepasst werden. Dabei setzen wir insgesamt auf eine breite Bürgerbeteiligung. Wir sind eine Welt, wir haben nur diese eine Welt.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, naturnahe saubere Gewässer sind ein ganz wesentlicher Teil einer gesunden Umwelt, die wir für uns und unsere Kinder sicherstellen müssen. Die Rückführung der Werra zu einem naturnahen Gewässer, auch im Interesse der gesamten Region, ist ein besonders wichtiges Ziel der Landesregierung.

(Beifall CDU, SPD)

Wir wollen, dass deutlich weniger Salzabwässer der Kaliindustrie in die Werra gelangen.

(Beifall CDU, SPD)

Deshalb werden wir unser Möglichstes tun, dass die Voraussetzungen für eine Abwasserfernleitung geschaffen werden können.

(Beifall CDU, SPD)

Wir sind aber auch für andere technologische Lösungen offen, sofern sie gleichermaßen tragfähig sind. Die vor einer langfristigen Lösung notwendigen Überprüfungen und Übergangsregelungen werden so gestaltet, dass sowohl die Produktion und die Arbeitsplätze gesichert werden als auch die Werra bestmöglichst entlastet wird. Durch ein Bündel von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen wird eine spürbare Verbesserung der Wasserqualität der Werra bereits in den nächsten Jahren bis 2015 eintreten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Naturschutz hat nicht nur für die Flusslandschaft, sondern generell einen hohen Stellenwert für uns. Wir wollen deshalb das Kapital der Stiftung Naturschutz Thüringen deutlich aufstocken. Der Schutz der be-

sonderen Naturlandschaften wird verstärkt und erweitert. Das nationale Naturerbe werden wir erhalten und ausbauen. Das Grüne Band Thüringens als Teil des nationalen Naturerbes wie auch als Lernort der Zeitgeschichte wird bewahrt und weiterentwickelt.

(Beifall CDU, SPD)

Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung die Bewerbung des Nationalparks Hainich zur Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste.

(Beifall CDU, SPD)

Zum Biosphärenreservat Vessertal werden wir in einen moderierten, umfassenden Diskussionsprozess einsteigen. Dazu laden wir Vertreterinnen und Vertreter aus der Region, aus Wissenschaft, Wirtschaft und Tourismus ein. Unser Ziel ist, das Biosphärenreservat Vessertal innerhalb der nächsten 20 Jahre zu einem Entwicklungs-Nationalpark umzugestalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für den Bereich Bau, Landesentwicklung und Verkehr bedeuten die Koalitionsvereinbarungen gut vernetzte, weltoffene Verkehrs- und Schienenwege, innovative Entwicklung des ländlichen Raums, eine nachhaltige, auf effiziente Flächennutzung bedachte Raumplanung und attraktiver Stadtumbau, der den sozialen Belangen der Menschen gerecht wird.

Besonderes Augenmerk gilt auch hier dem ländlichen Raum. Die Zeiten, in denen es viele junge Menschen mit Familien verstärkt aufs Land zog, sind vorbei. Der Rückgang der Bevölkerungszahl erfordert von allen Aufgabenträgern, auch von Verkehrsunternehmen, eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung - Flexibilität ist gefragt. Dazu gehört ein attraktiver, leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr mit effizienten Tarifkooperationen.

Ein weiterer Faktor zur Verbesserung der Lebensqualität sind die Ortsumgehungen. Künftige Straßenplanungen müssen dies stärker berücksichtigen.

(Beifall CDU, SPD)

Generell wollen wir die Qualität der Landesstraßen weiter verbessern. Ziel ist, den Zustand der Landesstraßen an den der Bundesfernstraßen anzugleichen. Dafür haben wir das Programm zur nachhaltigen Entwicklung der Landesstraßen. Wir werden dafür in der laufenden Legislatur jährlich 50 Mio. € investieren;

(Beifall CDU)

in Summe sind das also 250 Mio. € in dieser Legislaturperiode.

Im Schienenpersonennahverkehr sichern wir die Erschließung des Landes in der Fläche und werden schnelle Bahnverbindungen zwischen den Thüringer Städten und den benachbarten Zentren anbieten. Natürlich ist auch das Fahrrad in vielen Fällen eine gute und vor allem umweltfreundliche Alternative.

(Beifall CDU)

Deshalb forcieren wir die Förderung und den Ausbau des Radwegenetzes, nicht nur zu touristischen Zwecken, sondern auch für den Alltagsverkehr. Wir brauchen Alltagsradwege im Land für die Menschen, die hier leben und arbeiten.

(Beifall CDU, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was den Menschen im ländlichen Raum zugutekommt, das dient zugleich der wirtschaftlichen Stärkung vor Ort. Als Land in der Mitte Europas brauchen wir flächendeckend bedarfs- und leistungsgerechte Radwege und -netze. Wir setzen damit Impulse für die heimischen Unternehmen und machen unser Land gleichzeitig attraktiver für wirtschaftliche Neuansiedlungen. Die leistungsfähigen Logistiksysteme und -netze sind weitere Erfolgsfaktoren für Unternehmen und Standorte im internationalen Wettbewerb. Eines unserer Ziele ist deshalb, den Neu- und Ausbau des Thüringer Autobahnnetzes in der kommenden Legislaturperiode abzuschließen. Darüber hinaus werden wir die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, die Neubaustrecke Leipzig/Halle-Erfurt bis 2015 und die Neubaustrecke Erfurt-Ebensfeld bis 2017 umsetzen.

(Beifall CDU)

Der zweigleisige und elektrifizierte Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Weimar und Glauchau ist für ein abgestimmtes Angebot unbedingt erforderlich.

(Beifall FDP)

Meine sehr Damen und Herren, die freundschaftliche Verbundenheit der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen findet ihren Ausdruck in einer vielfältigen, kontinuierlichen länderübergreifenden Zusammenarbeit in offiziellen, aber auch in ganz persönlichen Kontakten. Darüber hinaus haben wir durch die Zusammenarbeit der Städte in der Metropolregion Mitteldeutschland beste Chancen, uns im nationalen und europäischen Wirtschaftsraum noch besser zu positionieren. Schöpfen wir die Potenziale von Innovation und Flexibilität durch die Nutzung

von Synergieeffekten im Bereich Verkehrsinfrastruktur, Forschung, Entwicklung und Unternehmensnetzwerke noch besser aus. Ebenen wir mit den Akteuren vor Ort den Weg hin zu einer aktiven und kreativen Regionalentwicklung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Raumordnung und Landesplanung wollen wir künftig nicht nur als wirtschaftliches Instrument sehen, sondern stärker als Instrument einer nachhaltigen Entwicklung ausbauen. Das gilt mit Blick auf die Bewältigung der Folgen des Klimawandels und auf wirksame Strategien zum Schutz des Klimas. Ein wichtiger Beitrag zum aktiven Klima- und Ressourcenschutz ist die Reduzierung des Flächenverbrauchs. So wird auch weiterhin ein zusätzlicher Bedarf an Bau- und Verkehrsflächen bestehen, den wir auch abdecken müssen. Doch das wird regional sehr unterschiedlich sein. Wir werden also unsere erfolgreiche Brachflächeninitiative „GENIAL zentral“ nutzen. Die Thüringer meinen dabei unterstützend, städtebaulich sinnvolle Nutzungen zu verwirklichen.

(Beifall CDU, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen die Städte und Gemeinden sowie das Umland für die Menschen attraktiv und lebenswert erhalten. Die Städtebauförderung ist dafür ein wirksamer und zielgenauer Beitrag.

(Beifall CDU, SPD)

Ein wesentlicher Bestandteil der Stadtumbaustategie in Thüringen ist die soziale Wohnraumförderung. Sie leistet einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung der Städte und zur wirtschaftlichen Stärkung der Thüringer Wohnungswirtschaft. Gleichermaßen erfüllen wir damit unsere sozialpolitische Aufgabe, Sozialwohnungen bereitzustellen.

Mit der Föderalismusreform wurde die Zuständigkeit für die Wohnraumförderung vollständig auf die Länder übertragen. Wir werden den Rahmen für die künftigen Wohnraumförderungen abstecken, um die neuen Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen.

(Beifall CDU, SPD)

Wir wollen das Thema Baukultur in der öffentlichen Wahrnehmung stärken. Daher werden wir die erfolgreiche Ausstellung „Mensch, Natur und Städtebau“ in diesem Jahr in Bad Langensalza in anderen Städten in Zukunft fortsetzen.

(Beifall CDU)

Wir werden gemeinsam mit den beteiligten Akteuren eine Qualitätsoffensive „Bauen“ starten. Dazu

gehört die Unterstützung der Arbeit der Stiftung Baukultur sowie die Nutzung der Möglichkeiten einer Internationalen Bauausstellung, der Landesgartenschauen und städtebaulicher Wettbewerbe. Wir werden u.a. die Verpachtung geeigneter Dachflächen von landeseigenen Gebäuden an interessierte Gesellschaften und Einzelpersonen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen beschleunigen und es Hauseigentümern erleichtern, ihren Wärme- und Strombedarf selbst zu decken.

(Beifall CDU)

Wir werden im staatlichen Hochbau unserer Pflicht als Auftraggeber nachkommen. Dazu gehört, dass wir Zahlungsfristen und Rechnungsprüfungszeiten bei öffentlichen Aufträgen im Rahmen der vorhandenen Organisationsmöglichkeiten optimieren.

(Beifall CDU, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bandbreite unserer Vorhaben ist groß. Unsere Motivation zum Handeln ist enorm. Es geht um die Entwicklung unseres Landes, eine Entwicklung, die wir vorantreiben, aber die auch schon für unsere Kinder und Enkel bestimmt ist. Viele politische Entscheidungen zeigen ihre Wirkung erst in Jahren oder sogar Jahrzehnten. Deshalb muss uns bewusst sein, dass wir heute Entscheidungen treffen, die wir unseren erwachsenen Kindern und Enkeln als Grundlage ihres politischen und gesellschaftlichen Lebens übergeben. Die Freiheit und Selbstbestimmung kommender Generationen hängt ganz maßgeblich davon ab, welche finanziellen Möglichkeiten sie haben werden. Aus diesem Grund muss für den Haushalt unseres Landes Augenmaß gelten. Wir haben es soeben drei Jahre lang geschafft, keine neuen Schulden aufzunehmen. Wir werden weiter intensiv daran arbeiten müssen, dass das mittel- und langfristig so bleibt.

(Beifall CDU, SPD)

Unser Ziel eines ausgeglichenen Haushalts darf keine Sekunde aus den Augen verloren werden.

(Beifall CDU, SPD)

Wenn neue Schulden notwendig sein sollten, dürfen sie nicht für Steuersenkungen und damit zu unserer eigenen Entlastung eingesetzt werden,

(Beifall CDU, SPD)

sondern wenn neue Schulden unumgänglich sind, müssen sie eingesetzt werden für die, die sie abzahlen müssen - unsere Kinder und Enkel. Sie müssen für Kinderbetreuung, sie müssen für bessere

Bildung eingesetzt werden, dafür, dass die nächste Generation die besten Chancen hat, auch mit den Belastungen der Vergangenheit umzugehen.

(Beifall DIE LINKE)

Für das Jahr 2009 erwarten wir für Thüringen auf Grundlage der regionalisierten Steuerschätzung Ausfälle von 558 Mio. €. Auch für das kommende Jahr werden die Steuereinnahmen weiter sinken. 2010 werden uns gegenüber der bisherigen Prognose 841 Mio. € fehlen - 841 Mio. €. Auch die Kommunen im Freistaat haben in diesem Jahr 16 Mio. € weniger in den Kassen. Wir können nicht alles haben. Wir können uns nicht alles leisten. Wir müssen eine solide Finanzpolitik betreiben.

(Beifall CDU)

Der Ruf nach mehr Geld muss zum Ruf nach mehr Geist werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind für die Menschen da. Im Mittelpunkt allen staatlichen Handelns steht nicht der Staat, kein Führungsanspruch einer Partei, kein Vorrang des Kollektivs und genauso wenig die Herrschaft des Kapitals oder der Wirtschaft. Wir tragen Verantwortung für die Menschen. Wir tragen diese Verantwortung für die Menschen von morgen, für die Generation unserer Kinder und Enkel. Politik muss sicherstellen, dass wir diese Verantwortung unabhängig davon tragen, ob wir gewollt oder ungewollt mit oder ohne Kinder leben. Würde und Freiheit künftiger Generationen hängt von unserem Handeln heute ab. Das ist in Artikel 1 des Grundgesetzes und unserer Landesverfassung verankert. Freiheit und Menschenwürde sind Wert und Achtungsanspruch. Das Erziehungsrecht von Eltern ist zugleich die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Ich verweise auf unser Thüringer Erziehungsgeld, das in unbürokratischer Form und im Anschluss an das Bundeselterngeld gezahlt werden soll.

(Beifall CDU, SPD)

Ich verweise weiter auf das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den Ausbau des Beratungsangebots für Familien sowie auf Familienfreundlichkeit. Die Freiheit von staatlicher Bevormundung findet ihre Entsprechung in der elterlichen Fürsorgepflicht.

(Beifall CDU, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute ist der 19. November. Dieser Tag hat Symbolkraft, denn

es ist der Tag der Heiligen Elisabeth für Thüringen.

(Beifall CDU)

Vor zwei Jahren haben wir das Jahr ihres 800. Geburtstags über alle Grenzen von Religion und Weltanschauung hinweg gemeinsam gefeiert. Heute Nachmittag wird auf der Wartburg die Thüringer Rose für besondere Verdienste in der ehrenamtlichen Sozialarbeit verliehen. Unser Gemeinwesen lebt vom solidarischen Miteinander, davon, dass die Menschen ihre Freiheit als Verantwortung erkennen und Teilhabe als persönliche Erfüllung empfinden. In eigener Verantwortung vermögen die Menschen als Bürger ihrer Städte und Gemeinden und als Bürger unseres Landes viel mehr, als Staat und Politik je bewegen könnten. Deshalb bekennt sich die Landesregierung zum Prinzip der Subsidiarität und zur Selbstverwaltung von Kreisen, Städten und Gemeinden.

(Beifall CDU)

In Thüringen, meine sehr verehrten Damen und Herren, engagieren sich rund 750.000 Menschen in Sportvereinen, Pflegeheimen, in der freiwilligen Feuerwehr, in Kirchen, Wohlfahrts- und Jugendverbänden, in Kommunen und an anderen Stellen ehrenamtlich. Das ist ein Spitzenwert unter den jungen Ländern. Ehrenamt ist eine tragende und unverzichtbare Stütze unseres Gemeinwesens.

(Beifall CDU, FDP)

Es erfährt im Freistaat Thüringen besondere Wertschätzung. Die Landesregierung unterstützt die Thüringer Ehrenamtsstiftung. Sie leistet wertvolle Arbeit, sie fördert gemeinnützige ehrenamtliche Tätigkeit in Thüringen und hat hierzu zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht. Die Helferinnen und Helfer von Feuerwehren und Technischem Hilfswerk, Rettungsdiensten und Rotem Kreuz, Lebensrettung und Bergwacht tragen oft weit über ihren Aufgabenbereich hinaus dazu bei, dass wir sicher leben können, dass wir uns in Thüringen zu Hause wissen.

(Beifall CDU, SPD)

Mit der Ehrenpension für Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren und den weiteren in der letzten Wahlperiode in Kraft getretenen Maßnahmen wurde schon viel erreicht, um dem Anerkennung und Respekt zu zollen und um damit das Ehrenamt attraktiver zu machen. Wir sehen uns als Partner, darum werden wir uns noch aktiver einbringen mit noch attraktiveren Angeboten, vor allem für Kinder und Jugendliche. Nur so gewinnen wir neuen Nachwuchs in Vereinen. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass beispielsweise die Aufwandsentschädigung ehrenamtlicher Bürgermeister nicht durch Abgaben ge-

schmälert wird.

(Beifall CDU, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ehrenamtliches Engagement ist an vielen anderen Stellen und gerade auf kommunaler Ebene unverzichtbar. Die Thüringer Kommunen leben vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Der Staat ist also in der Pflicht, die notwendigen Rahmenbedingungen für Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten. Land, Bund und Europa sind gemeinsam in der Pflicht; die Kommunen brauchen die notwendige Luft zum Atmen.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Auf Bundes- und Europaebene werden wir darauf achten, dass durch neue Gesetzgebungsprojekte weder die Landes- noch die kommunale Ebene fortwährend mit neuen zusätzlichen Aufgaben belastet wird.

(Beifall CDU)

Die Finanzausstattungen der Kommunen werden wir auf der Basis der Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs verlässlich sicherstellen.

(Beifall CDU, SPD)

Die Attraktivität und Stärke Thüringens, gerade auch in schwierigen Zeiten, beruht nicht zuletzt auf der historisch gewachsenen Struktur unserer Städte, Gemeinden und Landkreise. Wir setzen auf die kommunale Selbstverwaltung. Besonders wichtig ist mir dabei die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der kommunalen Familie und ihren Spitzenverbänden. Gehen wir deshalb aufeinander zu, sprechen wir frühzeitig miteinander über Probleme und offene Fragen. Dazu lade ich alle herzlich ein.

(Beifall CDU, SPD)

Meine Damen und Herren, in der Koalitionsvereinbarung haben wir festgelegt, dass die Stichwahlen wieder eingeführt werden.

(Beifall SPD, FDP)

Das werden wir sehr bald tun, denn schon im kommenden Jahr stehen flächendeckend die Wahlen unserer ehrenamtlichen Bürgermeister an.

Auf Landes- und auf kommunaler Ebene sind plebiszitäre Möglichkeiten eine wertvolle und wichtige Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger können von diesen Mitwirkungsmöglichkeiten nach den gemeinsam beschlossenen Änderungen der 3. und 4. Wahlperiode einfacher

als früher davon Gebrauch machen. Auch dies verstehen wir als praktizierte Bürgernähe in Kommunen und Landesverwaltungen.

(Beifall SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Verwaltung muss sich generell stärker durch Offenheit und Bürgernähe auszeichnen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen auf einfachem Wege in Erfahrung bringen können, welche sie betreffenden Daten bei staatlichen Einrichtungen vorhanden sind und wie dort damit umgegangen wird.

(Beifall CDU)

Unter dieser Prämisse sollen auch das Thüringer Informationsfreiheitsgesetz und das Thüringer Datenschutzgesetz novelliert werden.

(Beifall SPD)

Der Datenschutzbeauftragte ist künftig auch Informationsfreiheitsbeauftragter und steht als Ansprechpartner bei Fragen rund um den Zugang zu behördlichen Informationen zur Verfügung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses ist mir besonders wichtig: So wie die Beschäftigten in der Wirtschaft das wichtigste Kapital der Unternehmen und Betriebe sind, so sind auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Beamte und Tarifbeschäftigte, das wichtigste Kapital, das Regierung und Behördenleiter haben. Die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, sei es in den Schulen, in der Polizei, in der allgemeinen Verwaltung oder anderswo, sie alle leisten eine unverzichtbare Arbeit für unser Gemeinwesen.

(Beifall CDU, SPD)

Das sollen sie im Dienste einer bürgerfreundlichen Dienstleistung tun. Dies noch stärker zu praktizieren, dies stärker zu leben, meine sehr verehrten Damen und Herren, entspricht meinem Verständnis von einem demokratischen, rechtsstaatlichen, bürgerfreundlichen öffentlichen Dienst. Auch hier sehe ich einen Schwerpunkt der Regierungstätigkeit. Es muss gelingen, den angesichts der demographischen Entwicklung unverzichtbaren Personalabbau in der Landesverwaltung so zu gestalten, dass die Interessen der Beschäftigten und die Belange der Bürgerinnen und Bürger in bestmöglicher Weise konform gehen.

(Beifall SPD)

Verwaltungshandeln, das sich nah am Menschen orientiert, ist besonders gegenüber denen erforderlich, die als Fremde in unser Land kommen. Ich bin

daher dem Innenminister dankbar, dass ich die im Koalitionsvertrag geforderte Verordnung zu den Mindeststandards bei der Unterbringung von Asylbewerbern bereits vorlegen kann.

(Beifall SPD)

Unsere Achtung der Menschenwürde leitet uns auch im Kampf gegen Extremismus, gegen jedwede Art von Extremismus, insbesondere gegen Rechtsextremismus. Mit einer gemeinsamen Erklärung für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen haben wir die 5. Legislaturperiode begonnen. Die wichtigsten Maßnahmen werden wir in einem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit bündeln.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern prüfen wir die Chancen eines NPD-Verbotsverfahrens. Dazu haben wir uns auch klar in unserem Koalitionsvertrag bekannt.

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sicherheit ist eine große Stärke Thüringens. Das Risiko, Opfer eines Verbrechens zu werden, ist vergleichsweise gering. Die Aufklärungsquote ist deutschlandweit die zweithöchste. Dafür möchte ich an dieser Stelle unseren Polizistinnen und Polizisten herzlich danken.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Sie lassen uns diesen hohen Standard dauerhaft sichern mit einer starken Polizei.

Um den notwendigen Personalbedarf zu decken, werden wir eine hinreichende Anzahl von Nachwuchskräften auf allen Ebenen der Polizei einstellen. Außerdem besteht Einigkeit, dass das Thüringer Innenministerium bis Ende 2010 eine Strukturreform erarbeitet, um etwaige Optimierungspotenziale freizusetzen.

(Beifall CDU)

Wenn wir uns zu Bürgernähe verpflichten, geht das aber einher mit der Verpflichtung, die Basisdienststellen der Polizei zu erhalten.

(Beifall CDU, SPD)

Dazu gehört, dass wir an den Kontaktbereichsbeamten festhalten.

(Beifall CDU, SPD)

Sie haben sich als unverzichtbares Bindeglied zwischen Bürger und Polizei im städtischen wie im ländlichen Bereich bewährt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren - die Rechte des Bürgers: Der Schutz dieser Rechte sind Schwerpunkte eines Regierungshandelns in den nächsten Jahren. Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sie bedingen einander. Zum Schutz der Bürgerrechte gehört, dass Polizei und Verfassungsschutz ihre jeweils länderübergreifende Zusammenarbeit ausbauen, um die Kriminalitätsbekämpfung in allen Bereichen zu optimieren.

(Beifall CDU, SPD)

Der Bedeutung von Bürgerrechten und ihrem Schutz entspricht auch unser Ziel, die parlamentarischen Kontrollrechte gegenüber dem Verfassungsschutz zu stärken.

(Beifall FDP)

Dies ist kein Misstrauen gegenüber den Mitarbeitern des Landesamts für Verfassungsschutz. Die Menschen in unserem Land müssen die Gewissheit haben, dass der von ihnen gewählte Landtag die Kontrolle über den Verfassungsschutz ausübt.

(Beifall CDU, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Koalitionsvertrag enthält im Bereich der Innenpolitik eine Reihe von Aufgabenstellungen, mit denen wir die Bürgerinnen und Bürger mehr als bisher in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Dazu gehört der Ausbau der eGovernment-Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung. Die IT-Landschaft wird in ihrer Vielfalt strukturiert, vereinfacht und vereinheitlicht. Das schließt strategische Allianzen mit anderen Ländern und dem Bund ein. Für uns in Thüringen heißt das, dass unser Online-Angebot einheitlich und noch nutzerfreundlicher gestaltet wird, dass es inhaltlich besser strukturiert und in weiteren Sprachen angeboten wird. Ziel ist, dass www.thueringen.de die Möglichkeiten einer modernen prozessoptimierten Verwaltung erschließt. Ziel ist es aber auch, den Reichtum und die Vielfalt unseres Landes und das Naturreich der Thüringerinnen und Thüringer in die Welt zu tragen; www.thueringen.de ist das Serviceportal für alle Menschen, die mit Thüringen in Kontakt treten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine moderne und leistungsfähige Justiz gehört zu den Eckpfeilern der Demokratie. In den nächsten fünf Jahren werden wir in Thüringen zahlreiche Vorhaben und Projekte anpacken. Ich möchte einige Schwerpunkte nennen: Wir wollen die Wirtschaftskriminali-

tät effektiver bekämpfen. Zu diesem Zweck bekommt die bestehende Wirtschaftsprüfgruppe bei der Staatsanwaltschaft Mühlhausen angemessene Verstärkung. Außerdem richten wir eine weitere Wirtschaftsprüfgruppe bei der Staatsanwaltschaft Gera ein. Damit verkürzen wir zugleich die Bearbeitungszeiten von Wirtschaftsstrafverfahren. Wir werden uns im Rahmen des rechtlich Möglichen dafür einsetzen, dass öffentliche Aufträge nicht an Unternehmen vergeben werden, die in der Vergangenheit durch korruptes Verhalten aufgefallen sind. Dem dient ein Korruptionsregister, das wir einrichten wollen. Wir orientieren uns dabei an Modellen, wie sie bereits in einigen Ländern - so Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Berlin - verwirklicht wurden. Das Ziel ist es, schwarze Schafe können so schneller identifiziert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen außerdem durch organisatorische Maßnahmen und personelle Verstärkungen die zügige Erledigung der Verfahren in der Sozialgerichtsbarkeit sicherstellen, das Thüringer Richtergesetz novellieren und die einvernehmliche Streitschlichtung unter anderem durch den Einsatz von Güterichtern in den Gerichten fördern. Wir sind überzeugt, eine effektive, bürgerfreundliche Justiz sichert Thüringen auch wichtige Standortvorteile im wirtschaftlichen Wettbewerb und sie ist ein unerlässlicher Baustein der Rechtsstaatlichkeit und der inneren Sicherheit.

(Beifall CDU, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen die äußere und innere Sicherheit im Justizvollzug optimieren; dazu gehören verbesserte Haftbedingungen. Deshalb wollen wir in Ostthüringen eine neue Justizvollzugsanstalt bauen. Diese soll in einem weiteren Schritt die Haftanstalten in Gera und Hohenleuben ablösen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns alle am deutlichsten sichtbar werden die Effekte der Globalisierung im Medienbereich. In den vergangenen Jahren ist die Zahl von Medienveranstaltern, Anbieternetzwerken und medialen Produkten geradezu explodiert, vor allem im Onlinebereich. Immer mehr Informationen strömen in immer größer werdender Geschwindigkeit auf jeden von uns ein. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Geschwindigkeit unseres individuellen und gesellschaftlichen Lebens. Eines der zentralen und wichtigsten Elemente bei der Herstellung, Verbreitung und Vermarktung von Medien wird künftig die Glaubwürdigkeit von Informationen sein. Diese zu überprüfen wird, anders als bisher bei den klassischen Medien wie Zeitung, Hörfunk und Fernsehen, immer schwieriger werden. Einer unserer wichtigsten medienpolitischen Schwerpunkte wird ein medienpädagogischer sein. Der mün-

dige, aufgeklärte und kompetente Umgang jedes Einzelnen mit modernen Medien wird immer wichtiger. Darum bleibt die differenzierte Medienerziehung der Kinder und Jugendlichen eine unserer wichtigsten Bildungsaufgaben in Thüringen.

(Beifall SPD)

Medienwirtschaftlich wird Thüringen vor allem dort Chancen erschließen, wo im Wettbewerb des Marktes Kompetenzen und Kapazitäten gebündelt werden können und die Medienindustrie durch ein wertschöpfendes Umfeld ergänzt werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Thüringen hat seinen Platz in der Mitte Europas. Die Europäische Union ist das Ergebnis einer einmaligen Erfolgsgeschichte. Ihre Grundlage ist die Idee des Friedens, der Freiheit und des Rechts. Ihre Zukunft ist die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an Wachstum, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit. Wir haben Europa viel zu verdanken. Ohne die feste Verankerung in der Europäischen Union wäre es nicht zur deutschen Wiedervereinigung gekommen. Der Mut der Menschen vor 20 Jahren hat die friedliche Revolution ermöglicht. Dieser Mut hat die politische Architektur unseres ganzen Kontinents verändert. Die Europäische Union umfasst heute 27 Mitgliedstaaten und zählt 500 Mio. Menschen. Mit dem Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember in Kraft tritt, erhält die Europäische Union eine neue Dynamik und neue Gestaltungsmöglichkeiten. Er festigt die demokratischen Strukturen, er gibt den Bürgern eine Stimme in Europa, stärkt regionale und lokale Selbstverwaltung. Die Landesregierung wird die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft, die Vereine und die Verbände in ihrem europäischen Engagement unterstützen. Vor allem aber wird sie selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Dazu gehört die Verstärkung der Informationsarbeit über Europa. Herzstück unserer europäischen Öffentlichkeitsarbeit werden auch weiterhin das europäische Informationszentrum und die vier Thüringer Europabüros sein. Dabei geht es uns um ein bürgernahes Europa, um funktionierende Frühwarnsysteme und effektive Einflussnahme auf die europäischen Entscheidungsprozesse.

In diesem Sinne werden wir unser Mandat im Ausschuss der Regionen weiterhin mit größtmöglicher Kompetenz wahrnehmen und dafür Sorge tragen, dass das Netzwerk des AdR konsequent für Thüringen genutzt wird. Dazu brauchen wir auch den Schulterchluss mit anderen Ländern und Regionen gleicher Interessenlage in Brüssel. Wir brauchen ebenso ein enges und vertrauensvolles Miteinander von Landesregierung und Landesparlament. Es ist deshalb auch ohne zwingende Rechtspflicht für mich eine Selbstverständlichkeit, dass der Thüringer

Landtag die Stellvertreterposition im AdR auch weiterhin besetzt.

(Beifall CDU, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine der zentralen Herausforderungen für unser Land als europäische Region ist die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik nach 2013. Ein abruptes Wegbrechen der Strukturförderung nach 2013 darf es nicht geben. Wir setzen uns deshalb für Übergangsregelungen ein, die auf ein gleitendes Abschmelzen der Fördergelder in Abhängigkeit von der tatsächlichen Wirtschaftskraft einer europäischen Region abzielen. Es kommt außerdem darauf an, die Kohäsionspolitik stärker als bisher auf die tatsächliche Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung in der Region auszurichten. Thüringens geografische Lage ist unsere große Chance. Daraus ergibt sich auch eine besondere Verantwortung für den Bau von Brücken zwischen West-, Mittel- und Osteuropa. Insbesondere die deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit hat im Rahmen des Weimarer Dreiecks ein besonderes Forum gefunden. Die Partnerschaft mit Malopolska liegt uns sehr am Herzen. Uns verbinden Jahrzehnte europäischer Erfahrung in Unfreiheit genauso wie der gemeinsame Aufbruch nach 1989 zu einem freien und geeinten Europa. Wir werden die Partnerschaft mit der Picardie sorgsam pflegen. Wir werden unsere Technologiepartnerschaften in Frankreich und der Ukraine ausbauen. Die grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit ist ein wichtiger Schwerpunkt Thüringer Europapolitik. Thüringen wird auch weiterhin ausloten, wie es sich mit anderen industriestarken Nachbarregionen vernetzen und so eine operative Dynamik innerhalb der EU entfalten kann. Solche Partnerschaften brauchen wir sowohl für den Austausch von Best-Practice-Beispielen als auch für die erfolgreiche Anwerbung von Mitteln im Rahmen der EU-Förderprogramme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Thüringen als aktiver, innovativer und verlässlicher Partner - mit diesem Anspruch an uns selbst positionieren wir unser Land erfolgreich dort, wo wir immer schon unseren Platz hatten, nämlich in der Mitte Europas.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD ist mehr als eine Willensbekundung. Er wird in den nächsten fünf Jahren Grundlage für unser Handeln und Entscheiden sein.

(Beifall CDU, SPD)

Der Koalitionsvertrag enthält ehrgeizige Vorhaben. In ihm steckt die Kraft, eine kreative Dynamik zu entwickeln, und genau darin liegt unsere Chance. Wir werden diese Chance nutzen. Macht heißt dabei nicht

„Macht Ihr mall!“. Macht heißt „Macht mit!“, gemeinsam mehr bewegen und damit auch gemeinsam mehr erreichen. Das geht, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur mit Vertrauen. Vertrauen ist Mut, Vertrauen ist Stärke, Verlässlichkeit und Verantwortung folgen nach. Vertrauen wir den Menschen, trauen wir ihnen etwas zu, dann können sie selbstverantwortlich Entscheidungen treffen. Das ist die Bedingung unseres höchsten Gutes, das ist die Bedingung von Freiheit. Vor 20 Jahren war uns dies der entscheidende Gedanke. Vergessen wir ihn auch heute nicht. Freiheit heißt, selbstständig handeln. Freiheit heißt, ich kann. Freiheit heißt, ich will. Es liegt an uns, wie wir Freiheit verstehen. Es liegt an uns, wie wir Freiheit leben - mit Mut und Menschlichkeit. Danke.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich eröffne die Aussprache zur Regierungserklärung. Zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Bodo Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Edvard Grieg lässt seine Hauptfigur Peer Gynt den Satz sagen: „Ist es das Erhoffte oder das Erreichte, das uns verzweifeln lässt?“

(Beifall DIE LINKE)

Wenn Sie mich fragen, was die Wählerinnen und Wähler in Thüringen erhofft haben, kommt man schnell zu der Antwort: den politischen Wechsel. Ich glaube, dass der erhoffte politische Wechsel mehr ist als nur eine Koalitionsregierung unter der Beteiligung der SPD, mehr war als nur ein Koalitionsvertrag, der vorgeblich eine sozialdemokratische Handschrift tragen sollte. Wenn ich die Reaktion der Bürger nach der Entscheidung der SPD, mit der CDU zu koalieren, richtig deute, gibt es eine tiefe Enttäuschung von Wählerinnen und Wählern - sowohl der Linken als auch der Grünen, aber auch der SPD.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor allem sind diejenigen enttäuscht, die auf ihren Wahlplakaten um die Zweitstimme für ein rot-grünes Projekt geworben haben, lieber Peter Metz. Gehen wir also vom Erhofften aus und berücksichtigen auch die Wählerinnen und Wähler, die CDU und FDP gewählt haben. Auch diese hatten die Hoffnung auf ein schwarz-gelbes Bündnis, wobei die CDU-Führung

- stoisch bis zum Schluss - für eine Alleinregierung ohne Koalitionszwänge gekämpft hat. Damit ist eine grundsätzliche Richtungsentscheidung zwischen sogenanntem bürgerlichen Lager versus reformorientiertem Lager durch die Entscheidung einer einzigen Partei mit ihrem 18,5-Prozent-Wähleranteil ausschlaggebend dafür, dass ein politischer Wechsel in Thüringen schlicht ausgefallen ist.

(Beifall DIE LINKE)

Dabei war im Wahlkampf auch immer die Rede davon, dass das System Althaus beendet werden sollte. Es wurden Ansprüche formuliert, die nach meinem Dafürhalten nur so zu übersetzen sind, dass sich die CDU in der Opposition erholen sollte - das war die politische Hoffnung von sehr vielen Menschen in diesem Land. Ich glaube, der CDU hätte das auch gut getan.

(Beifall DIE LINKE)

Das scheint aber nur eine Illusion gewesen zu sein. Vielleicht kann man grundlegende Reformen unter den politischen Konstellationen derzeit in Thüringen einfach nicht erwarten. Vielleicht ist das Verteilen von Positionen und Posten die einzige Größe, die man berechnen kann, wenn man den Ertrag der Koalition messen will, die heute ihre Eröffnungsrede dem Parlament unterbreitet hat. Gemessen an der Ertragswertberechnung eines Hedgefonds ist es so, dass mit 18,5 Prozent Einsatz zu 50 Prozent Ertrag hinsichtlich der Posten durchaus der Ertrag respektabel ist. Dies ist allerdings nicht unser politischer Ansatz, nach dem wir Regierungsarbeit messen wollen und messen werden. Wir werden uns mit einer kritischen Begleitung als größte Oppositionsfraktion darauf einstellen, dass wir Maßstäbe an die jetzige Landesregierung formulieren, um immer wieder zu hinterfragen, ob das Erreichte eine Hoffnung rechtfertigt oder das Erreichte nur die Verzweigung stärkt.

Ich beginne mit der Frage, wie die regierungstragende Fraktion mit den Oppositionsfractionen generell umgehen wird. Hier lässt sich aus der Ankündigung unserer Ministerpräsidentin ableiten, dass in den Stilfragen ein paar Veränderungen schon jetzt erkennbar sind. Ob sie auch kraftvoll durchgehalten werden, müssen wir gemeinsam feststellen.

Liebe Frau Lieberknecht, in Ihrer Eigenschaft als Landtagspräsidentin haben Sie in der 3. Legislatur in der Drucksache 3/50 das Parlament angemahnt, dass in Zukunft landeseigene Gesellschaften und sämtliche Aufgabenträger, die hoheitliche Aufgaben des Landes vollziehen und aus den Landesstrukturen ausgegliedert werden, in Zukunft von der Opposition in den Aufsichtsgremien mit kritisch begleitet werden können. Was damals richtig war, Frau Lieber-

knecht, kann heute nicht falsch sein. Wir erwarten von der heutigen - die damalige Landesregierung hat es nicht umgesetzt, was die Landtagspräsidentin angemahnt hat - Landesregierung mit der Richtlinienkompetenz die Umsetzung der Drucksache 3/50 in der 5. Legislatur.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich lade Sie und uns deshalb ein, die Rolle der Opposition auch daran festzumachen, wie ernst Sie uns als parlamentarische Opposition nehmen.

Ein Weiteres sei angemerkt: Der heutige Justizminister Poppenhäger hat in seiner vormaligen Eigenschaft als zuständiger Referent des Landtags für den Wissenschaftlichen Dienst ein Rechtsgutachten erstellt über die Frage: Darf der Verfassungsschutz Parlamentarier registrieren, observieren bzw. in seine Akten aufnehmen? Und wie muss das Parlament eigenständig daran beteiligt werden bzw. um Kenntnis oder um Zustimmung gebeten werden, falls so etwas geschieht? Folge des Rechtsgutachtens war lediglich die Änderung des Verfassungsschutzgesetzes. Das Parlamentsrecht ist bis heute nicht geändert worden. Ich glaube, hier können Sie als Justizminister Ihrem Rechtsgutachten aus der 3. Legislatur nun Taten folgen lassen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Besetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission gab es in der Vergangenheit immer eine Auseinandersetzung, wenn wir als Opposition Vorschläge unterbreitet haben. Hier gab es manchmal auch zweifelhafte Informationen, die offenbar aus seltsamen Quellen abgesendet, in der CDU-Fraktion angekommen sind, jedenfalls nie zu einer ehrlichen und schon gar nicht zu einer fairen Debatte geführt haben. DIE LINKE bzw. vormals die PDS ist schlicht und ergreifend nur ein einziges Mal an der parlamentarischen Kontrolle beteiligt gewesen und nun erwarten wir auch hier einen neuen politischen Stil und vor allem einen politischen Anstand, der hier im Hohen Haus auch durchgehalten werden muss. Wir werden deshalb auch wiederum ein neues Kapitel eröffnen und einen auf uns entfallenen Platz an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgeben, was schon vollzogen worden ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliches, meine Damen und Herren, gilt für das Thema „Rechnungshof“. Es ist schon ein unglaublicher Skandal, dass Thüringen den traurigsten Rekord aller Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland erreicht hat mit dem längsten verwaisten Führungs-

gremium eines Rechnungshofs. Auf diesen Rekord hätten wir gern verzichten können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat zu deutlichen Kontrollverlusten geführt, wie z.B. die fehlende schnelle Prüfung der Hubschrauberflüge des Ministerpräsidenten Dieter Althaus im Wahlkampf. Ich erinnere mich noch an die sogenannte Dienstwagenaffäre von Frau Schmidt im Bundestag, da hat der Bundesrechnungshof schnell geprüft und Klarheit geschafft. In Thüringen sah sich der Landesrechnungshof nicht einmal zur Prüfung in der Lage, weil nicht genügend Kollegiaten da waren, Prüfung ausgefallen mangels Präsenz. Ich halte das schlicht für einen Skandal.

(Beifall DIE LINKE)

Hier ist bei der Besetzungsfrage eine Verfahrensänderung dringend notwendig. Ich habe die Hoffnung, dass entweder ein transparentes Verfahren zur Ermittlung einer geeigneten Person gewählt wird, an der die Fraktionen ausreichend beteiligt sind, oder dass wir als Parlament die Kraft haben, denn wenn es nicht eintritt, die Zuständigkeit schlicht als Vorschlagsrecht auf das Parlament zu übertragen. Zu einer parlamentarischen Demokratie und zu einem gegliederten Rechtsstaat gehört eine unabhängige Wahrnehmung der Aufgaben. Hier hat der Rechnungshof schon aus Gründen der politischen Hygiene eine zentrale Bedeutung. Ein Rechnungshof darf nie nach Kriterien der guten Laune versehen oder besetzt werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb gilt es ernsthaft, das Vorschlagsrecht der Opposition für den Rechnungshof im Blick zu haben.

Ein Letztes: Zu den Selbstverständlichkeiten zählt für mich auch die anstehende Besetzung des Landesverfassungsgerichts. Es sollte, so wäre dies mein Wunsch, eine ähnliche kulturvolle Diskussion und Vorschlagserörterung geben wie bei der letzten Besetzung, bei der es gelungen ist, ein hohes Maß an Akzeptanz für sämtliche Vorschläge im Hohen Haus zu bekommen, dass wir ein solches Klima auch bei der Besetzung der anstehenden Veränderung im Verfassungsgerichtshof bekommen. Rechnungshof und Verfassungsgericht müssen entsprechende Quoren hier im Parlament erreichen. Wir sollten das Ziel haben, diese Quoren sogar noch zu übertreffen, damit deutlich wird, Rechnungshof und Verfassungsgericht haben die Unterstützung und den Respekt des ganzen Parlaments. Deswegen verbieten sich kleingeistige Spielereien.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit sind wir wieder bei den Hoffnungen, die man hat und die man aufgeben muss. Da wir nicht an der Regierung beteiligt sind, werden wir die Rolle als Opposition annehmen und als Opposition gestaltend, kritisierend oder auch helfend den Prozess begleiten. Bei dem Gestalten muss man aber wollen, dass wir mitgestalten, und das ist eine Frage des parlamentarischen Selbstverständnisses. Es gibt weitere Punkte, bei denen meine Partei bisher dauerhaft in Thüringen diskriminiert worden ist. Auch hier mahne ich Fairness an und endlich eine sachliche, diskriminierungsfreie Entscheidung bis hin zur Korrektur von Fehlentscheidungen. Es gab zum Beispiel den Umgang mit unserem Jugendverband und unserer Landesstiftung, bei denen man einfach aus dem Grund, weil wir es sind, andere Maßstäbe anlegt als bei den anderen Parteien. Dies wollen, können und werden wir nicht mehr akzeptieren und fordern ab sofort einen fairen, gleichberechtigten Umgang.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb verstehe ich den Anspruch der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hier im Parlament nicht schlechter behandelt oder diskriminiert zu werden. Wir müssen darüber reden. Ich finde die Anregungen, die Notwendigkeit und die Hinweise sinnvoll und richtig. Da wir selber die Diskriminierung über fast 19 Jahre hier gespürt haben, wollen wir einen Strich ziehen und bieten an, gemeinsam mit allen, die wollen, nach vorn zu schauen.

Die vorgenannten Punkte und Positionen sind geeignet, hier ein gemeinsames Fundament parlamentarischer Arbeit aufzubauen. Für mich war es deshalb sehr positiv, dass wir uns mit unserer ersten parlamentarischen Deklaration gemeinsam gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus positioniert haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gebe auch denen recht, die mahnen, eine Selbstlegitimation von Gewalt darf es unter gar keinen Umständen und keinen Vorzeichen geben. Unser gemeinsames Handeln sollte immer die Perspektive haben, rassistischen, faschistischen und antisemitischen Tendenzen gemeinsam entgegenzutreten. Dies sollten wir auch im parlamentarischen Raum immer bedenken, denn so sehr ich mich freue, dass sich weder NPD noch DVU hier mit platten Parolen haben einnisten können, so sehr muss man mahnen darauf hinweisen, dass die alltägliche Gefahr um uns herum keinesfalls gebannt ist. Die aktuellen Entwicklungen in Kirchheim, Pößneck oder Fretter-

de, aber auch das ständige Auftauchen von Herrn Mahler in Mosbach oder das Verbreiten von Schulhof-CDs zeigen, dass hier eine Entwarnung überhaupt nicht angezeigt ist. Deshalb möchte ich uns bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Bewertung ermuntern, dass wir uns weiterhin ein Maß an Zusammenarbeit gestatten, bei dem wir im Kampf gegen Rechtsextremismus ein höheres Maß an Gemeinsamkeit erreichen und durchhalten. Aus diesem Grund begrüße ich ausdrücklich, dass Frau Lieberknecht beim Schulterchluss der Demokraten in Pößneck persönlich sehr deutlich und öffentlich wahrnehmbar Flagge gezeigt hat. Das war ein neues Signal in Thüringen und für Thüringen. Dafür meinen Dank und meine Anerkennung.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Jahr 20 nach dem Mauerfall, der Grenzöffnung und der deutschen Einheit möchte ich auch wiederholen, dass wir uns als Partei DIE LINKE nicht einer kritischen Debatte zum Thema Vergangenheit und Verantwortung für die SED als Staatsmachtspartei verweigern, weder verweigern wollen noch verweigert haben, noch verweigern werden. Begangenes Unrecht in der DDR im Namen des Fortschritts oder des Sozialismus wollen und werden wir nicht verklären oder kleinreden. Das Prinzip „Macht vor Recht“ hat der Idee eines demokratischen Sozialismus schwersten Schaden zugefügt. Aber, werte Kolleginnen und Kollegen, nur weil wir das Wort „Sozialismus“ weiterhin in den Mund nehmen wollen und in den Mund nehmen werden, wollen wir deshalb nicht zurück in die staatssozialistische Zeit. Wir stehen deshalb zur Verantwortung und wir wollen und werden Aufarbeitung, Bewertung und Dokumentation auch der DDR-Zeit den notwendigen Respekt und die notwendige Unterstützung zollen. Pauschales Ausgrenzen oder pauschales Brandmarken hilft hier wirklich nicht weiter. Wir bieten deshalb unsere Bereitschaft zur Diskussion an und verweisen darauf, dass wir in den Sondierungsgesprächen zwischen SPD, GRÜNEN und uns das Thema intensiv beraten haben. Dies sollte kein Endpunkt sein, sondern auch der Beginn einer Debatte, bei der wir einbezogen und nicht länger stigmatisiert werden wollen. Wir bitten Sie, mit uns diesen Diskurs auch zu führen und nicht weiter eine Stigmatisierung oder Ausgrenzung zu betreiben, weil wir nur so im Jahr 20 auch nach vorn blicken können, ohne das Vergangene zu vergessen oder zu leugnen.

Wir formulieren unsere Hoffnung an die neue Landesregierung, dass sie Zeichen setzt, wie wir nach 19 Jahren real existierender Opposition mit einem Diskurs in diesem Fall mit einbezogen werden, bei dem wir daran gemessen werden, was wir in der Demokratie und im Parlament bislang geleistet ha-

ben und was wir leisten wollen. Daran wollen wir gemessen werden, auch daran. Wir sind keine Fundamentalopposition. Wir sind keine Fraktion, die sich gegen alles oder gegen jedes ausspricht, nur weil es von der Regierung kommt. Wir wollen Sie an Ihren eigenen Ansprüchen messen, aber vor allen Dingen wollen wir Sie messen an den Aufgaben, die vor diesem Land stehen.

Die Realität macht sich für Menschen in diesem Land fest an den Erfahrungen in den Familien, in den Freundschaften, in den Verwandtschaften, in den Nachbarschaften. Wenn im Oktober 2009 120.448 Menschen offiziell als arbeitslos registriert sind, sind das 1.624 Menschen mehr als im Vorjahr. Das ist ein Zuwachs von statistisch 4,5 Arbeitslosen pro Tag in Thüringen, die dazukommen. Rund 80.000 davon sind Bezieher von Arbeitslosengeld II, wobei 171.500 Menschen in Gänze Arbeitslosengeld II beziehen und von denen zusätzlich über 90.000 nicht arbeitslos gemeldet sind, also Aufstocker sind zu ihren Niedriglöhnen. Wir in Thüringen sind trauriges Schlusslicht der Tariflöhne in Deutschland. Wir sind das Land mit dem höchsten Anteil an prekärer Beschäftigung.

Die Dynamik des demographischen Wandels und der Zu- und Abwanderung in Thüringen verschärft das Problem. Im Jahr 2008 sind 46.353 Menschen aus Thüringen fortgezogen, das sind durchschnittlich täglich 127 Menschen, die dem Land den Rücken gekehrt haben. Rechnet man die Zuzüge dagegen, verlassen täglich 35 Menschen das Land. Das ist eine Busladung Menschen, die wir täglich in Thüringen verlieren. Das ist unerträglich.

(Beifall DIE LINKE)

Es gehen vor allem die Jungen, die für sich keine Perspektive mehr sehen. Wir sind mittlerweile in der Situation, dass wir für Arbeits- und Ausbildungsstellen und Ausbildungsplätze, gerade im technischen Bereich, schon in osteuropäischen Ländern anfangen, Anwerbung zu organisieren. Diesen Prozess müssen wir deshalb stoppen, damit Perspektiven für junge Menschen hier geschaffen werden, damit Menschen hierbleiben.

Thüringen wird älter und wir müssen für die Regionen insgesamt neue Antworten finden. Zuwanderung ist die Herausforderung, die wir meistern müssen, damit die Abwanderung gestoppt wird. Das heißt aber, Zuwanderung erfordert auch einen Mentalitätswandel den Menschen gegenüber, die zuwandern. Das ist eben mehr als eine Bratwurst und mehr als der geographische Geburtsort, aus dem man kommt. Das heißt, Zuwanderung muss man wollen und Zuwanderung muss man leben. Eine Leitpositionierung der gleichen Arbeits- und Lebensbedingungen, die

in der Föderalismusdebatte leider Gottes unter die Räder gekommen ist, also die grundgesetzlich verankerte Leitpositionierung, gleiche Arbeits- und Lebensbedingungen in ganz Deutschland durch das Grundgesetz zu garantieren, ist leider durch die stärkeren Länder in der Föderalismusdebatte zerstört worden. Das müssen wir wieder auf die Tagesordnung und als Gegenstand wieder in die politischen Gespräche bekommen, dass gleiche Arbeits- und Lebensbedingungen ein Ziel sein müssen in Nord und Süd, in Ost und West. Wir dürfen nicht zulassen, dass uns die westdeutschen Länder als der negative Ballast am Bein prosperierender Regionen betrachten. Wenn 38 Prozent der Wirtschaftsentscheider in Westdeutschland mittlerweile sagen, der Nachteil für Deutschland seien die neuen Bundesländer, zeigt das, wie die Mauer in den Köpfen noch da ist, wenn solche Mentalitäten angetroffen werden, die mittlerweile statistisch gemessen werden können. Darauf müssen wir Antworten geben. Deshalb müssen wir neue Antworten geben auf Probleme, bei denen die Westdeutschen mit Spannung in unsere Richtung schauen würden, ob wir hier neue Lösungen für alte Probleme haben.

Nehmen wir den ländlichen Raum mit dem Thema Gesundheitspolitik, dann bleibt die Frage: Wie lange lässt sich gesamtdeutsch die ideologisierte Trennung von ambulant und stationär wirklich noch vertreten? Wie müssen heute integrierte Gesundheitsversorgungseinrichtungen aussehen, wie müssten sie geschaffen werden und was wäre mit der Gemeindeschwester? Wird es wieder reduziert auf die Poliklinik à la DDR und damit gleich ins Abseits gestellt oder begreifen wir im Jahr 20, dass wir auf spezielle Probleme der demographischen und der Abwanderungsentwicklung eigene Antworten mutig geben müssen.

Bei einer älter werdenden Gesellschaft müssen wir aber auch über Pflege reden. Da geht es um Pflegepersonal. In Westdeutschland wird Pflegepersonal gesucht und besser bezahlt. Solange unsere Pflegevertragverträge so schlecht sind und solange wir im Pflegebereich ein Zweiklassensystem haben, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn unsere gut ausgebildeten Pflegekräfte das Weite suchen. Hier kann sich der demographische Wandel mit einer Zukunftschance verbinden, wenn wir sie mit Pflegeeinrichtungen dem ländlichen Raum und einer aktiven Krankenhausplanung kleiner und großer Einrichtungen verbinden. Die derzeitige Krankenhausplanung muss gesetzlich sowieso fortgeschrieben werden, also lassen Sie es uns als Herausforderung begreifen, diese Diskussion zu führen. Das setzt aber voraus, dass wir den Mut haben, über die Trennung oder die Überwindung von ambulant und stationär einmal trefflich die Klingel zu führen, und eine integrierte Gesundheitsversorgung flächendeckend als

Ziel auch hinbekommen, bei der die Frage des Landarztproblems durch neue, kreative Lösungen auch beantwortet wird. Das wäre ein mutiger Schritt, der den Begriff der Reformorientierung einer Landesregierung rechtfertigen würde. Hier haben wir Erwartungen an die Diskussion, wie Reformen angepackt und wohin sie entwickelt werden. Ich sehe da in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung heute allerdings zu wenig Mut, um das Ziel zu verfolgen, das modernste Verwaltungsland, das modernste Bildungsland, das modernste Energieland Deutschlands wirklich werden zu wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Der Mut scheint hier nicht den Federhalter geführt zu haben. Mit diesen drei Leitbildern haben wir jedenfalls im Wahlkampf mit der Bevölkerung darüber geredet und wir haben Rede und Antwort gestanden. Diese drei Leitbilder fehlen uns als herausgearbeitete Punkte.

Ein weiterer Punkt, den ich feststellen muss, dass er nicht ausreichend erwähnt ist, ist die demokratische Teilhabe, also mehr Partizipation der Bürger, die mutige Handschrift, die sagt, mehr direkte Demokratie. Das wäre eine Antwort, die man hätte geben müssen. Ich komme darauf noch einmal zurück.

Beim Bürokratieabbau oder bei der Weiterführung der Verwaltungsreform im Koalitionsvertrag von Kontinuität zu sprechen, verheißt die Fortführung des Stillstandes.

(Beifall DIE LINKE)

Das würde unserem Land schwer schaden. Die Verwaltungsreform, die wir als Gesamtansatz sehen, ist eben mehr als nur eine kosmetische Korrektur an Gebietsgrenzen. Wir sagen, Verwaltungsumbau braucht einen Kompass, braucht Zielgrößen. Eine Zielvorgabe, die wir geprägt haben, war die Zweistufigkeit in der Verwaltung und die Einräumigkeit in der Verwaltung. Das Verwaltungswirrwarr in Thüringen muss aufhören und die nicht aufeinander abgestimmten Korrekturansätze müssen endlich unter einem gemeinsamen Maßstab oder Kompass entwickelt werden. Die Berufung von Herrn Carius in das Bauministerium und damit seine Zuständigkeit für den Demographiebericht lässt allerdings befürchten, dass dieselbe Stillstandsmentalität, die schon aus der Enquetekommission für den Verwaltungsumbau von Herrn Carius zu spüren war, weiterhin um sich greifen wird.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sind deshalb sehr gespannt, ob die Landesregierung den Mut und die Kraft hat, die Zielstellung

einer zweistufigen Verwaltung mit den Prämissen der Bürger und einer wirtschaftsfreundlichen Ausprägung zu formulieren und dann auch in diese Richtung zu agieren. Die Regierungserklärung und der Koalitionsvertrag verheißten außer Floskeln allerdings dazu nichts. In den Sondierungsgesprächen hatte die SPD die klare Formulierung für ein Leitbild „Kulturland Thüringen“ vorgeschlagen. Ein solches Leitbild ist sehr zu begrüßen. Denn immerhin ist Thüringen eines der großen wirklich traditionsreichen Kulturländer. Das setzt aber voraus, dass wir den Mut haben, eine Kulturfinanzierung zu bekommen, die endlich den Trägern der Thüringer Kultur ein höheres Maß an Planungssicherheit und Existenz ermöglicht. Die Kündigung aller Mitarbeiter bei dem Jugendtheater Schotte löst bei uns Alarmglocken aus und der lapidare Satz in der Regierungserklärung, es finde nun eine Förderung jugendkultureller Arbeit statt, ist für uns noch lange keine Entwarnung.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen gemeinsam über den Kulturbegriff reden. Wie soll nach den Vorstellungen der Landesregierung der Kulturraum Thüringen abgesichert werden? Wir schlagen Ihnen deshalb ein Kulturfördergesetz vor, wenn Ihnen unsere Initiative zum Kulturlastenausgleich in der letzten Legislatur nicht gefallen hat. Über „Kulturraum“, „Kulturförder-“ oder „Kulturlastenausgleichsgesetz“ möchten wir als Wörter nicht streiten. Aber über die Finanzierung aller Glieder in der großen Kette unseres Kulturschaffens muss jetzt dringend geredet und dazu dringend gehandelt werden. Wir können im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung leider nicht erkennen, ob da wirklich Handlungsbedarf gesehen und das lösungsorientiert angepackt wird.

Ich will einen Inhalt erwähnen, da geht es um das Bibliotheksrechtsgesetz. Hier ist im Kern die Frage zu beantworten, ob es sich hierbei um eine freiwillige oder um eine Pflichtaufgabe der öffentlichen Träger handelt. Die SPD hat in der letzten Legislatur gefordert, Bibliotheken zur Pflichtaufgabe zu machen. Nun, werter Herr Kulturminister Matschie, sind wir gespannt, wie Sie dieses Thema zügig anfassen. Erinnert sei hier an die Rede von Bundespräsident Horst Köhler, Frau Lieberknecht hat darauf hingewiesen, die bei der Wiedereröffnung der Anna Amalia Bibliothek vor uns allen die Ansprüche formuliert hat, dass Bibliotheken rechtlich geschützt sowie rechtlich und finanziell abgesichert werden müssen. Wir sind gespannt, ob wir die Pflichtaufgabe Bibliothek und Bibliotheksrechtsgesetz bekommen, lieber Herr Matschie.

Im Kontext zum Kulturland erwähnte ich bereits den Tourismus. Wir bedauern ausgesprochen, dass der Koalitionsvertrag keine aktive Antwort gibt, um die

Kleinstaaterei bei den Tourismusanbietern und den Tourismusvermarktern zu überwinden. Das Gegenüber zwischen Thüringer Wald, Hainich, unserem kulturellen Erbe und das kleinteilige ängstliche Belauern der Tourismusverbände scheint uns eines der Probleme zu sein, warum wir im Tourismusgewerbe zu wenig Innovation und zu wenig Wertschöpfung im Vergleich zu allen anderen Bundesländern haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie antworten in Ihrem Koalitionsvertrag lediglich mit einer Imagekampagne und wir fragen uns ängstlich, ob das wieder der Fisch in einer alten Zeitung ist oder ob zu den vielen Imagekampagnen, die wir schon haben, weitere dazukommen sollen. Dies wäre schlicht grundfalsch. Tourismus muss man in Gänze entwickeln und die Angebote für Touristen muss man aus einer Hand gestalten. Wandern und Kultur, Technik und Natur müssen zusammengedacht werden. Deshalb ist es zwar schön, dass Oberhof erwähnt ist - ich mache jetzt keine Bemerkungen über Thermen und Thermenanlagen -, weniger schön ist aber, dass das Wort „Weltkulturerbe“ nicht einmal vorkommt. Wir sehen den Tourismus eben auch als Arbeitsmarktansatz. Wir sehen dort die Vielfalt von kleinen und Kleinstbetrieben, denen es helfen würde, wenn die Politik dazu beitragen würde, dass eine gemeinsame Tourismusvermarktung optimaler präsentiert wird. Beispiele wie die Bodensee-Card, die sogar drei Nationalstaaten umfasst, zeigen, dass man ein interessantes Angebot für ein ganzes Bundesland auf den Weg bringen muss und dass das Gegeneinander von Karten und Kartenanbietern in Thüringen schlicht in die Sackgasse führt.

(Beifall DIE LINKE)

Wir liegen nach den Maßstäben des Bruttoinlandsprodukts in der Wertschöpfung des Tourismus deutlich zu niedrig. Schuld daran ist auch ein Denken in kleinstaatlichen Strukturen. Touristen suchen Thüringen als Ganzes und haben dann unterschiedliche Wünsche, die zusammen bedient werden müssen. Da spielt eine gezielte Werbung in unseren Nachbarregionen, in Ballungsregionen eine große Rolle und nicht irgendeine Imagekampagne irgendwo. Arbeitsplätze werden die entscheidende Frage der Zukunft unseres Landes sein, deshalb haben wir das Kulturthema und das Tourismusthema verbunden mit dem Wirtschaftsthema. Bei der Betrachtung Wirtschaft haben Sie sich in Ihrem Koalitionsvertrag allerdings auf die Industriepolitik konzentriert. Im Koalitionsvertrag heißt es, Sie wollen die Absatzerfolge an internationalen Märkten stärken und die Industriepolitik sei im Zentrum der Betrachtung. Das heißt, Sie ignorieren 75 Prozent der gesamten Wirtschaft

im nichtindustriellen Bereich in Thüringen; denn unser Industriebesatz in Thüringen ist leider viel zu gering.

Die Entindustrialisierung der 90er-Jahre ist nicht mehr zu korrigieren. Selbstverständlich freuen wir uns über jeden Industriebetrieb, der nach Thüringen kommt, und selbstverständlich muss man den Industriebetrieben die Chance ermöglichen, sich hier ansiedeln zu können. Dabei darf man aber den heimischen Bestand an nichtindustrieller Wirtschaft nicht ignorieren. Für uns gilt die Prämisse: regional vor global. Für uns steht die Wertschöpfungskette deutlich im Mittelpunkt und die ist in Thüringen schlicht zu gering.

(Beifall DIE LINKE)

Das heißt, mit den bestehenden Klein- und Kleinstbetrieben müssen wir eine viel höhere Verclustering erreichen, damit die Klein- und mittelständische Wirtschaft sich wechselseitig unterstützen kann. Deshalb ist das, wie Sie schreiben, Prüfen von Spielräumen im Vergaberecht - wie Sie es im Koalitionsvertrag umschrieben haben -, einfach schlicht zu wenig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese reine Absichtserklärung erinnert uns an die Debatte um das bayerische Vergaberecht, welches die SPD hier in den Landtag eingebracht hatte. So viel bayerische Verhältnisse wollte die Thüringer CDU dann aber doch nicht und hat es abgelehnt. Natürlich müssen wir jetzt bei einem Vergabegesetz die europäischen Vorgaben bedenken. Aber das darf kein Alibi für die Fortsetzung von verallgemeinernden Floskeln sein. Deshalb fordern wir Sie auf, zügig ein Vergabegesetz auf den Tisch zu legen, über das wir parlamentarisch beraten können, denn unsere Betriebe in Thüringen brauchen dringend ein solches Vergabegesetz.

(Beifall DIE LINKE)

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein praktisches Beispiel als Vorschlag unterbreiten. Führen Sie als Prinzip den Investorenlotsen in der Verwaltung durchgängig ein. Damit ein Wirtschaftsbetrieb, egal ob groß oder klein, ob mittel, sich nur noch an eine öffentliche Stelle wendet, an ein One-Stop-Center. Dieses Prinzip muss zum Gegenstand der Verwaltungsreform gemacht werden. Das wäre Verwaltungsmodernisierung und Wirtschaftsstärkung gleichermaßen. Dies darf aber nicht die Interessen von Arbeitnehmern ignorieren. Den im Wahlkampf geforderten einheitlichen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn kann ein Appell zur Tariftreue nicht ersetzen, lieber Herr SPD-Vorsitzender Matschie.

(Beifall DIE LINKE)

Die Tariftreue, von der jetzt im Koalitionsvertrag die Rede ist, könnte sogar, wenn er da wäre, Herr Kemmerich unterschreiben. Aber der Tarifvertrag für das Friseurgewerbe mit 4,59 € Stundenlohn zementiert einen Armutslohn. Deswegen fordern wir bundesweit einen flächendeckenden, einheitlichen, gesetzlichen Mindestlohn, von dem Menschen sich und auch ihre Familien ernähren können und müssen.

Ein Weitermachen mit Hartz-IV-Aufstockung und damit ein weiteres Abschieben von Niedriglöhnern in Hartz-IV-Systematik heißt, diese Menschen weiterhin zu degradieren, heißt, eine Subventionierung der Wirtschaft auf dem Rücken der beteiligten Menschen vorzunehmen. Das ist die diskriminierendste Form, wie mit Menschen umgegangen wird. Deswegen lehnen wir Aufstockung als Prinzip ab und fordern einen gesetzlichen flächendeckenden, existenzsichernden Mindestlohn.

(Beifall DIE LINKE)

Unsere Idee vom modernsten Energieland Thüringen ist aufgegriffen worden vom Wirtschaftsminister, Herrn Machnig, wie markante Ankündigungen dies auch beschreiben, GreenTech nun in die Thüringer Landespolitik einzubringen, erscheint uns sehr begrüßenswert. Allein die Ankündigung reicht aber noch nicht aus. Wenn wir die Modernisierung unserer Stromproduktion unter dem Aspekt der regenerativen Energie betrachten, brauchen wir ehrgeizige Ziele, um voranzukommen. Eine Reduzierung auf Windkraft- oder Solaranlagen reicht nicht aus. Es bedarf der gesamten Breite. Wir können allerdings endlich die Wertschöpfungskette bei der Produktion von Solarzellen deutlich erhöhen. Wir sind das Bundesland mit der höchsten Produktionsseite bei Solarzellen, aber der geringsten Modulfertigung. Hier heißt es, die Wertschöpfungskette zu erhöhen. Wir brauchen eine Vielzahl von Angebotsmöglichkeiten für Bürgerkraftwerke, eine Offensive von Tausenden Solardächern auf öffentlichen Gebäuden und wir brauchen eine Abkehr von der verlängerten Werkbank. Das heißt, wir brauchen eine Stärkung von Forschung, Wissenschaft und Entwicklung in Verbindung mit der Produktion aller regenerativen Energieträger. Es geht um eine konsequente Umorganisation der produzierenden und der verteilenden Seite im Energiesektor. Wir brauchen einen neuen Ansatz der Eigentumsformen der Stromnetze. Es reicht nicht, nur von der Rekommunalisierung der Stromnetze zu sprechen, wenn nicht klar ist, wie wir eine landesweite Netzgesellschaft mit kommunaler und öffentlicher Beteiligung erreichen. Warum sollte Thüringen nicht den Mut haben, gemeinsam mit allen Stadtwerken der kommunalen Gemeinde über die Thüringer Energieversorgungsgesellschaft, vormals TEAG, nachzudenken; eine gemeinsame Beteiligung des Landes und der kommunalen Familie, um dann bei der Re-

kommunalisierung von Stromnetzen ein einheitliches Netzbewirtschaftungssystem in Thüringen zu erreichen. So könnten wir das modernste Stromnetz Europas bekommen. Hier heißt es, Forschung zu aktivieren, Geld in die Hand zu nehmen und mit E.ON in Verhandlungen zu treten, um aus der bisherigen 47-prozentigen Beteiligung eine 51-prozentige Beteiligung in kommunaler Hand zu ermöglichen. Dabei müsste das Land moderieren und finanziell möglicherweise auch Unterstützung leisten. In diesen Zusammenhang gehört auch die Debatte um Opel, wie wir sie in der Sondersitzung schon geführt haben. Hier schließe ich mich den scharfen kritischen Worten des Wirtschaftsministers gegenüber dem Bundeswirtschaftsminister Machnig - Entschuldigung -, Bundeswirtschaftsminister Brüderle ...

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das bin ich noch nicht, aber ich arbeite daran.)

Aber nicht, wenn Sie dann das Gleiche dort sagen, was er gesagt hat. Ich schließe mich ausdrücklich Ihrer Kritik an, denn von Berlin aus zu fordern, dass die Länder jetzt einspringen sollen, da der Bund nicht mehr mitspielt, finde ich empörend. Nachdem aber Herr Brüderle die Länder aufgefordert hat, verkündet die Thüringer FDP, das Land solle nicht handeln. Das zeigt mir, dass die FDP in Thüringen weder ein Konzept für den Automobilstandort Thüringen hat noch ein Bild von der tatsächlichen wirtschaftlichen Vernetzung von Opel im Gesamtsystem der Automobilzulieferer. Hier geht es um viele Klein- und Kleinstbetriebe in Thüringen und wir werden deshalb weiterhin mit Opel für Opel kämpfen.

(Beifall DIE LINKE)

Die Verbindung von Opel zu GreenTech wäre die Verbindung zu Energiespeichertechnologie und Antrieb. Hier müssen wir deutschlandweitestes Leistungs- und Forschungszentrum werden. Wenn uns das gelingt, wird ein neues Kapitel der Industriegeschichte aufgeschlagen. So wenig, wie wir die Entindustrialisierung der 90er-Jahre heute abändern können, so sehr können wir jetzt die Weichen stellen für eine nachhaltige Zukunft. Dabei würden wir Sie gern aktiv unterstützen, auch wenn wir finden, dass im Koalitionsvertrag dazu zu wenig formuliert ist. Hinsichtlich der Stärkung des Mindestlohns macht die SPD allerdings eine Kehrtwende. Aber auch bei einer weiteren Ankündigung steht die SPD im Wort, nämlich dem Ausbau des Personalvertretungsrechts. Beides sehe ich im Einklang mit einer gedeihlichen Wirtschaftsentwicklung, denn die Träger dieser Entwicklung müssen die Arbeitnehmer sein, die aber teilhaben müssen an dem, was sie an Werten schaffen, und an dem, was um sie herum entschieden wird. Vielleicht erwarten wir hier schlicht von der SPD

zu viel - von der Thüringer. Auch am letzten Wochenende hat ja der ehemalige Staatssekretär in der Schröder-Regierung und heutige Parteivorsitzende Christoph Matschie die Hartz-Gesetze sowie Rente mit 67 als Tatbestände beschrieben, die man nicht einfach beiseite schieben sollte. Hier bleibt sich treu, was eine verfehlte Politik auf den Weg gebracht hat, und zumindest zwei Protagonisten der verfehlten Schröder-Politik sind ja nun Bestandteil unserer Landesregierung.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Eine Neiddebatte zur Schröder-Politik.)

Eine Neiddebatte zur Schröder-Politik - ich kann nur sagen, zur Schröder-Politik kann man nur pfui sagen, eine Basta-Politik, die beendet werden muss.

(Beifall DIE LINKE)

Aber die Thüringer SPD, zumindest hier im Hohen Haus, kann sich ja nicht lösen von dieser Vergangenheitsaufarbeitung, die noch nicht vollzogen wurde. Darauf kann ich gern verzichten. Die Menschen in diesem Land erwarten, dass bei den Gehaltsunterschieden zwischen Ost und West die Schere endlich kleiner und nicht größer wird, dass Sozialtransfers endlich so eingesetzt werden, dass daraus Förderketten entstehen. Sie erwarten statt Ein-Euro-Jobs endlich eine Offensive gemeinwohlorientierter Arbeit. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik kann sich nicht darauf reduzieren, dass ein Landesarbeitsmarktprogramm auf den Weg gebracht wird. Dieses Programm ist zu begrüßen und mehr Kommunalkombi wäre zu wünschen. Wenn aber gleichzeitig in Berlin das Gegenteil gemacht wird, wenn dort im Kern die FDP die Auflösung und die Abschaffung der Bundesagentur für Arbeit betreibt, dann stellt sich die Frage, wie sich die Landesregierung im Bundesrat dazu verhalten will, um diese Fehlentwicklung von Schwarz-Gelb zu verhindern. Wir fragen, was wir jetzt gemeinsam tun, wie es weitergeht bei der Aufhebung oder der Weiterentwicklung von ARGEn und optierenden Gemeinden. Da bin ich gespannt, wie sich unsere Landesregierung im Bundesrat verhält. Was wir in jedem Fall brauchen, ist eine Arbeitsmarktoffensive, bei der wir statt Arbeitslosigkeit endlich Arbeit finanzieren.

(Beifall DIE LINKE)

Wir brauchen einen integrierten Arbeitsmarktansatz mit gesetzlichem Mindestlohn als Messlatte und der Finanzierung von Arbeit, die brachliegt und derzeit nicht gemacht wird. Wir könnten zum Beispiel den Erfurter Petersberg als Stiftung für Denkmalschutz und Denkmalpflege ausbauen. Warum sollten wir dort

oben nicht ein Zentrum für Beschäftigung organisieren, bei dem langzeitarbeitslose Bauarbeiter endlich wieder zum Zug kommen und junge Leute in alten Gewerken ausgebildet werden. Dasselbe gilt für Gewässerpflege zweiter Ordnung, Arbeitsfelder die brachliegen, die nicht genutzt werden. Warum investieren wir hier nicht in gemeinwohlorientierte Tätigkeit?

(Beifall DIE LINKE)

Wir werden immer wieder gefragt, wie Gelder eingespart oder umgeschichtet oder anders verwandt werden können. Hier möchte ich das Thema Straßenausbaubeiträge und Anschlussbeiträge ins Spiel bringen, die schon in unseren Sondierungsgesprächen strittig waren. Hier ist eine Veränderung trotz allem dringend notwendig. Wir sind weiterhin für die Überwindung der Erhebung von Beiträgen, um den Bürgern eine Entlastung zu ermöglichen

(Beifall DIE LINKE)

und gleichzeitig eine Steuerung über den Verbrauch zu erhöhen. Andererseits brauchen wir eine radikale Umplanung der Investitionsgelder, die im Moment im ländlichen Raum noch für den Abwasserbereich ausgegeben werden sollen. Hier halten wir einen Stopp der Ausgaben von wahrscheinlich deutlich über 3,5 Mrd. € für dringend geboten. Wir fordern gemeinsam mit den Bürgerinitiativen eine Änderung der Herangehensweise der Landesregierung. Es ist ein großer Fehler, ohne oder sogar gegen die Bürger das Prinzip der Beiträge weiterhin durchzusetzen und weiter auf eine verfehlte Investitionsplanung zu bauen. Bitte halten Sie ein und schauen Sie hin. Hier ist ein dringender Korrekturbedarf angesagt.

(Beifall DIE LINKE)

Zum Thema Soziales bleibt der Koalitionsvertrag vage. Man wolle die Ziele des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik umsetzen, heißt es. Welche Ziele allerdings gemeint sind, wird hier nicht ausgeführt. Man hört mittlerweile vom neuen, zuständigen Staatssekretär, dass Aufgaben und Qualifikationen in den Kitas differenziert werden sollen. Für uns klingt das nach Abbau von Fachkräften; das wäre das Gegenteil von dem, was wir mit der Bürgerinitiative für eine bessere Familienpolitik erreichen wollten.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sagen deshalb, dass deren Gesetzentwurf umgesetzt werden muss. Er ist immerhin einmal als Gesetzentwurf mithilfe der SPD entwickelt worden und steht dann in Gänze hier zur Abstimmung. Ich bitte

dann auch die SPD, den Mut zu haben, dass wir zum Schluss eine Mehrheitsentscheidung im Parlament zu diesem Gesetzentwurf bekommen. Immerhin in Ihrem Haus entschieden und vorbereitet; lassen Sie uns dann irgendwann mal mit Mut den Gesetzestext auch umsetzen.

Bei der Kinderarmut, welche in Thüringen besonders ausgeprägt ist, besteht Handlungsbedarf. Wir stellen fest, dass Hartz-IV-Kinder mittlerweile in einzelnen Kitas eine besondere Problemlage auslösen, wenn wir nicht mit einem verstärkten Elternangebot und der Familienförderung einsteigen. Da sind Hinweise im Koalitionsvertrag gegeben. Hier verheißt der Koalitionsvertrag einiges; wir hoffen, dass hier zügig angepackt wird und dass das nicht zulasten der Kita-Betreuungsschlüssel gegengerechnet wird. Wir lassen uns von den Inhalten gern überzeugen, sehen aber noch nicht, in welche Richtung es gehen soll. Für uns gehört das Soziale auch in die Familienpolitik und wir sagen, dass zur Familienpolitik ein modernes Familienbild gehört. Das ist nicht einfach die Reduktion auf die klassische Ehe mit Trauschein. Die Patchworkfamilie und unterschiedliche Familiensituationen erfordern neue Antworten. Warum deshalb das Fröbel-Institut für Familienforschung, welches einst offenkundig als konservatives Feigenblatt gedacht und von der CDU präferiert war, nun völlig abgesagt wird, bleibt das Geheimnis dieser Koalition, es sei denn, man will den faulen Kompromiss zwischen Elterngeld und Kita-Betreuungsschlüssel weiter in der Schwebe halten.

Wir halten es für falsch, dass das sogenannte Elterngeld zur Betreuung zu Hause zulasten der institutionellen Förderung der Kitas geht. Diesen Zusammenhang, meine Damen und Herren von der CDU, haben Sie hergestellt. Damit tragen Sie auch die Verantwortung für die verfehlte Verfestigung dieser Förderungsinstrumente.

(Beifall DIE LINKE)

Diejenigen, die ihre Kinder in die Einrichtung bringen, werden in einen Gegensatz gestellt zu denjenigen, die ihre Kinder zu Hause erziehen wollen. Freiheit und Verantwortung der Eltern für ihre Kinder stehen auch für uns im Vordergrund. Die übergroße Mehrheit der Eltern wird dieser Verantwortung auch gerecht. Das darf aber nicht dazu führen, wegzuschauen, wenn Kinder alleingelassen werden oder sie sogar verwahrlosen. Dieses Spannungsfeld muss mit einer integrierten Familienforschung und Familienförderung durchdrungen werden. Deshalb muss auch die aktive Förderung und Hilfe der Eltern - meistens häufig alleinerziehende Mütter - stärker ausgebaut werden. Hier ist die völlig verfehlte Familienstiftung ein beredtes Beispiel für Intransparenz. Sie ist ein Argument, warum wir diese Form der Priva-

tisierung öffentlicher Aufgaben ablehnen. Leider ist hier im Koalitionsvertrag ein halbherziger Kompromiss gemacht worden. Wir befürchten, dass am Schluss das Gegenteil rauskommt von dem, was die Bürgerinitiative erreichen wollte. Deshalb bleibt es dabei: Wir fordern, dass das Gesetz in Gänze angenommen werden muss. Wir fordern, dass die Unterschriften nicht gesammelt werden müssen, weil es vorher vom Parlament entschieden wird. Sollte dies allerdings nicht zustande kommen, wird das Volksbegehren gestartet werden müssen. Wir sind gespannt, wer alles Unterschriften mit uns zusammen sammeln wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang darf ich mit Verwunderung zum Ausdruck bringen, dass das Volksbegehren für mehr direkte Demokratie durch die Bürger im Koalitionsvertrag nicht einmal erwähnt ist. Ich verstehe nicht, wie langjährige Mitstreiter in der Allianz der Volksbegehrensbefürworter, die SPD, nicht einmal den Blick dafür hatten, dass haushaltsrelevante Volksbegehren auf Landesebene endlich nach bayerischem Vorbild gesetzlich geregelt werden müssen. Hier hätte ein kleines Wort sehr geholfen im Interesse der Bürger, die Nachsteuerung von dem zu erreichen, was Christoph Matschie, Ralf-Uwe Beck und ich damals mit Dieter Althaus verhandelt und vereinbart hatten und dann durch das Verfassungsgericht leider kassiert wurde. Hier ist die gesetzliche Neuregelung dringend auf den Weg zu bringen.

Zum Thema Soziales, Kinder, Familie gehört auch das Thema Bildung. Da sei erwähnt, dass die CDU am gegliederten Schulsystem festhält, dass die SPD zum gegliederten Schulsystem eine weitere Schulart dazustellen und dass in dem Stammland der Reformpädagogik bei dem Menschen wie Salzmann, Fröbel, GutsMuths, Petersen, Lietz oder Reichmann Maßstäbe gesetzt haben, nun die Mutlosigkeit um sich greift. Allein auf sie zu verweisen reicht nicht, verehrte Frau Lieberknecht. Der Thüringen-Monitor von 2007 sagt, dass zwei Drittel der Thüringer Bürger der Meinung sind, dass der Schulerfolg von der sozialen Herkunft abhängt. Die PISA-Studie 2006 zeigt auf, dass Schüler aus den sogenannten bildungsfernen Elternhäusern in Thüringen dreimal schlechtere Chancen haben, ein Gymnasium zu besuchen, als vergleichbare Schüler aus besseren sozialen Herkunft. Die Schule in Thüringen reproduziert und verstärkt sogar soziale Unterschiede. 70 Prozent der Bürger wollten laut einer Wahlumfrage vom April dieses Jahres längeres gemeinsames Lernen, und zwar aller Schülerinnen und Schüler.

(Beifall DIE LINKE)

7,3 Prozent der Schüler in Thüringen haben im letzten Schuljahr die Schule ohne Schulabschluss verlassen. Allein in den letzten sechs Schuljahren waren das 12.000 Schüler ohne Schulabschluss, die Thüringer staatliche Schulen verlassen haben. Die Handwerkskammern beklagen in diesem Monat wieder mangelnde Ausbildungsfähigkeit vieler Schulabgänger und dass trotz eines zu erwartenden Überangebots an Ausbildungsplätzen zahlreiche Schulabgänger mit keinem Ausbildungsplatz wegen schulischer oder sozialer Defizite versorgt werden können. Mit fast 7 Prozent hat Thüringen immer noch eine überdurchschnittlich hohe Förderschulquote. 53 Prozent aller Regelschulen und 76 Prozent aller Gymnasien in Thüringen haben keinerlei zusätzliches Angebot über den Unterricht hinaus, also keinerlei Ganztagsangebot. Fehlende Unterstützungsangebote für Schulen heißt ein Schulsozialpädagoge auf zehn Schulen, heißt ein Schulpsychologe auf 68 Schulen. Die Zwei-Klassen-Gesellschaft in Lehrerzimmern durch Ungleichbehandlung der Lehrer und Differenzierung in Angestellte, Beamte, Teilzeit und Vollzeit usw. sei nur festgestellt und erwähnt. Aus allen diesen Gründen hätten wir einen Aufbruch für längeres gemeinsames Lernen auf den Weg bringen müssen. Statt also eine Gemeinschaftsschule anzustreben, hätten wir die Trennung nach der Grundschule Klasse 4 aufgeben und bis zur Klasse 8 den Lernprozess organisieren müssen,

(Beifall DIE LINKE)

hätten wir die Lehrerausbildung auf die Veränderung der pädagogischen Ansätze hin neu ausrichten müssen und eine moderne und zukunftsorientierte Lehrerausbildung etablieren müssen. Thüringen hätte Vorreiter und Modell für Lehrerausbildung für ganz Deutschland werden können. Auch die Erwähnung der Ganztagschule ist zu begrüßen, doch wir müssen sie so weiterentwickeln, dass in ihr auch eine andere Form des gemeinsamen Lernens ermöglicht wird.

Und ein Letztes: Schulspeisung ist eben nicht Armenspeisung,

(Beifall DIE LINKE)

sondern es muss eine vom sozialen Status unabhängige Regelleistung für jeden sein. Hier hätten wir den Maßstab, um mit allen Bundesländern endlich einen nationalen Bildungspakt verabreden zu können und die Forderung aufstellen zu müssen, dass in Zukunft 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung auf der ganzen Breite aller Bildungseinrichtungen ausgegeben werden muss. Dazu gehört auch ein deutliches Aufstocken der bundesweiten Bildungsausgaben für Hochschulen und Universitäten. 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gibt Deutsch-

land für Hochschulen und Universitäten aus. Das ist viel zu wenig im Verhältnis zu allen europäischen Nachbarländern. Der Bildungsstreik ist ein Alarmzeichen, bei dem wir nicht einfach nur unsere Unterstützung verbal äußern dürfen. Wir müssen dafür sorgen, dass Master- und Bachelor-Studien wieder hin zu einer wissenschaftlichen Ausbildung entwickelt werden. Das heißt aber auch, studienbegleitende Grundlagen ermöglichen,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das heißt ausreichendes Material, das heißt Bibliotheken, das heißt technische Voraussetzungen - und dann könnten wir mit dem Stichwort „Studienstandort Thüringen“ in Gänze werben, um jungen Leuten den Weg nach Thüringen zu erleichtern. Mit einem ausfinanzierten und dauerhaft abgesicherten Studentenwerk müssen wir auch Angebote entwickeln, die uns deutschlandweit attraktiv machen. Eine integrierte Studentenkarte, ein Semesterticket, mit dem sämtliche Nahverkehrsmittel in Thüringen in Gänze benutzt werden können, wären zum Beispiel ein solches Angebot. Aber auch ein preiswertes Wohnen für junge Leute, Kinderbetreuung auf dem Campus und weitere solche Beispiele ermöglichen es uns, ein Spitzenland beim Thema Bildung zu werden. In Westdeutschland muss man den Kopf nach uns drehen und über unsere ungewöhnlichen Maßnahmen staunen. So würde es gelingen, die innerdeutsche Grenze, die zum Glück nicht mehr in der Landschaft steht, aber in den Köpfen immer noch vorhanden ist, zu überwinden. Zu viele junge Menschen in Westdeutschland denken nicht über Thüringen als Studienstandort nach. Deshalb brauchen wir eine andere Sicht auf unsere Universitäten und Fachhochschulen.

(Beifall DIE LINKE)

Gemeinsam mit den Berufsakademien, den Fachhochschulen und Universitäten sollten wir den Begriff „Campus Thüringen“ wieder in den Vordergrund stellen. Unsere Antwort auf die Studentenproteste muss das ehrgeizige Leitbild sein, modernstes Bildungsland sein zu wollen. Das meint Kitas, das meint Schulen, das meint Fachhochschulen, Universitäten, Berufsakademien, das meint aber auch eine Landesregierung, die sich im Bund dafür stark macht, dass im Grundgesetz nicht nur eine Schuldengrenze eingebaut und verteidigt wird, sondern dass im Grundgesetz endlich eine Bildungsindexierung von 7 Prozent festgeschrieben und aufgenommen wird. Dies würde uns im Übrigen davor schützen, dass andere Bundesländer bei der Verhandlung des Länderfinanzausgleichs das Geld wieder gegen uns anrechnen, die bei sich weniger für Kinder, Jugend und Schule ausgeben. Es muss einen nationalen Bil-

dungspakt geben, bei dem alle zusammen neue Wege gehen. Wir müssen als Thüringer in der Tradition der großen Reformpädagogik des vergangenen Jahrhunderts Motor dieses innovativen Ansatzes sein. Um neue Ansätze umzusetzen, bedarf es nicht mehr Geld, sondern einfach nur einigen politischen Mutes, auch mit westdeutschen Denkblockaden endlich zu brechen. Ambulant und stationär habe ich erwähnt. Integriertes Lernen und längeres gemeinsames Lernen meint es ebenso wie ein einheitliches Dienstrecht im öffentlichen Dienst und einen systematischen Ausbau der Mitbestimmungsrechte für Bedienstete und alle Bürgerinnen und Bürger. Worauf Thüringen aus eigener Kraft gar keinen Einfluss hat, was aber alles beeinflusst, ist die Frage der Steuereinnahmen. Hier im Koalitionsvertrag einfach zu sagen, dass Steuerensenkungen der schwarz-gelben Koalition im Bundesrat mit Nein beantwortet werden, wenn sie den Landeshaushalt Thüringen betreffen, ist viel zu wenig. Dann kommen Mehrheiten ohne uns zustande und der Wettbewerbsföderalismus schlägt zu. Schon die Schuldenbremse ist in ihrer Systematik ein Instrument der starken Südstaaten Bayern, Baden-Württemberg und Hessen gegen die armen Nordstaaten. Hier haben die ostdeutschen Länder leider nicht mit einer Stimme gesprochen. Jetzt kommt der Bumerang, denn die Schuldenbremse sieht für die Bundeshaushalte eine großzügigere Regelung vor als für die Landeshaushalte. Das Ergebnis ist, dass die wirtschaftlich Stärkeren besser mit Steuerensenkungen klarkommen und die wirtschaftlich Schwächeren systematisch damit in die Verarmung getrieben werden. Deshalb fordern wir auch von der Landesregierung, dass gegen die Steuerensenkung mit einer Klage beim Bundesverfassungsgericht erzwungen wird, dass der Bundeshaushalt das ausgleicht, was er an Steuer geschenken, an Einnahmeverlusten produziert. Die Steuergeschenke der einen bedeuten die Verarmung der öffentlichen Haushalte bei den anderen. Dagegen müssen wir uns aktiv zur Wehr setzen und daran werden Sie sich messen lassen müssen.

(Beifall DIE LINKE)

Diese Form der Steuergeschenke ist die Umverteilung mithilfe des Staates von unten nach oben und es ist Abbau an Standards, der das Zusammenleben in einem sozialen Rechtsstaat weiter zerstört. Dazu sagen wir deutlich Nein. Ihre Antwort ist uns dazu zu halbherzig.

(Beifall DIE LINKE)

Verwundert sind wir allerdings, dass im Bund jahrelang von CDU und FDP verkündet wurde, Steuerensenkungen auf Pump seien unverantwortlich. Das sei ein Vergehen an der nächsten Generation. Jetzt gibt es Steuerensenkungen auf Pump, dazu kann ein Nein im Bundesrat nicht die adäquate Antwort sein.

Hier heißt es, mit einer Klage in Karlsruhe gegenzusteuern, und dann müssen die Verfassungsrichter entscheiden, wie der Eingriff in die Haushaltsrechte der Länder endlich wirksam gestoppt wird. Am Schluss wären wir nur noch nachgeordnete Dienststelle und da, liebe Frau Lieberknecht, haben Sie sich schon mit Ihrem Engagement am Lübecker Konvent gegen die Entmachtung der Länderparlamente aktiv zur Wehr gesetzt. Wir nehmen Sie jetzt ernst und fordern den Mut für unser Land, gemeinsam in Karlsruhe dazu Maßstäbe zu erzwingen.

Ausdrücklich schließen will ich mit dem Verweis, dass Geldausgeben kein Selbstzweck ist und deshalb jede Verwaltungsmaßnahme und jeder Haushaltsposten auf den Prüfstand gehört. Dies werden wir gern aktiv begleiten, aber dies macht nur Sinn, wenn die Haushaltskonsolidierung über die Einnahmenseite ebenso gestärkt wird. Hier vermissen wir eindeutige und klare Antworten. Ich finde es erstaunlich, dass nun selbst Frau Merkel von der Börsenumsatzsteuer geredet hat.

(Zwischenruf Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur: Das finde ich auch erstaunlich.)

Jetzt käme es darauf an, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Kapitalertragsteuer direkt unter die Lupe zu nehmen und einen Ausbau der Steuerquote über Steuergerechtigkeit herzustellen. Warum sollten die am Finanzmarkt Beteiligten nicht mit einer entsprechenden Abgabe belegt werden? Hier hat die SPD interessante Festlegungen in der Bundesprogrammatische getroffen. Dann lassen Sie uns nicht nur über einen verzögerten Haushalt und die Haushaltslöcher durch die Wirtschaftskrise reden, sondern lassen Sie uns aktiv für mehr Steuereinnahmen werben, damit diejenigen, die bislang in der Krise und an der Krise verdient haben, auch an der Finanzierung des Sozialstaats endlich nachdrücklich beteiligt werden.

(Beifall DIE LINKE)

Aus all diesen Gründen, meine Damen und Herren, sagen wir unsere Zusammenarbeit in dieser Richtung ausdrücklich zu. Wir stellen aber fest, dass die Koalition geprägt ist durch ein gewisses Maß an Mutlosigkeit, wenn es um große Reformansätze für die nächsten Jahre und Jahrzehnte geht. Wir stellen fest, dass der Koalitionsvertrag bei den Themen Kultur, Bildung, Verwaltungsmodernisierung und Energie nicht den großen Wurf darstellt. Er enthält kleine Ansätze, viele Vorbehaltsprüfungen und noch mehr Floskeln. Er atmet auch den Stillstand einer Partei, die 19 Jahre mit ihrem Personal konservativ und teilweise rückwärts gewandt ideologisch verbrämt den Stillstand in Thüringen zu verantworten hat.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb können wir nicht begeistert auf die Bänke klopfen und Ihnen zurufen, dass dies ein großer Wurf sei.

Wir stellen fest, dass im 40. Jahr der Rede von Willy Brandt im Deutschen Bundestag, bei der er den zentralen Satz formuliert hat: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“, die Thüringer Landesregierung diesen Weg wohl nicht gehen will. Wir hätten uns einen Aufbruch in mehr Demokratie und in mehr Politik gewünscht. Das wäre der Ansatz, für den wir standen und stehen. Er dient uns als Kompass, mit dem wir Sie begleiten und wenn es sein muss, unterstützen, aber auch da, wo es nötig ist, deutlich kritisieren werden. Auf den neuen Stil im Landtag würden wir uns freuen; ob daraus ein neuer Inhalt entsteht, bleibt abzuwarten. Erkennen können wir den neuen Stil und Inhalt jedenfalls im Nebel der allgemeinen Worte zurzeit noch nicht; wir warten auf die Taten. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Mike Mohring.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben als CDU-Fraktion gestern gesagt, das wird ein Plenum voller Erwartungen. Ich glaube, die Erwartungen sind erfüllt in positiver wie auch in negativer Hinsicht. Ich will zuerst das positive Beispiel nennen: Frau Ministerpräsidentin, wir danken Ihnen für Ihre Regierungserklärung, sie hat die Erwartungen, die wir in sie gesetzt haben, erfüllt.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Hausold, DIE LINKE: Wir danken Partei und Regierung.)

Aber wir wissen auch, das wollen wir auch feststellen, der Oppositionsführer im Thüringer Landtag hat die Erwartungen erfüllt, die wir in ihn gesetzt haben. Wir werden uns damit auseinandersetzen. Es war eine Rede voller Tränen, es war eine Rede voller Traurigkeit, sie war nicht zukunftsorientiert, sie war so, wie sie ist, negativ; wir haben das erwartet.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich will zunächst etwas Grundsätzliches sagen. Am 30. August haben die Thüringer Bürgerinnen und Bürger das Wort gehabt.

Sie haben den 5. Thüringer Landtag gewählt seit 1990. Wir haben mit diesem Wahltermin am 30. August fünf durchgehaltene Wahlperioden der Abgeordneten hier im Thüringer Landtag, fünf Parlamente ohne Rechtsextremisten, fünf Proben auf die demokratische Reife unserer Bürgerinnen und Bürger hier in diesem Freistaat. Ich glaube, wir können auf diese demokratische Reife sehr stolz sein.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, vier Landtage, drei Ministerpräsidenten mit ihren Kabinetten haben gute politische Rahmenbedingungen gesetzt. Mit der Regierungserklärung jetzt nimmt eine neue Landesregierung die Arbeit auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD in Thüringen auf. Wir haben diesen Koalitionsvertrag in einem konzentrierten Diskussionsprozess vereinbart, vereinbart, was wir gemeinsam umsetzen wollen, vielfach mehr als manche Beobachter vermutet haben. Jetzt geht es an die Arbeit, jetzt wird fünf Jahre für Thüringen gearbeitet. Wir freuen uns darauf und wir wollen das gemeinsam tun.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, mit diesem Koalitionsvertrag werden wir ein neues Kapitel Thüringer Erfolgsgeschichte schreiben. Wir Thüringer Christdemokraten wollen das gemeinsam mit den Thüringer Sozialdemokraten tun. Wahrscheinlich schreiben wir diese Erfolgsgeschichte mit einem roten Füllfederhalter, aber wir schreiben sie mit schwarzer Tinte und das werden wir in großer Souveränität tun.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Was da für Zahlen herauskommen werden?)

Dass Thüringen Erfolgsgeschichte geschrieben hat, kann man an vielen Parametern ablesen. Wir haben in der Arbeitsmarktsituation - wenngleich unsere Arbeitslosenquote in Thüringen immer noch hoch ist - Spitzenwerte in den neuen Bundesländern. Wir sind dabei, in Industriearbeitsplätzen weiter unsere Sockelarbeitslosigkeit abzubauen und Menschen hier in Thüringen Beschäftigung zu geben. Wir haben eine einmalig hohe Betriebsdichte, eine weit gefächerte Branchenstruktur - das ist in der Regierungserklärung noch einmal sehr deutlich geworden - auch in ihrer Spezialisierung in wichtige Bereiche, in denen wir Weltmarktführerschaft in Thüringen erreicht haben. Thüringen ist definitiv als Innovationsland zu bezeichnen, in der Optoelektronikclusterindustrie, in der Solarclusterindustrie. Wir haben dafür auch gute Rahmenbedingungen geschaffen mit unserem Hoch-

schulpaket, mit der Exzellenzinitiative, mit der Gebührenfreiheit des Studiums, was Studiengebühren betrifft. Wir haben mit der Familienpolitik und der Wahlfreiheit im Zentrum beispielgebende Akzente gesetzt und wir wollen auch mit der Frage der Durchlässigkeit an zentralen Gesichtspunkten in der Bildungspolitik wichtige Akzente, was die Qualitätssicherung betrifft, setzen.

Was uns ganz wichtig und entscheidend ist: Wir wollen den Thüringer Bürgerinnen und Bürgern Heimat geben. Ich glaube, wir haben dazu die Grundlage mit der Thüringer Landgemeinde gesetzt. Es liegt jetzt an uns, dieses Modell so erfolgreich umzusetzen, dass es wichtige Identifikationsräume in der Zukunft sichern kann.

(Beifall CDU)

Und, meine Damen und Herren, wir hätten dieses sichere Fundament nicht, wenn wir nicht in den letzten drei Haushaltsjahren keine neuen Schulden gemacht hätten. Wir können darauf ruhig ein Stück stolz sein.

(Beifall CDU)

Deshalb will ich noch einmal von hier vorn im Namen der CDU-Fraktion den Landesregierungen danken, die wir in den letzten zehn Jahren allein getragen haben. Das waren die Kabinette von Bernhard Vogel und das war das Kabinett von Dieter Althaus. Vielen Dank für dieses Fundament, vielen Dank für die Mitarbeit aller Minister und aller Staatssekretäre in diesen Jahren.

(Beifall CDU)

Aber neue Zeiten verlangen auch neue Antworten und nichts ist so gut, dass man es nicht noch besser machen kann. Die CDU ist davon überzeugt, dass wir mit dieser Koalition, jetzt mit der Partnerschaft von CDU und SPD,

(Beifall SPD)

mehr bewegen können als in allen anderen denkbaren Koalitionsoptionen, die nach dem 30. August möglich gewesen wären. Wir wollen mehr bewegen und wir werden mehr bewegen für Thüringen.

(Beifall CDU)

Deshalb ist natürlich die Frage zu beantworten: Vor welchen Herausforderungen stehen wir? Ich bin fest überzeugt, die großen Herausforderungen verlangen am Ende große Verantwortung und verlangen auch große Gemeinsamkeit, diese Fragen zu diskutieren und danach, wenn möglich, natürlich zu großen ge-

meinsamen Verantwortungen und Entscheidungen zu kommen.

Der demographische Wandel, allein gekennzeichnet durch einen Abwanderungs- und Sterbefallüberschuss, verlangt von uns alle Anstrengungen, der Zukunft Herr zu werden. Deshalb will ich niemandem Sand in die Augen streuen, aber wenn ich davon rede, dass nicht unbedingt Überalterung unser Problem ist, sondern Unterjüngung, dann wissen wir auch, welche zukunftsreichen Entscheidungen wir insgesamt in der Gesellschaft treffen müssen. Deswegen gehört auch dazu, dass wir uns unter diesen nachhaltigen Gesichtspunkten auch der Frage der Schonung der Umwelt, des Klimas stellen und unsere vorhandenen Ressourcen nutzen und darum schauen müssen, welchen Beitrag kann so ein kleines Land wie Thüringen in dieser wichtigen Frage leisten. Das ist wichtig, damit unsere Wirtschaft konkurrenzfähig ist, damit das Fundament unseres Wohlfahrtsstaates gesichert, aber auch gesteigert werden kann. Dazu gehören nicht zuletzt Innovationskraft in den Freistaat und dazu gehören zuallererst Fachkräfte. Deswegen müssen wir alles tun, damit junge Menschen hier als Fachkräfte eine Perspektive haben, und wir müssen alles tun, damit die, die in den letzten Jahrzehnten Thüringen verlassen haben, wieder hier zurückfinden und hier ihre Zukunft finden.

(Beifall CDU, SPD)

Dass das notwendig ist, beschreibt eine ganz andere Herausforderung, nämlich die finanzielle Herausforderung. Ich will darauf gern später noch einmal eingehen. Die Dramatik nach der jüngsten Steuerschätzung ist dargelegt. Wir werden dazu heute auch in der Aktuellen Stunde debattieren. Das verlangt besondere Entscheidungen und deshalb bin ich der Ministerpräsidentin sehr dankbar, dass sie in ihrer Regierungserklärung einer soliden Haushaltspolitik das Wort geredet hat. Unsere Fraktion wird sie dabei nach Kräften unterstützen.

(Beifall CDU)

Aber, meine Damen und Herren, eines will ich an dieser Stelle sagen, und das soll zum 30. August noch dazugehören: Die Thüringer Wähler haben nicht den politischen Wechsel gewählt. Alle Umfragen davor, aber auch das Wahlergebnis haben gezeigt, eine große Mehrheit der Thüringer Bevölkerung wollte eine Regierung unter der Mitverantwortung der CDU.

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Aber auch nicht die CDU.)

(Beifall CDU)

Das war wichtig, dass das zustande gekommen ist. Dafür sind wir all den Beteiligten sehr dankbar, die mit Sorgfalt und mit Langmut, aber auch mit Konsequenz auf dieses Ergebnis hingewirkt haben. Rot-Rot-Grün war vor allem für die eine Horrorvision, die bis 1989 unter der SED-Herrschaft gelitten haben.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, die CDU ist stärkste Fraktion in diesem Thüringer Landtag geworden. Wir sind kleiner geworden, wir wissen das; für uns war der 30. August mit seinem Ergebnis schmerzhaft. Deswegen haben wir uns auch vorgenommen, natürlich jetzt diesen neuen Landtag so zu starten, dass wir daraus auch unsere Lehren gezogen haben. Wir wollen auch in großer Gemeinsamkeit viele Dinge auf den Weg bringen. Wir haben das in den ersten Sitzungen dieses Thüringer Landtags getan, aber wir wollen auch, dass parlamentarische Demokratie in seiner Wirkung sich entfalten kann. Dazu gehört auch, dass parlamentarische Mehrheiten sich in parlamentarischen Gremien abbilden müssen. Das hat nichts mit Diskriminierung zu tun, sondern das hat etwas damit zu tun, dass Demokratie funktionieren muss. Demokratie funktioniert durch Verantwortungsübernahme und letztlich auch immer durch Mehrheitsentscheidungen.

(Beifall CDU)

Deshalb will ich Ihnen gern sagen, nachdem Sie ja, Herr Ramelow, in Ihrer Replik auf die Regierungserklärung zuallererst beklagt haben mit dem längeren Teil Ihrer Erwiderung, dass es nicht um Posten- und Verfahrensfragen gehen könne, haben Sie sich dann aber fast eine halbe Stunde lang nur über Posten beklagt, die Ihre Fraktion nicht erreichen könne oder erreichen werde. Sie haben sich zwar als Fachmann für Posten- und Verfahrensfragen entwickelt, aber, ich glaube, es geht nicht nur um PKK und Rechnungshof und Gerichte, es geht um Inhalte, es geht um die Zukunft dieses Landes und da muss jeder in seiner Rolle, die er in Parlamenten zugewiesen bekommen hat, auch seine Rechte wahrnehmen. Die einen kontrollieren die Regierung und die anderen führen dieses Land. So soll die Aufteilung auch sein.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Eben.)

(Beifall CDU)

Eines hat mich erschreckt, als Sie erneut vom demokratischen Sozialismus gesprochen haben. Ich will es gern mit Franz Josef Strauß halten, der zum demokratischen Sozialismus einmal gesagt hat, er sei wahrscheinlich ähnlich wie geröstete Schneebälle. Dem will ich mich anschließen. Die historische

Erfahrung zeigt, erst wird die Wirtschaft verstaatlicht und dann das Denken.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Das hat auch die SPD im Programm.)

Wir wollen Freiheit nutzen, wir wollen Denken ermöglichen und wir wollen Denken nicht verstaatlichen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: In den USA herrscht dann wohl Sozialismus.)

Deshalb, meine Damen und Herren, zeigt sich durch Ihre ganze Replik auf die Regierungserklärung, Sie haben für die alten Probleme, die Sie aufgezeigt haben, keine neuen Lösungen. Das Problem der LINKEN hier in Thüringen ist, dass sie immer noch mit alten Ansätzen probiert, alte Probleme zu lösen. Ich würde Ihnen einen Blick nach Nordrhein-Westfalen in das Wahlprogramm der LINKEN empfehlen. Manchmal scheinen Ihre Kollegen dort schon weiter zu sein als auf dem Stand, auf dem Sie verharrt sind.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen das noch einmal ganz klar sagen und das gehört auch zur abschließenden Betrachtung zum 30. August dazu: Wer sich fünf Wochen lang nach dem Landtagswahltermin nur darüber streitet, wer könnte Thüringer Ministerpräsident sein und wer dann ein Dutzend Namen auf dem Jahrmarkt der Politik aufträgt, wer fünf Wochen darüber streitet, wer dieses Land führen soll, der kann mit Sicherheit nicht für fünf Jahre eine Regierung bilden und das Land führen. Deswegen sind Sie zu Recht in der Oppositionsrolle gelandet.

(Beifall CDU)

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, nachdem Sie so oft von den Sondierungsgesprächen, die Sie mit den GRÜNEN und der SPD geführt haben, gesprochen haben und auch selbst gefertigte Protokolle im Internet veröffentlicht haben, dass Sie diese Sondierungsgespräche noch nicht verarbeitet und auch noch nicht verwunden haben. Ich empfehle Ihnen, wenn Sie eine ruhige Minute haben, tragen Sie diese Gespräche bei einem ruhigen Bier mit Christoph Matschie noch einmal aus, aber hören Sie bitte auf, hier vor dem Thüringer Landtag darüber zu weinen, dass die Sondierungsgespräche nicht zum Erfolg gekommen sind.

(Beifall CDU)

Ihr geht trinken und ich zahle euch das Bier, wenn es nicht so lange dauert.

Meine Damen und Herren, die Frage ist doch jetzt, wo wollen wir hin - nicht der rückwärtsgewandte Blick, was man hätte machen können und welche Rezepte seit Jahren hier immer wieder im Plenum verkauft werden. Wichtig ist, die Menschen in Thüringen sollen sich zu Hause fühlen. Dafür sind gute Arbeitsbedingungen und gute Lebensbedingungen Grundlage und Voraussetzung.

Meine Damen und Herren, dazu ist viel geschehen, ich habe das gesagt, aber es reicht bei Weitem nicht aus und wir wollen noch mehr tun. Es ist wichtig, dass die Menschen, die in Thüringen Arbeit haben, dafür leistungsgerechte Löhne bekommen. Wir wollen unseren Beitrag als Politik leisten, dass das möglich ist. Für gute Arbeit muss es gute Löhne geben.

(Beifall CDU)

Damit auch die Wirtschaft in der Lage ist, diese guten Löhne zu zahlen, wollen wir ein wirtschaftlich innovatives Land mit lebenslangem Lernen als Quelle beständiger Erneuerungen ermöglichen. Wir wollen ein solidarisches Gemeinwesen, in dem Familien optimale Bedingungen finden und das Miteinander von Generationen vorbildhaft organisiert ist. Wir wollen ein landschaftlich reizvolles und kulturelles Land weiter ausbauen, wir wollen ein Land, dass in Bereichen wichtige Maßstäbe setzt und eine Vorreiterrolle in Deutschland übernimmt. Wir wollen ein Thüringen, das Menschen an das Land bindet und andere anzieht, das als grünes Herz Deutschlands im Mittelpunkt Europas quasi Anziehungspunkt und Magnet für die Deutschen und für die Europäer ist.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, dazu hat der Koalitionsvertrag in wichtigen politischen Handlungsfeldern zahlreiche Maßstäbe gesetzt. Ich will Ihnen deshalb aus unserer Sicht zu einigen dieser Maßstäbe unsere Bewertung und Perspektiven noch einmal aufzeigen. Für uns ganz wichtig ist, das will ich zuallererst sagen, ein stabiler staatlicher Rahmen mit verlässlichen Regeln. Der Kern der staatlichen Aufgaben, Sicherheit und Ordnung herzustellen, geht nur, wenn es verlässliche Regeln gibt. Wir wissen, verlässliche Regeln sind nicht alles, aber ohne solche Regeln ist alles nichts. Deshalb will ich noch einmal auf die ständig wiederkehrenden Ergebnisse des Thüringen-Monitors verweisen. Die Zustimmung zur Freiheit, das sagen die Thüringer Bürgerinnen und Bürger in allen Umfragen, hängt von der Sicherheit und der Lebenssituation ab. Es gibt niemanden, der einen starken Verfassungs- und Rechtsstaat mehr braucht als die Schwachen. Wir wollen

den Schwachen in unserer Gesellschaft diesen sicheren Rechtsstaat garantieren.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, dazu gehört, dass wir den Polizeinachwuchs in Thüringen sichern wollen. Wir brauchen für die Thüringer Polizei eine gute Perspektive. Dazu hat der Koalitionsvertrag die Grundlagen gelegt.

(Beifall CDU)

Wir wollen eine Strukturreform der Polizei, wir wollen die Kontaktbereichsbeamten sichern und die Basisdienststellen als Richtschnur im ländlichen Raum als Sicherheitspunkte verankern. Deswegen, mit der einen Grundlage, die auf dieser Seite zu schaffen, gehört auf der anderen Seite auch dazu, dass wir die Auseinandersetzungen mit dem politischen Extremismus und politisch motivierter Gewaltkriminalität jederzeit suchen und Extremismus, wo immer er auftaucht, in Thüringen auch gemeinsam bekämpfen.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es wichtig, dass das Landesamt für Verfassungsschutz alle Unterstützung, unsere politische Unterstützung hier erhält, dass wir die parlamentarischen Kontrollrechte in ein gutes Maß mit aufwerten, dass auch der Landtag an dieser Situation gut beteiligt ist. Deshalb ist unsere gemeinsame Erklärung, die wir in der 1. Landtagssitzung verabschiedet haben, mit dem dort gemeinsam geforderten Landesprogramm für Demokratie, für Toleranz und Weltoffenheit ein Maßstab, wo wir Maßnahmen gegen Extremismus bündeln werden. Wir bekennen uns zu dieser gemeinsamen Erklärung ausdrücklich. Ich bin deshalb allen Fraktionen dankbar, dass sie diese gemeinsame Entschließung, einen umfassenden Ansatz gewählt und gemeinsam mit auf den Weg gebracht haben. Schwerpunkt bleibt hier und heute, Rechtsextremismus zu bekämpfen. Aber das kann sich ändern, wenn man nur nach Berlin schaut. Dort hat der Berliner Innensenator Ehrhart Körting zuletzt gesagt, dass ein stärkeres Vorgehen gegen linksextreme Gewalt genauso unumgänglich ist wie der Kampf gegen Rechtsextremismus. Wir teilen aus Thüringer Sicht diese Einschätzung des Berliner Innensensors.

(Beifall CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, rufen wir uns immer wieder in Erinnerung, mit dem Rechtsextremismus setzen wir uns nicht nur auseinander, weil er rechts ist, sondern vor allen Dingen, weil er extremistisch ist. Deshalb gilt insgesamt für uns die Frage, den politischen Extremismus zu bekämpfen.

(Beifall CDU, FDP)

Ich will an dieses Kapitel noch einmal unsere eigene Perspektive anschließen. Wir haben einen neuen Thüringer Landtag in dieser 5. Wahlperiode, einen bunteren Landtag, einen vielfältigeren Landtag. Ich will es ausdrücklich sagen und bitte verstehen Sie es auch als Handreichungsgeste: Wir freuen uns, dass Liberale und Bündnisgrüne hier im Thüringer Landtag jetzt mit uns in diesen fünf Jahren gemeinsam in diesem Freistaat Thüringen Verantwortung übernommen haben. Wir wollen diese Arbeit gemeinsam mit Ihnen auf den Weg bringen. Ich glaube, wir haben in den ersten Landtagssitzungen gezeigt, dass es uns mit dieser Einladung ernst ist. Deswegen bin ich dankbar, dass wir es geschafft haben, das Landtagspräsidium so zu erweitern, dass wir uns alle wiederfinden. Da haben die großen Fraktionen von den LINKEN und auch der CDU ihren Beitrag mit geleistet. Ich will das ausdrücklich sagen. Ich bin dankbar dafür, dass wir uns bei der Ausschussfrage verständigt haben. Ich will auch nicht verhehlen, obwohl das für die Öffentlichkeit gar nicht wichtig ist, aber für unsere eigene Verfasstheit, dass wir auch eine Lösung gefunden haben nach vielen Wochen und Monaten und die Raumfrage nunmehr endgültig geklärt haben und endlich gute Arbeitsbedingungen für alle Fraktionen geschaffen haben. Auch das gehört zu guter Demokratie dazu, dass so etwas gelingt.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir
freuen uns auch.)

Meine Damen und Herren, das soll dafür stehen, dass wir uns als Christdemokraten in diesem Landtag dafür einsetzen wollen, dass ein diskussionsfreudiger Landtag arbeiten kann, weil er wichtig ist für parlamentarische Demokratie, für die Auseinandersetzung, für die, die das Parlament beobachten, die hier als Zuschauer sitzen, die aber auch an anderen Tagen schauen, was macht dieser Thüringer Landtag. Deswegen wollen wir transparente Entscheidungen ermöglichen. Wir wollen, dass die Bürger teilhaben können an unseren Entscheidungsprozessen. Deshalb wollen wir auch - und sind dankbar, dass es in der Regierungserklärung so zum Ausdruck gekommen ist - mit dazu beitragen, dass die Rechte des Thüringer Landtags weiter ausgebaut und gestärkt werden. Frau Ministerpräsidentin, ich bin ausdrücklich dankbar, dass Sie auch vonseiten der Landesregierung einen Schwerpunkt auf die Stärkung der Rechte des Parlaments gesetzt haben. Wir wollen das gemeinsam in Angriff nehmen, weil es der Demokratie guttut. Wenn ein Parlament gut funktioniert, wenn die aktiven Akteure der Demokratie zusammenarbeiten, dann stärken wir die Mitte der Gesellschaft und lassen wenig Platz für die Extremisten von ganz links und von ganz rechts. Am Ende ist das unsere Aufgabe, warum wir als Volksvertreter

hier in der Mitte in diesem Haus versammelt sind.

Meine Damen und Herren, deswegen wollen wir heute auch gemeinsam die Parlamentarische Kontrollkommission und auch die G 10-Kommission auf den Weg bringen. Wir haben dazu ausdrücklich auch unsere Bereitschaft erklärt, heute die Arbeitsfähigkeit herzustellen. Es ist wichtig, auf der einen Seite die parlamentarische Kontrolle einzufordern. Dann muss man auch die Gremien dafür arbeitsfähig gestalten. Dazu sollen dieser Landtag und die Plenums tage heute dienen. Ich will ausdrücklich sagen, es gehört zu unseren Aufgaben, auch jetzt in kurzer Zeit den Rechnungshof so zu besetzen, dass dieser arbeitsfähig ist, weil auch wichtig ist für die Gewaltenteilung, dass Kontrolle möglich ist, auch Kontrolle des Rechnungshofs gegenüber dem Parlament. Aber es bleibt eine Feststellung zu sagen: Wir haben ein Thüringer Gesetz über den Rechnungshof. Dort sind in § 5 zwei Dinge formuliert, die zum Verfahren dazugehören. Die Landesregierung schlägt einen Präsidenten vor und der Landtag wählt mit zwei Dritteln diesen Präsidenten. Gleiches gilt auch für den Vizepräsidenten. Deswegen ist es gut, wenn wir am Beginn der Entscheidung zum Vorschlag der Landesregierung bereits möglichen Konsens erzielen. Aber es befreit den Landtag nicht davon, am Ende mit zwei Dritteln seiner Mitglieder auch die Gremien so zu besetzen und Präsident und Vizepräsident zu wählen. Deswegen gehört es am Ende auch dazu, dass man Kompromisse findet. Die Kompromisse schlagen sich am Ende in einer Zweidrittelmehrheit nieder.

Wir haben uns gemeinsam mit der Ministerpräsidentin dazu entschieden, die gesetzlichen Grundlagen nicht zu verändern. Wir wissen, dass andere Landtage andere gesetzliche Rahmenbedingungen haben. Dort schlägt zum Beispiel nicht die Landesregierung vor, sondern aus der Mitte des Landtags heraus können Vorschläge eingebracht werden. Andere wiederum haben vereinbart, dass keine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, um den Rechnungshofpräsidenten zu wählen, sondern die gesetzliche Mehrheit der Mitglieder genügt. Wir haben uns entschieden, an den Grundlagen - die Landesregierung schlägt vor und der Landtag wählt mit zwei Dritteln den Präsidenten und den Vizepräsidenten - festzuhalten. Deshalb bedarf es des Konsenses. Ausdruck des Gesetzgeberwillens ist ausdrücklich, den politischen Konsens herbeizuführen. Wir wollen unseren Beitrag leisten, dass dieser politische Konsens gefunden wird und dass wir, wenn möglich, sogar noch in diesem Jahr zur Besetzung des Rechnungshofs an seiner Spitze kommen. An der CDU soll dieser Wille nicht scheitern.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich will an dieser Stelle noch einmal etwas sagen zu unserem Vorschlag zu einer gesellschaftspolitischen Diskussion, die Immunität von Thüringer Landtagsabgeordneten abzuschaffen.

Es macht Sinn, sich natürlich auch mit unserer eigenen Thüringer Verfassung zu beschäftigen. Artikel 55 unserer Thüringer Verfassung ist da sehr aufschlussreich, weil er in verschiedenen Absätzen sich zur Frage der Indemnität von Abgeordneten äußert, zur Frage von Immunität von Abgeordneten äußert, aber auch zu der Frage des Rückholrechts äußert, wenn tatsächlich gegen Abgeordnete Strafverfolgung eingeleitet wird. Wir wollen nicht die Indemnität infrage stellen. All das, was an Meinungsäußerungen, an Worten aus der Ausübung des Mandats im Thüringer Landtag folgt, muss strafverfolgungsfrei bleiben. Es zeichnet die Demokratie aus, dass wir die Meinungsfreiheit nutzen und wir im Parlament auch das sagen dürfen, was zur politischen Debatte dazugehört. Das bleibt unbestritten und muss unantastbar bleiben. Deshalb soll auch gelten, niemand soll politisch motivierter Strafverfolgung ausgesetzt sein, erst recht nicht in der Demokratie. Ich glaube, 20 Jahre nach der friedlichen Revolution ist unser Rechtsstaat in Thüringen, unsere Demokratie, unsere parlamentarische Demokratie so gefestigt, dass kein Raum bleibt für politisch motivierte Strafverfolgung. Sollte es sie geben, dann wirken die Regeln des Rechtsstaats.

Deshalb, meine Damen und Herren, die Immunität ist ein Recht des Parlaments, sie ist aber kein Recht des einzelnen Abgeordneten. Deshalb sollte Immunität auch nicht vor Strafverfolgung schützen, wenn z.B. Abgeordnete mit Plakatwerbeträgern um sich werfen. Wer mit Plakatträgern um sich wirft, der muss am Ende Strafverfolgung ausgesetzt sein und Immunität darf ihn nicht davor schützen. Sie tut es im Übrigen auch nicht.

(Beifall CDU)

Deshalb ist es wichtig, auch in die Parlamentsgeschichte hineinzuschauen. Dort wird man feststellen, dass der Justizausschuss des Thüringer Landtags jeden, aber auch jeden Antrag auf Aufhebung der Immunität, um Strafverfolgung einzuleiten, weil Handlungen begangen wurden, die mit Strafe bedroht sind, am Ende auch zugestimmt hat. Wir tun das regelmäßig sowieso, auch heute wieder im Thüringer Landtag, wenn es um Verkehrsdelikte geht. Diese Durchbrechung an dieser einen Stelle, die stellt natürlich eine grundsätzliche staatsrechtliche Frage durchaus in den Raum. Deshalb beabsichtigen wir ja gar nicht zu sagen, lasst uns einfach darüber abstimmen, sondern wir wollen eine gesellschaftspolitische Debatte anregen, wir wollen sie gemeinsam

besprechen. Wir werden als CDU-Fraktion dazu auch ein Diskussionsforum durchführen, werden Staatsrechtler einladen, um mit ihnen diese Frage zu bewerten. Aber es hilft auch, schon vorab dieser gemeinsamen Diskussion mal einen Blick in den Verfassungskommentar zur Verfassung des Freistaats Thüringen zu werfen. Es gibt nur einen, den vom vormaligen Landtagsdirektor Linck geschriebenen. Dort findet sich in Randziffer 3 zu Artikel 55 die gute Kommentierung von Prof. Linck zu diesem Artikel, dort kann man das nachlesen. Wenn man diesen Kommentar dazu gelesen hat, dann will ich zumindest sagen: Diesen Vorschlag zur Diskussion dann einfach mit Quatsch abzutun, zeigt zumindest bei den GRÜNEN, dass sie noch nicht ganz hier in der Mitte des Parlaments angekommen sind. Wir wollen Sie einladen, gemeinsam mit uns das zu besprechen. Eine verfassungstheoretische Diskussion wollen wir führen. Wir laden alle ausdrücklich ein, mit uns gemeinsam diesen Weg zu gehen.

Meine Damen und Herren, wir wollen uns den Schwerpunkten widmen, die sich vor allen Dingen in Bildungsfragen festmachen. Thüringen ist das Bildungsland Nummer eins und wir wollen dieses Bildungsland weiter ausbauen.

(Beifall CDU)

Dafür haben wir im Koalitionsvertrag die Weichen gestellt. Unser umfassender Bildungsbegriff heißt, dass Bildung nicht nur dazu da ist, die Menschen auf den Arbeitsmarkt auszurichten, sondern zielt auf den ganzen Menschen, an seinen sozialen, an seinen kulturellen und an seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet. Weltweit beachtete bildungspolitische Traditionen in Thüringen haben dort ihre Grundlage gefunden und zu Recht wurde das von mehreren Rednern gesagt; Thüringen ist die Heimatstätte von Fröbel, von Salzmann, von Petersen, von Lietz und von GutsMuths. Alle PISA-Tests haben gezeigt, dass wir gute Weichenstellungen in der Thüringer Bildungspolitik gewürdigt haben und die Dreigliedrigkeit ist deshalb für uns ein wichtiger Maßstab. All denen, die jetzt darüber diskutieren auch in anderen Bundesländern, diese Mehrgliedrigkeit des Thüringer Bildungssystems infrage zu stellen, denen empfehle ich auch ein Nachschauen der aktuellen bildungspolitischen Diskussion in Hamburg. Dort haben fast 200.000 Hamburgerinnen und Hamburger in einem Volksbegehren sich dagegen gewehrt, dass die Mehrgliedrigkeit des Bildungssystems abgeschafft wird. Es macht Sinn, manchmal über die Landesgrenzen hinauszuschauen, wenn man bildungspolitische Debatten verfolgen will. Wir wissen, Bildungspolitik ist eine besondere Länderkompetenz im föderalen Deutschland, aber es macht Sinn, wenn man gemeinsame Debatten führt, zu schauen. Man muss nicht in dem einen Land etwas

zerschlagen, was sich im anderen Land gut bewährt hat. Deshalb ist es wichtig, dass der Koalitionsvertrag hier die richtigen Weichen gestellt hat. Unser Ziel bleibt, ein erfolgreiches Schulsystem weiter auszubauen, die Abbrecherquoten in der Schule zu senken, die geringste soziale Selektivität deutschlandweit weiter zu sichern und zu schauen, dass wir mit Eigenverantwortung der Schule und Qualitätssicherung wichtige Ziele erfüllen. Deshalb ist unser Bildungsplan von 1 bis 10, der dafür die Grundlagen gelegt hat, wichtiger Maßstab. Unsere Aufgabe muss es jetzt sein, die qualitativen Voraussetzungen so zu untersetzen, dass dieser Bildungsplan in dieser Wahlperiode umgesetzt wird.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, dass das alles gelingt, dafür braucht es Wirtschaft als Grundlage unseres Wohlstands und am Ende auch als Voraussetzung des sozialen Ausgleichs. Arbeitsplätze sind und bleiben ein entscheidender Gradmesser für den Erfolg unserer Wirtschaftspolitik. Zu Recht will ich noch einmal an dieser Stelle für uns auch deutlich sagen: Die CDU in Thüringen hat nie und wird auch nie eine Niedriglohnstrategie verfolgen. Es bleibt für uns dabei, für das, was ich vorhin gesagt habe, für gute Arbeit muss es guten Lohn geben, aber nicht der Staat ist der Regler des Lohns in der Lohntüte, sondern der Arbeitgeber und die Wirtschaft. Wir müssen die guten Rahmenbedingungen setzen, dass die Wirtschaft diese Aufgabe erfüllen kann.

(Beifall CDU, FDP)

Meine Damen und Herren, zu diesen Rahmenbedingungen gehört aber auch, dass wir in Zeiten der schwierigen Wirtschafts- und Finanzkrise auch dafür Sorge tragen, dass unser Mittelstand, unsere Handwerksbetriebe Rückgrat unseres Wirtschaftswachstums bleiben. Deshalb müssen wir bei den Clustern, aber auch bei den kleinen Handwerks- und Mittelstandsbetrieben schauen, dass wir sie unterstützen können und durch diese schwierigen Fahrwasser der Krise führen können. Deshalb gehört auch dazu, im Besonderen beim Thema Opel zu schauen, was passiert mit Opel in Eisenach, aber auch nicht die Zulieferbetriebe in Thüringen zu vergessen, weil wir wissen, dass vor allen Dingen die Zulieferindustrie in Thüringen ein besonderer Ort dafür ist, dass sich Arbeitsplätze finden und dass die Menschen mit ihrer eigenen Arbeit auch ihre Familie ernähren können. Deshalb gehört beim Blick zu Opel immer auch der zur Zulieferindustrie. Deshalb ist es richtig, dass wir gemeinsam mit der Landesregierung sagen, wenn ein tragfähiges Gesamtkonzept vorliegt, dann wollen wir auch weiter schauen, welche Unterstützung können wir aus dem kleinen Freistaat Thüringen heraus leisten. Aber wichtig ist

vor allen Dingen, dass sich Verlässlichkeit dadurch auszeichnet, dass Politik auch glaubwürdig in der Ausdrucksweise bleibt. Ich will daran erinnern, wenn ich mir die Rede von Herrn Ramelow heute angehört habe, heute hat er kritisiert, dass GM Hilfen bekommen soll, wenn ein tragfähiges Konzept vorliegt. Noch im letzten Plenum mit der Drucksache 5/54 hat die PDS gefordert, dass wir dafür Sorge tragen sollen, dass es keine weiteren Zusagen an General Motors hinsichtlich Bürgschaft und Kredite geben soll. Heute wurde genau das Gegenteil gefordert. Ich glaube, für die Beschäftigten im Automotive-Cluster in Thüringen ist es wichtig, dass sich Verlässlichkeit auch auszeichnet, dass man dasselbe, was man bei Demonstrationen sagt, auch hier im Parlament wiederholt. Wir stehen für diese Verlässlichkeit in Eisen nach ein.

(Beifall CDU, SPD)

Meine Damen und Herren, damit diese attraktiven Lebensbedingungen auch am Ende geschaffen werden können, braucht es vor allen Dingen einen ländlichen Raum und städtische Regionen, die miteinander gut funktionieren und wo ein gutes Gleichgewicht geschaffen wird. Deshalb ist es wichtig, dass wir den ländlichen Raum stärken in seiner Vielfalt, in seiner Eigenständigkeit und in seiner Integrationskraft, weil viele Bürgerinnen und Bürger in Thüringen dort ihre Heimat gefunden haben und dort auch verbleiben wollen. Deswegen müssen wir auch dem ländlichen Raum eine Garantie geben. Die Garantie macht sich fest in Infrastrukturmaßnahmen, sie macht sich fest in dem weiteren Ausbau und der Unterstützung der Sanierung unserer dörflichen Kerne und sie macht sich auch fest in den weiteren Aufgaben in Abwasserinvestitionen. Ihre Äußerung von vorhin, Herr Ramelow - zu sagen, Sie fordern einen Stopp der Ausgaben bei Abwasserinvestitionen -, heißt, den ländlichen Raum veröden zu lassen und der Perspektive zu überlassen, wie Sie es in 40 Jahren DDR getan haben. Wir wollen das ausdrücklich nicht.

(Beifall CDU)

Deshalb soll die Dorferneuerung zur Dorfentwicklung ausgebaut werden. Wir wollen keine abgesiedelten Dörfer. Wir wollen eine positive Antwort auf die demographische Entwicklung. Die kann nicht lauten, dass ganze Landstriche aufgegeben werden. Wir brauchen überall eine Perspektive in Thüringen, aber wir brauchen sie auch und insbesondere im ländlichen Raum.

(Beifall CDU)

Deshalb ist für uns wichtig, dass wir auch die Strukturen des Zusammenlebens beachten. Deshalb sagt

der Koalitionsvertrag, dass wir noch einmal gutachterlich prüfen werden, ob die Strukturen, in denen wir leben, vernünftig sind, ob sie finanzierbar sind und ob sie eine Veränderung der Struktureinsparpotenziale aufzeigen. Aber für die CDU-Fraktion will ich hier deutlich sagen, wir wollen uns dieser Begutachtung vorbehaltlos stellen. Wir wollen schauen, welche Chancen sich aus dem Gutachten ergeben. Aber ich will ganz deutlich sagen, wir finden, dass die Strukturen vor allen Dingen auf Kreisebene, wie wir sie vorfinden, zukunftsgerecht sind und dass es sich lohnt, in diesen Strukturen die Verwaltung so weiterzuentwickeln, dass wir uns diese Verwaltung als Raum der Verantwortung auch leisten können.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, entscheidend ist für uns, dass es keine Experimente gibt. Wir wollen weder einen sinnlosen Umbau der Landesverwaltung, noch wollen wir der Zweistufigkeit der Verwaltung das Wort reden. Die Enquetekommission hat festgestellt, dass Zweistufigkeit gerade keine Verbesserung bringen würde. Wir wollen deshalb an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich etwas zum Landesverwaltungsamt sagen: Zu Recht hat die Ministerpräsidentin den Beschäftigten im öffentlichen Dienst gedankt. Wir wollen ausdrücklich auch für die gute und wertvolle Arbeit den Mitarbeitern des Landesverwaltungsamts Dank sagen. Wir denken, dass die Behörde so ausgebaut werden kann, dass sie als wichtiges Bindeglied zwischen unserer kommunalen Familie und der Landesverwaltung steht, und darauf wollen wir uns im Ergebnis dieser Arbeit in dieser Wahlperiode konzentrieren.

Meine Damen und Herren, damit das alles am Ende gelingt, damit die Wirtschaft sich entfalten kann, damit Bildungschancen ermöglicht werden können, damit die attraktiven Lebensbedingungen geschaffen werden können, braucht es nachhaltige Politik und nicht zuletzt braucht es eine nachhaltige Finanzpolitik. Es gilt für uns als Christdemokraten insbesondere, was wir darunter verstehen: Wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, sondern wir haben sie quasi von den Kindern geborgt. Für politisch Verantwortliche heißt das, dass man nicht auf Kosten der kommenden Generationen leben kann. Das gilt natürlich selbstredend für Natur und Umwelt, das gilt für unsere Ressourcen, das gilt für das Klima, das gilt für die kulturellen Bestände, aber es gilt auch für die Finanzpolitik. Das Denken in Generationen muss für uns quasi verpflichtend sein - jetzt in dieser Wahlperiode und vor allen Dingen darüber hinaus. Deshalb ist es wichtig, dass wir den Begriff der Nachhaltigkeit auch für unsere Finanzpolitik so verstehen, dass sie einen entscheidenden Beitrag zur Generationengerechtigkeit leisten muss, weil die finanzielle Lage tatsächlich ernst ist. Wir sind

noch nicht angekommen im Aufholprozess zwischen Ost und West. Die Schere ist noch nicht geschlossen. Wir sind ausdrücklich dankbar, dass in den letzten 19 Jahren wir so eine große solidarische Hilfe aus ganz Deutschland bekommen haben über den Länderfinanzausgleich, über den Solidarpakt, über Bundesergänzungszuweisungen. Wir wollen an dieser Stelle - 20 Jahre nach der friedlichen Revolution - noch einmal Danke sagen für die große solidarische Unterstützung, die wir als junges Bundesland bekommen haben.

(Beifall CDU)

Aber die Wirtschafts- und Finanzkrise macht auch vor den Einnahmen in Thüringen nicht Halt. Deshalb werden im Ist die Einnahmen im nächsten Jahr 314 Mio. € unter dem Niveau von 2009 liegen. Dramatisch sind die Zahlen - das hat die Ministerpräsidentin genannt -, wenn man die Steuerschätzungszahlen miteinander vergleicht. Ich will mich aber orientieren an den tatsächlichen Einnahmen in diesem Jahr und nächstem Jahr. Zu den 314 Mio. € Mindereinnahmen im nächsten Jahr kommen auch Mehrausgaben durch Tarifsteigerungen und Besoldungsanpassungen von ca. 200 Mio. €, und die Einnahmen werden sinken beim Aufbau Ost, beim Länderfinanzausgleich und bei der EU-Förderung. Deshalb gilt - und das muss gelten für nachhaltige Finanzpolitik und es muss Maßstab unserer Politik sein -, immer dann, wenn es geht, wenn nicht außergewöhnliche Situationen wie die, in der wir uns gerade befinden, uns ereilen, dann müssen wir uns verpflichten, Haushalte aufzustellen ohne neue Schulden. Der Haushalt braucht in Krisenzeiten Luft zum Atmen. Er darf die Konjunktur nicht abwürgen. Aber es muss deshalb gelten, Schulden sind kurzfristig vertretbar, aber langfristig nicht tragbar.

(Beifall CDU)

Wir haben uns deshalb als Christdemokraten vorgenommen, mit diesem Koalitionsvertrag dazu beizutragen, dass das Ausgabenniveau bis 2014 unter dem des Jahres 2009 geführt wird. Das ist kein leichter Weg, es wird uns auch Zumutungen abverlangen. Wir sind deshalb vor allen Dingen auch als Politiker gewählt vom Volk, um diese Zumutungen zu verantworten. Sie müssen ausgewogen sein, Chancen eröffnen, Bildungsmöglichkeiten eröffnen, unsere Zukunftsstrukturen sichern. Wir müssen Forschung und Innovation zulassen. Wir müssen die Arbeitsbedingungen in der Wirtschaft schaffen, aber wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass das alles sich in ein Nichts auflöst, wenn wir uns diese Ausgaben in der Zukunft nicht mehr leisten können. Deshalb ist eine konsequente Ausgabenkritik unumgänglich und auch ein damit einhergehender Abbau von Landespersonal. Wenn sich die demographische Ent-

wicklung in Thüringen fortsetzt, wenn wir weniger Einwohner im Jahr 2020 haben werden als 1990, dann müssen wir auch unsere Strukturen in der Landesverwaltung an diese demographische Entwicklung anpassen. Wir sind auch aus einem ganz anderen Grund dazu gezwungen, weil auch die Zuweisung durch Dritte im Rahmen des Länderfinanzausgleichs davon abhängig ist, wie viele Einwohner wir in Thüringen haben. Sinkt diese Einwohnerzahl, dann sinkt aus diesem Grund auch unsere Zuweisung im Länderfinanzausgleich. Wenn weniger Geld vorhanden ist, muss man die Strukturen daran anpassen. Deshalb sind wir dankbar, dass CDU und SPD vereinbart haben, dass die Mehrausgaben im Koalitionsvertrag unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen und trotzdem ermöglichen, dass unter dem Blickwinkel des Abbaus von Personal wir auch sicherstellen, dass ein Einstellungskorridor für junge Leute, die im Lehrer-, Erzieherberuf oder bei der Polizei tätig werden wollen, garantiert wird. Das ist wichtig, weil er die Perspektiven schafft.

(Beifall CDU, SPD)

Meine Damen und Herren, dazu gehört, wenn wir das auf den Weg bringen, dass uns dann nicht bange sein muss vor einer guten Zukunft in diesem Freistaat Thüringen.

Ich habe zu Beginn gesagt, wir haben in dieser Koalitionsvereinbarung ein neues Kapitel Thüringer Erfolgsgeschichte aufgeschlagen und wir sind überzeugt, dass es ein erfolgreiches Kapitel wird. Dafür haben die letzten Landtage seit 1990 und alle Regierungen ein solides Fundament gelegt. Mit dem Koalitionsvertrag haben wir wichtige, neue Impulse gesetzt. Uns verbindet der Wille, gemeinsam etwas für Thüringen zu bewegen. Wir wollen mehr bewegen. Wir wollen ein starkes Thüringen. Wir wollen ein Thüringen, das innovativ ist. Wir wollen ein Thüringen, das nachhaltig ist, das sich sozial und welt-offen den Bürgern gegenüber zeigt. Daran wollen wir die nächsten fünf Jahre arbeiten. Wenn wir nach fünf Jahren, am Ende dieser Wahlperiode sagen können, dass Thüringen noch besser dasteht als heute, dann hat sich diese Arbeit gelohnt. Wir haben als CDU-Fraktion den Ehrgeiz, dazu unser Bestes beizutragen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Abgeordnete Siegesmund zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wollen wir leben, wie soll Thüringen in Zukunft aufgestellt sein, wie spricht man über uns in Hamburg, Wien und Lissabon? Wo ist also der große Wurf, wo die Vision, die uns hier glänzen lässt? Ich sage Ihnen, es gibt sie nicht, weil sie, die Regierungskoalition, nicht mutig ist, weil sich die SPD hinter der CDU versteckt und weil diese Koalition kleine Trippelschritte macht, statt echte Reformen anzupacken. Das ist in etwa so, als starte der Tiger zum Sprung und lande dann gleich als Bettvorleger.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU:
Ach, der Vergleich ist alt.)

Das ist zögerlich, unentschlossen und ziemlich halberzig. Vor allen Dingen ist es eine verpasste Chance, eine, die meinerseits die Freude darüber trübt, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN endlich wieder im Landtag sind. Wir haben darauf lange gewartet und lange darauf hingearbeitet. Wir wünschen uns eine neue politische Kultur, hoffen auch, dass die zustande kommt, und ich freue mich ausdrücklich auch auf die Zusammenarbeit mit Ihnen allen hier in diesem Hohen Haus. Ich kann Ihnen versichern, dass es uns nicht an Impulsen mangelt und dass wir den Mut zum Aufbruch auch haben.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU:
Wir auch.)

Wir wollen Zukunft in Thüringen gestalten, wir wollen Thüringen zukunftsfähig machen und das geht aus unserer Sicht vor allen Dingen, wenn drei Punkte im Mittelpunkt stehen: Eine Energiewende muss im Mittelpunkt stehen, eine konsequente Bildungsreform und eine solide Haushaltspolitik. Unser Kurs ist konstruktive Opposition. Wir hoffen, dass wir einen Stil finden, einen Stil des Miteinander, einen Stil des politischen Zuhörens, der dies genau befördert.

Lassen Sie mich mit dem Punkt Bildung und Kultur beginnen. Es ist schon reichlich mutig, wozu die Sozialdemokraten sich jetzt entschlossen haben. Sie gehen zusammen mit einer Partei in eine Koalition, die jahrelang selbstherrlich das dreigliedrige Schulsystem gelobt hat, die beratungsresistent in der frühkindlichen Bildung war und die mal eben Thüringens Kulturlandschaft so zusammenstutzen wollte, dass bis heute in Hamburg und anderswo über uns der Kopf geschüttelt wird, ob wir eigentlich wissen, was wir tun. Es ist noch gar nicht so lange her, dass in diesem Hohen Hause Worte gefallen sind wie „die

CDU macht vieles, aber wenig richtig“ - und die kamen von den Sozialdemokraten; die haben bis heute auch recht. Die Familienoffensive hat uns nichts genutzt in Thüringen, sie hat uns geschadet und das muss jetzt wiedergutmacht werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss gutgemacht werden mit dem neuen Kita-Gesetz und da muss die SPD jetzt die Suppe auslöffeln, die die CDU in der vergangenen Legislatur angerichtet hat. Guten Appetit, frohes Schaffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie waren der CDU, liebe Sozialdemokraten, an der Stelle schon ein gutes Stück voraus. Es gibt die gemeinsame Vorlage dieses Gesetzentwurfs mit der LINKEN und mit uns - der wird nun heute ohne Sie eingebracht. Ich bin sehr gespannt, wie wir auch in Zukunft auf Sie zukommen können und welches Herz sich am Ende bei Ihnen durchsetzt - das inhaltliche oder das koalitionäre - und wie am Ende Kopf, Herz und Hand da gemeinsam arbeiten. Wenn Sie sich bildungspolitisch treu bleiben wollen, wird es für Sie hier nicht einfach. Da muss man sich nur den Koalitionsvertrag ansehen. Die Ministerpräsidentin hat vorhin gesagt, Bildung ist die Schicksalsfrage unseres Landes und das ist völlig richtig. Nur, statt endlich umzusteuern hin zum längeren gemeinsamen Lernen mit individueller Förderung, preisen Sie im Koalitionsvertrag die Gemeinschaftsschule als weitere Möglichkeit neben der bisherigen Gliedrigkeit. Das klang im Wahlprogramm der SPD übrigens ganz anders. Jetzt wird das Hohelied auf die Beliebbarkeit gesungen und einen klaren Schnitt gibt es nicht. Was bleibt, ist Konfusion; wer will, der kann, wer nicht kann, hat Pech. Das ist bitter.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fragen Sie den Landeselternverband, fragen Sie den Lehrerverband in Thüringen - alle sagen, die Selektion nach der vierten Klasse ist zu früh und Sie wissen das auch. Gerade angesichts der sozialen Frage, bei der Kinder aus sozial benachteiligten Familien oft hinten runterfallen, muss hier anders agiert werden. Hier regiert nun das Prinzip Hoffnung. Wenn die Kommunen ohne Landesunterstützung ihre Haushalte aufstellen - dazu komme ich gleich noch - und sich freiwillig so ein bisschen Gebietsreform verordnet haben, dann können sie sich jetzt auch noch um die Bildungspolitik kümmern und um die Kommunalisierung ihrer Schulen. Das ist ganz prima. Wenn wir noch mehr Kompetenzen abgeben, haben wir hier bald gar nicht mehr viel, über was wir reden müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stichwort freie Schulen: Hier hatten wir immer wieder gleiche Rahmenbedingungen gefordert. Schwarz-Rot schweigt gänzlich zu dieser Frage, wie wir auf eine Ebene kommen. Frau Lieberknecht hat vorhin gesagt, alle Kinder müssen uns gleich viel wert sein. Die Kinder in freien Schulen sind diesem Land aber nicht gleich viel wert. Vielmehr ist es so, dass es viele reformpädagogische Konzepte gibt nebeneinander und dass freie Schulen sehr wohl ihre Türen öffnen, dass sie aber finanziell nicht gleichgestellt sind. Es kann auch nicht Ihr Ernst sein, dass wir in Städten wie Jena, in denen wir seit Jahren zahlreiche Schulkonzepte nebeneinander haben und wir erprobt haben, was gut ist, was funktioniert und was nicht, dass wir das jetzt noch länger erproben müssen. Da sind wir schon einen Schritt weiter, das muss nicht sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist übrigens ein Spiel auf Zeit und die haben unsere Kinder und Jugendlichen eigentlich nicht. „Zukunft nennt sich Kinder“ hieß es vorhin in der Regierungserklärung völlig richtig, aber auf Zeit spielen, ist an der Stelle einfach falsch.

Wenn wir uns an die Spitze der ostdeutschen Länder stellen wollen - und ich gehe einmal davon aus, dass wir das hier alle wollen -, dann muss gerade im Bereich Bildung deutlich mehr passieren. Nehmen Sie die frühkindliche Bildung ernst, stellen Sie genügend Erzieherinnen ein, schaffen Sie die Gliedrigkeit des Schulsystems ab und stellen Sie die freien Schulen gleich. Die vier Punkte - und wir haben ein großes Stück geschafft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kümmern Sie sich vor allem - ganz wichtig, wir haben Bildungstreik - um die Universitäten. Die Audimaxe in Jena und in Erfurt sind besetzt. Ich war gestern an der Universität Erfurt und habe mit den Studierenden diskutiert. Ich kann Ihnen versichern, sie wollen Qualität, sie scheuen keine Strukturdebatte, sie wollen gute Lehre, sie wollen Mitspracherechte und sie wollen mitgestalten. Man muss sie nur lassen und dafür haben wir hier die Handhabe. Deswegen sollten wir uns auch darum kümmern, auf sie zuzugehen. Ich wünsche mir, dass wir hochschulpolitisch schnell in Vorhand kommen, sonst ist der Campus Thüringen schneller ausgedünnt, als wir Abwanderung buchstabieren können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie nicht vernachlässigen dürfen, um Thüringen als attraktives Bundesland aufzustellen, ist die De-

mokratiebildung. Ich habe an dem Institut studiert und gearbeitet, aus dem der Thüringen-Monitor kommt. Ich sage Ihnen eines, die Zahlen von dort müssen wir ernst nehmen. Ich will das jetzt nicht weiter aufdröseln, aber wer am Wochenende zur Demonstration gegen Rechts in Arnstadt war, weiß, was ich meine. Demokratie ist anstrengend und ich war froh, dass wir bis auf wenige Enthaltungen übrigens zur 1. Plenarsitzung hier das gemeinsame Signal gesetzt haben, dass wir Extremismus nicht dulden, dass wir vor allen Dingen Rechtsextremismus nicht dulden. Das reicht aber nicht aus, deswegen brauchen wir ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und wir brauchen mehr Demokratiebildung in Schulen. Man kann nicht erwarten, dass alle wissen, wie Demokratie funktioniert, wenn sie nie damit in Berührung kommen. Deswegen lassen Sie uns Demokratie breit in den gesellschaftlichen Raum tragen und nicht auf die leichte Schulter nehmen. Ich glaube, da sind wir nahe beieinander.

(Beifall DIE LINKE)

Ich begrüße daher ausdrücklich Ministerpräsidentin Lieberknecht, die vorhin sagte, wir brauchen auch ein Leitbild Kultur, denn Kultur ist eine wichtige Brücke. Hier haben wir eine kulturhistorische Verantwortung, die sich aus unserem Erbe generiert, was wir hier in Thüringen haben. Und die Analyse zur Kulturpolitik teile ich voll und ganz.

Ein Aspekt ist mir aber besonders wichtig, die Kreativwirtschaft. Die haben Sie insbesondere im Koalitionsvertrag angesprochen. Dort steht: Die Kreativwirtschaft hat in den vergangenen Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Dies ist auch eine Möglichkeit, den an den Universitäten und Fachhochschulen in Thüringen Ausgebildeten eine Perspektive zu vermitteln. Jeden Satz kann ich unterschreiben, nur fehlen die Konsequenzen. Thüringen muss einen Ruf haben, weltoffen und tolerant zu sein, nicht blüemerrant. Das ist ein großer Unterschied. Lassen Sie uns zeigen, dass Thüringen ein Land ist voller kreativer Impulse, das auch ausdrücklich will, dass wir ein Klima schaffen wollen, was tolerant ist, und deswegen ist Demokratiebildung umso wichtiger.

Ich komme zum Punkt nachhaltiger Finanzpolitik: Da haben Sie ja diese Woche vor allem diejenigen überrascht, die sich nach einer Fortsetzung der parlamentarischen Arbeit nach dem Wahlkampfmarathon dieses Jahr geradezu gesehnt haben - die Kommunen. Die Kommunen sind reichlich überrascht. Die lassen Sie jetzt nämlich am langen Arm erst einmal verhungern, die müssen ihre Haushalte jetzt aufstellen in den nächsten Wochen und Monaten

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und müssen das im Augenblick tun, ohne dass sie Verbindlichkeiten seitens des Landes kennen. Die stehen jetzt im Regen. Es kann nicht sein bei allem Respekt für schwarz-rote Findungsphasen, dass Sie in den Kommunen nicht vorankommen. Ich kann Ihnen auch nicht abnehmen, dass Sie den Haushalt des Landes nicht kennen. Nehmen Sie die Planungssicherheit, die Kommunen brauchen, einfach ernst und kommen Sie da in Vorhand.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. von der Krone, CDU:
Keine Ahnung!)

Ich will beim Punkt Haushalt noch zwei andere Punkte ansprechen. Man kann natürlich hergehen und sagen - Zitat aus dem Koalitionsvertrag: „Notwendig ist eine Haushaltspolitik, die auf die jeweilige finanzpolitische Entwicklung reagieren kann.“ - so steht es im Koalitionsvertrag. Ich übersetze einmal: Wir sind nach allen Seiten offen, das Konzept kommt irgendwann später oder gar nicht. So werden Sie hier nicht vernünftig gestalten können und das wissen Sie auch. Nach dem Prinzip Hoffnung kann man Finanzpolitik nicht stricken. Kommen Sie also schnell zu dem Konzept und stellen Sie es uns auch schnell vor.

Nun gibt es ja, was den Gestaltungsspielraum der Gemeinden angeht, ganz große Bedrängnisse beim Stichwort „Haushaltsslage“ und das wissen Sie auch. Jetzt gibt es plötzlich und unerwartet Verfassungsänderungsvorschläge zu Artikel 55. Ich frage mich, ob nicht eine Änderung des Artikel 98 unserer Verfassung, wo man eine Schuldenbegrenzungsregel einführen könnte, derzeit sinnvoller wäre zu diskutieren, aber wir können uns auch gern über Immunität unterhalten, wenn Sie meinen, dass das im Augenblick sinnvoller ist und den Kommunen weiterhilft. Ich glaube, wir kommen nicht drumherum, uns jetzt vor allen Dingen um finanzpolitische Dinge zu kümmern, und andere Dinge kann man erst einmal getrost beiseite lassen. Deswegen, lieber Herr Moring, ist es auch Quatsch, darüber jetzt zu reden, und dabei bleibe ich auch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu meinem letzten großen Punkt, der Wirtschaftspolitik und der Bereich der Förderung erneuerbarer Energien. Wir GRÜNEN sind die mit der Vision für ein energieautarkes Thüringen. Wir sind auch die, die die Frage stellen, wie wir leben wollen, und wir sind die, die die Frage stellen, wie ein zukunftsfähiges Thüringen aussehen kann. Da geht es um Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik. Wir sind die, von denen der grüne Motor stammt. Im Übrigen ist es so, dass natürlich auch Opel den grünen Motor

braucht; aber darüber haben wir uns ja letzte Woche hier unterhalten und sind uns da, glaube ich, auch einig. Ich begrüße das Engagement der Landesregierung an der Stelle. Wenn wir aber über Wirtschaftspolitik ernsthaft reden und über diesen Dreiklang, dann müssen wir auch über Mindestlöhne reden. Bis heute verweigert sich die CDU einer ernsthaften Debatte, die in Europa übrigens längst geführt wird. 20 von 27 Ländern der Europäischen Union haben den Mindestlohn und, ich glaube, das funktioniert dort, sonst hätte man das auch längst wieder abgeschafft.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Jetzt versteckt sich unsere SPD hier hinter den Begriffen wie „Initiative für eine höhere Tarifbindung in Thüringen“. Das versteht kein Mensch, für mich heißt das nur, wir waren mal zwei Schritte weiter und gehen jetzt einen zurück, anders geht es gerade nicht. Das ist ziemlich dünn. Im Übrigen ist das auch ein interessanter Punkt, den die Koalition nicht stemmen wird. Wirtschaftspolitisch mache ich da viele Fragezeichen. Wenn Sie sich den Koalitionsvertrag anschauen, einerseits will Schwarz-Rot die Binnenkaufkraft mit grünem Motor ankurbeln, andererseits die herkömmliche Industriepolitik fortführen. Wie werfen Sie denn nun den grünen Motor an und mit welchen Investitionen? Ich habe es nicht verstanden und bin sehr gespannt, wie Sie das zusammenbringen wollen. Das sind die zwei Handschriften und die werden uns ja noch öfter hier begegnen, nehme ich an.

Wohlfühlen für alle, die Konflikte bleiben ungelöst, das ist das, was ich diesem Text entnehme, also Industrieansiedlungen bei dem Thema auf der einen Seite und Flächenschutz vernachlässigen wir mal auf der anderen, da nützt alles Reden nichts, das ist einfach nicht schlüssig.

Nun hat die Koalition - und das freut uns natürlich sehr - ein Tausend-Dächer-Programm beschlossen, das ist ein guter Punkt, da hängen zahlreiche Arbeitsplätze dran. Wir haben mal ausgerechnet, wenn man die Förderung und das bündnisgrüne energiepolitische Programm ernst nehmen würde, könnte man in Thüringen bis zu 50.000 Arbeitsplätze schaffen, gerade übrigens im Handwerk. Handwerk hat an der Stelle grünen Boden im Bereich Wärmedämmung und vielen anderen Dingen, man muss es politisch einfach nur wollen. Man sollte meinen, das überzeugt alle und wir brauchen auch tatsächlich Antworten auf die ökonomische und ökologische Frage; Minister Machnig bindet das auch manchmal zusammen. Er bindet übrigens auch zusammen, entweder wir senken die CO₂-Emissionen drastisch oder wir zahlen drauf. Dann frage ich mich nur, warum im Koalitionsvertrag ganz viel über Straßenverkehrsusbau usw. steht, denn Sie wissen viel-

leicht, dass der größte CO₂-Verursacher bei uns in Thüringen der motorisierte Verkehr ist. Hier passt mal wieder etwas nicht zusammen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt den Verkehr auf der Schiene zu stärken, wird der Individualverkehr gestärkt. Das ist nicht die richtige Richtung. Sie dürfen bei uns gern abschreiben, unser energiepolitisches Programm ist umsetzbar. Bis 2050 ist machbar, dass wir energieautark sind, wenn wir Energie sparen, wenn wir Sonne nutzen, Wind, Wasser, Erdwärme und wenn wir Bioenergie fördern und wenn wir neue Technologien anwenden, dann gelingt uns die Energiewende, wir müssen es nur wollen. Eine deutsche Stadt mit 100.000 Einwohnern verbraucht im Schnitt Öl, Gas, Kohle und Uran im Wert von ca. 200 Mio. € im Jahr. Das wird dem lokalen Wirtschaftskreislauf entzogen. Diese verlorenen Ausgaben wollen wir in lokale Kreisläufe zurückholen und mit neuen Technologien zum großen Teil vor Ort investieren und damit in Thüringen bis zu 50.000 Arbeitsplätze schaffen. Da geht es um Null-Energie-Häuser, da geht es um einen Wandel von einer monopolartigen Energieversorgung in Thüringen hin zu Bürgerkraftwerken, wie es sie in Weimar, Jena und vielen anderen Städten gibt. Da geht es um kommunal geführte Stadtwerke. Man kann viel tun, man muss es nur wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Übrigens ist das CDU-regierte Baden-Württemberg an der Stelle viel weiter, Städte und Dörfer, da kann man sich ruhig mal umtun und schauen, was man alles schaffen kann, wenn man auf der Linie bleiben möchte. Noch immer ist Thüringen bei der Anwendung von Solarenergie Entwicklungsland, obwohl wir die Marktführer bei der Herstellung dieser Technologie sind. Für mich ist es nicht schlüssig, warum ich nicht höre, dass wir vom Produktions- zum Anwenderland werden können, wenn wir erstens, zweitens, drittens - ich hoffe, das höre ich noch. Lassen Sie uns den Weg vom Produktions- zum Anwenderland gemeinsam gehen. Wir sind da sehr offen und begleiten Sie gern konstruktiv.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen - und damit komme ich zum Schluss - bin ich nahe bei Frau Lieberknecht in Bezug auf den Umweltschutz. Man kann da vieles unterschreiben. Jedoch: Naturschutz findet nicht nur am Wasser statt. Sie hat es vorhin genannt mit Werra usw., völlig richtig. Schauen Sie aber auch in die Rhön und schauen Sie auch in den Südharz, schauen Sie in die Schutzgebiete, drum herum, wo wir touristische Potenziale entwickeln müssen. Wir dürfen das vor allen Dingen nicht verwechseln, wenn wir fördern wollen und

den ländlichen Raum fördern wollen, dann geht es nicht um Straßenbau. Kein Mensch kommt nach Thüringen, weil hier 50 Mio. € in den Ausbau von Bundesstraßen gesteckt werden. Die Leute kommen hierher, weil sie sich erholen wollen, unsere schöne Landschaft genießen wollen. Stecken Sie also das Geld lieber

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in nachhaltige Projekte; nachhaltigen Straßenbau gibt es nicht. Ich wüsste nicht, wie Straßenbau nachhaltig sein kann. Nachhaltig ist die Elektrifizierung der Mitteldeutschland-Bahn zum Beispiel oder die Erschließung von Naturschutzgroßprojekten wie das in Südtüringen, wo das Landwirtschaftsministerium im Sommer verbaselt hat, dass man Geld im Bundesministerium hätte einwerben können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen, es geht darum, zu verbinden und nicht mit weiteren Straßen und Trassen das Land zu zerschneiden. Lassen Sie sich das noch mal durch den Kopf gehen, insbesondere wenn es mal wieder um Starkstromleitungen oder Ähnliches geht.

Hermann Hesse sagt: „Nur wer das Unmögliche will, kann das Mögliche erreichen.“ Vor 20 Jahren ist uns das gelungen und wir Bündnisgrünen tragen „BÜNDNIS 90“ ganz bewusst in unserem Namen, in Erinnerung dessen, was damals passierte, und in der Perspektive, die die Zukunft dafür aufmacht. Thüringen hat Potenzial und wenn man das erkannt hat, dann muss man es auch nutzen. Thüringen und die ostdeutschen Länder können kraftvolle Wachstumszentren werden mit einer starken Regionalwirtschaft, mit attraktiven ländlichen Regionen und mit einer herausragenden Bildungs- und Forschungslandschaft. Das kann uns auch gelingen, allein, Ihnen fehlt der Glaube, dass wir den Braindrain, die Abwanderung, und viele andere Probleme wirklich aufhalten können. Wir haben das Zeug dazu, energiepolitisch umzusteuern und uns an die Spitze zu stellen. Das können wir, wenn wir nur wollen. Wir begleiten Sie gern und wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit in den nächsten fünf Jahren. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Abgeordneter Höhn zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, zunächst einmal, Frau Ministerpräsidentin,

lassen Sie mich meinen Respekt, meine Anerkennung für die von Ihnen vorgetragene Regierungserklärung hier zum Ausdruck bringen, die zum einen natürlich die Inhalte des Koalitionsvertrags reflektiert hat, aber die etwas anderes und - ich glaube sagen zu können - insofern auch etwas Neues für diesen Thüringer Landtag dargestellt hat. Sie war geprägt von einer neuen gemeinsamen Klammer. Diese Klammer heißt Vertrauen und gegenseitiger Respekt vor der Meinung, vor der Leistung des anderen, auch vor der des politisch Andersdenkenden. Das ist das Neue an dieser Stelle und dafür danke ich Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, ausdrücklich.

(Beifall SPD)

Herr Kollege Ramelow, Ihnen kann ich für Ihre Rede dann schon weniger danken, das will ich ganz deutlich sagen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Das hat mich nicht überrascht.)

Ihre Rede hier heute vor dem Thüringer Landtag, nach einer gewissen Zeit der politischen Abstinenz hier im Hohen Hause, war für mich eine Mischung aus einer gewissen Ignoranz, Selbstmitleid und - ich muss auch sagen, ich sage das wirklich so deutlich - mit einer gewissen billigen Argumentation.

(Beifall CDU, SPD)

Zum Stichwort Ignoranz: Schauen wir uns die Tagesordnung des Plenums für heute und morgen an, meine Damen und Herren. Sie sind der Meinung - und Ihr politischer Gegner oder Ihr politisches Ziel ist da ganz offensichtlich und ganz eindeutig, die Sozialdemokratische Partei -, mit den Themen Studiengebühren, Vergabegesetz, Personalvertretungsgesetz, Kita-Gesetz - in dieser Reihenfolge, um nur einige exemplarisch hier zu nennen - können Sie uns in die politische Enge treiben und uns möglicherweise hier in diesem Hohen Hause vorführen in Ihrer eigenen Art.

(Zwischenruf Abg. Hausold, DIE LINKE:
Das war nicht unsere Absicht, aber ...)

Meine Damen und Herren, ein Blick in den Koalitionsvertrag genügt, um zu sehen - ich weiß nicht, ob Sie ihn überhaupt gelesen haben, ist auch nicht so interessant an der Stelle, Herr Kollege, ob Sie da reingeschaut haben -, alle diese Themen und noch weit mehr darüber hinaus sind in diesem Koalitionsvertrag verankert.

(Beifall SPD)

Ich habe es gestern gesagt und ich werde es heute wieder tun, diese Koalition wird das in fachlicher Verantwortung abarbeiten und dazu brauchen wir Ihren durchsichtigen Aktionismus an keiner Stelle, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Ich komme darauf zurück, Kollege Höhn.)

Zum Stichwort billige Argumentation: Sie werfen uns vor, dass wir mit einem Wahlergebnis von 18,5 Prozent eine für Sie ganz erstaunliche Anzahl von Ministern und - wie Sie das ausdrücken - Posten erreicht hätten. Meine Damen und Herren, abgesehen von der Absurdität dieses Arguments, lässt das für mich den ganz erstaunlichen Rückschluss zu, Herr Kollege Ramelow, welche Rolle Sie der SPD in einer Koalition mit Ihnen ganz offensichtlich zugeordnet hatten.

(Beifall SPD)

Dann stellen Sie sich hierher und verwenden einen guten Teil Ihrer Redezeit dafür, um, nachdem Sie diese Kritik an uns angebracht haben, Ihre ersten Forderungen nach stärkerer Berücksichtigung bei Gremien und Posten, nach mehr Geld für politische Vorfeldorganisationen und was auch immer zu stellen. Mein Gott, Herr Ramelow, das ist wirklich billige Argumentation, da hätte ich ehrlich gesagt mehr von Ihnen erwartet.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Hausold, DIE LINKE:
Da wärst du sogar Ministerpräsident geworden.)

Ein letzter Punkt an dieser Stelle: Sie verfallen an manchen Passagen geradezu in eine Art von Selbstmitleid. Sie beklagen, Ihre Partei würde an den verschiedensten Stellen in den verschiedensten Bereichen stigmatisiert. Herr Ramelow, ich sage das Ihnen, aber auch Ihrer Partei insgesamt, Sie haben es versäumt, eine ehrliche und offene Aufarbeitung Ihrer eigenen Geschichte vorzunehmen.

(Beifall CDU, SPD)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Kein Wort habt ihr in den Debatten gesagt, die SPD hat dagesessen und geschwiegen.)

(Unruhe DIE LINKE)

Daraus resultieren die Vorbehalte gegen Ihre Partei und die Politik, die Sie an manchen Stellen miteinander vertreten. Wenn ich daran denke, welche Debatten gerade Sie persönlich zum Thema Unrechtsstaat DDR geführt haben, dann ist das wirklich ein entlarvendendes Beispiel dafür.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Barer Unsinn.)

Ich will an dieser Stelle diese Debatte insofern beenden, will Sie aufrufen, Herr Ramelow, Sie haben darum gebeten, entsprechend auch in diesem hohen Hause als Opposition beteiligt zu werden. Ja, wem sagen Sie das! Wem sagen Sie das? Das betone ich an dieser Stelle ausdrücklich.

Zu einem lebendigen Parlament gehört selbstverständlich eine Opposition, die in konstruktiver Art und Weise ihrer Rolle gerecht wird, meine Damen und Herren, noch etwas ist ganz entscheidend, ihrer Rolle gerecht wird im Interesse des Landes. Warum betone ich das? In der Verfassung steht das Wohl des Volkes als das Ziel jeglicher politischer Aktivitäten. Vom Wohl einer Partei habe ich da nichts gelesen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Tiefer geht es nicht mehr.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, der Eintritt der SPD in eine Regierungskoalition, und das zum zweiten Mal in der Geschichte des Freistaats Thüringen seit seiner Wiedegründung,

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE
LINKE: Das hat schon beim ersten Mal
nicht geklappt.)

ist eine besondere Verantwortung für uns Sozialdemokraten. Wir sind uns dessen bewusst. Wir sind uns vor allem bewusst, dass wir jeden Tag, jeden einzelnen Tag dafür kämpfen müssen, dafür arbeiten müssen, unsere politischen Ziele und unsere Überzeugungen den Menschen im Land nahezubringen und sie auf diesem Weg vor allen Dingen mitzunehmen. Mir ist bei der Vorbereitung auf diese Debatte heute ein Zitat untergekommen, da war ich zunächst erst einmal etwas wie elektrisiert, vor allen Dingen als ich dann auch die Quelle dieses Zitats etwas näher recherchiert habe: „Nichts verändert die Linie einer politischen Partei so sehr wie der Übergang von der Opposition in die Regierung.“ Nun hätte man ja sagen oder denken können, das muss einer gesagt haben, der sich im politischen Raum einigermaßen auskennt oder der vielleicht schon die eine oder andere eigene Erfahrung an dieser Stelle gemacht ha-

ben dürfte. Als ich dann zur Kenntnis nahm, dass der Autor dieses Zitats ein italienischer Kriminalautor namens Carlo Manzoni ist, der als Verfasser spannender humoristischer Kriminalromane gilt, der als ein Meister des hintergründigen Humors bezeichnet wird - übrigens, Herr Ramelow, ich weiß nicht, ob Sie ihn kennen, sein bekanntestes Werk heißt „Der Finger im Revolverlauf“.

(Zwischenruf Abg. Hennig, DIE LINKE:
Das Wohl des Volkes.)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Jetzt weiß ich, warum.)

Ich glaube, Sie haben das verstanden.

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE:
Wir sind Pazifisten.)

Natürlich, bei Kriminalromanen entstehen dann eine ganze Reihe von Assoziationen. Kriminalromane haben in der Regel die Eigenschaft, spannend zu sein, und sie haben in der Regel ein gutes Ende, weil entweder der Bösewicht gefasst oder er daran gehindert wird, etwas Böses zu tun. Wir haben es sicherlich, wenn man eine gewisse Replik der vergangenen zweieinhalb Monate vornimmt, mit einer gewissen Spannung auch in dem politischen Geschehen in Thüringen zu tun gehabt. Wir hatten einen spannenden Wahlabend mit einem überraschenden Ausgang. Der Drittplatzierte hatte den Hebel plötzlich in der Hand und musste entscheiden, welche politische Richtung das Land in der Zukunft steuert. Im zweiten Teil dieser Handlung, die geprägt war von ebenso spannenden Sondierungen, gab es am Ende eine durchaus ebenso überraschende Wendung des Geschehens, vor allen Dingen auch deshalb diese überraschende Wendung des Geschehens, weil einige der beteiligten Protagonisten nicht in der Lage waren, die Ernsthaftigkeit ihres Tuns so unter Beweis zu stellen, dass der Verhandlungspartner auch überzeugt werden konnte. Die einen wollten sich nicht wirklich entscheiden und andere standen sich da eher selbst im Wege. Der dritte Teil, für einige wohl der interessanteste, von einer ebensolchen Spannung geprägt, vor allen Dingen von denen, die von der Hoffnung getrieben waren, dass die einmal von der SPD getroffene Entscheidung möglicherweise revidiert werden würde, und die anderen, die wirklich gehofft hatten im Interesse des Landes, dass diese Entscheidung auch so weiter getragen wird. Am Ende für den unbeteiligten Leser ein glücklicher Ausgang, ich sagte es, Kriminalstücke haben so etwas an sich, weil etwas entstanden ist, was geeignet war, seine persönliche Zukunft in den nächsten Jahren positiv zu beeinflussen. Beenden wir die Assoziation mit dem Gedankensprung vom Leser des Kriminalstücks hin zu unseren Bürgerinnen und Bürgern des Frei-

staats Thüringen: Wodurch wird ihre Zukunft positiv beeinflusst in den nächsten Jahren, meine Damen und Herren? Ich denke, wir sind uns darüber einig, zumindest was die Koalition betrifft - bei der Opposition, das gebe ich zu, müssen wir noch ein Stück weit Überzeugungsarbeit leisten -, ich denke, der Bürger kann darauf bauen, dass seine Kinder eine deutlich qualitativ bessere Betreuung in Erziehung und Bildung bekommen, ein ganzheitliches, durchgängiges Konzept von frühkindlicher Bildung hin zu einer besser individuell geförderten Schullaufbahn mit einem neuen Angebot für ein für Thüringen neues längeres gemeinsames Lernen bis hin zu einem gebührenfreien Studium an attraktiven Hochschulen. Warum das alles, meine Damen und Herren? Um auch wirklich alle geistigen Ressourcen zu erschließen und nicht nur die mit dem dicken Geldbeutel, meine Damen und Herren. Darauf kann der Bürger bauen.

(Beifall SPD)

Er kann darauf vertrauen, dass diejenigen in der Gesellschaft, die unserer besonderen Fürsorge bedürfen, vor allem Kinder aus einkommensschwachen Familien, Hilfe bekommen und diese auch tatsächlich dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Ich hoffe, dass sich dieser Landtag hinter dem Satz versammeln kann, Kinderarmut ist das beschämendste Armutszeugnis, das sich eine Gesellschaft überhaupt leisten kann. Das müssen wir ändern und wir werden das ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD)

Wir wissen aber auch, dass wir nicht nur Wohltaten zu verteilen haben und nicht nur Wohltaten verteilen können, sondern auch eine gewisse Wertschöpfung muss generiert werden, denn Sozialleistungen - der Satz ist profan, aber immer wieder richtig - fallen nun einmal nicht vom Himmel. Für Sozialdemokraten im Übrigen ist das selbstverständlich. Ich hoffe, andere Fraktionen können sich irgendwann auch dieser Argumentation anschließen. Ja, ich sage es ganz deutlich, Wachstum ist notwendig, aber wir wollen dies nicht auf Kosten anderer erreichen und immer weniger auf Kosten unserer natürlichen Ressourcen. Deshalb setzen wir in der Wirtschaftsentwicklung auf den von Frau Lieberknecht schon beschriebenen grünen Motor.

Frau Kollegin Siegesmund hat gefragt, was denn darunter zu verstehen sei. Wir setzen den Schwerpunkt auf neue Umwelttechniken und effiziente Technologien bei den erneuerbaren Energien - das ist Zukunft, das hat Zukunft. Das ist etwas, was Thüringen auch in Deutschland und in Europa und, wenn wir daran arbeiten, auch in der Welt entsprechend nach vorn bringt.

Wenn wir uns den Koalitionsvertrag anschauen und finden dort Begriffe im Bereich der Wirtschaftspolitik wie Zukunftsatlas, Wirtschafts- und Innovationsrad, aber auch die Akademie des ländlichen Raums, dann stellt das für die Wirtschaftspolitik Thüringens durchaus ein Novum dar. Ich glaube, das ist gut so. Das alles bringt uns voran, davon sind wir überzeugt. Wenn dabei eine deutlich sozialdemokratische Handschrift erkennbar ist, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dann soll Sie das bitte nicht erschrecken, auch wir haben das Wohl Thüringens fest im Blick. Das haben die Verhandlungen gezeigt; wir werden das gemeinsam realisieren.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, es ist heute schon viel gesagt worden über den Inhalt und den Geist des Koalitionsvertrags. Ich will mit diesen beiden exemplarisch herausgegriffenen Politikfeldern, die, glaube ich, prägend sind für das, was die Koalition sich an Aufgaben vorgenommen hat, verdeutlichen, dass diese Koalition in der Tat eine neue Qualität in der Entwicklung Thüringens dokumentiert. Herrn Kollege Ramelow und auch an die Adresse der Grünen sei an dieser Stelle gesagt, der von einigen nicht für möglich gehaltene und der der SPD angesichts ihrer Entscheidung für eine Koalition mit der CDU nicht zutragende Politikwechsel über Inhalte ist eine Tatsache, die von niemand an ernsthafter Politik Interessiertem wirklich noch bezweifelt werden kann, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Ich glaube, nun kommt es darauf an, dass diese anspruchsvollen Aufgaben und Vorsätze in praktische Politik umgesetzt werden, so schnell wie möglich, aber auch so besonnen, ausgewogen und fachlich kompetent wie nötig. Wie schaffen wir das?

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Mit Prüfungen.)

Meine Damen und Herren, erstens das Stichwort „Haushalt und Finanzen“: Natürlich wissen wir um die schwierige Finanzsituation. Ich sage das auch ganz deutlich in Richtung Regierung, weil noch nicht alle Erfahrungen aus der Oppositionszeit in der kurzen Zeit der Regierungsbeteiligung verklungen sein können. Ich sage das ganz deutlich, mit einer transparenten Politik der Haushaltswahrheit und -klarheit ohne Schattenhaushalte und mit möglichst wenigen Globalen Minderausgaben - da kommt der alte Haushälter ab und zu noch mal durch -, das wird die Aufgabe sein, die wir bei der Bewältigung des Haushalts zu schaffen haben. Eines sei an dieser Stelle ganz deutlich gesagt, meine Damen und Herren, wenn wir

uns die Zahlen, die vorhin von Frau Lieberknecht referiert wurden, ansehen, wie die Einnahmeseite für das Jahr 2010 für den Freistaat aussehen wird; es wird ohne neue Schuldenaufnahme für 2010 nicht gehen. So ehrlich sollten wir das den Bürgerinnen und Bürgern sagen. Aber, da schließe ich mich gerne der Argumentation an, es sind Investitionen in Innovation und Bildung und das sind in jedem Falle die Kredite, um im finanzpolitischen Bild zu bleiben, die man als rentierlich bezeichnen muss im Interesse derer, wie Sie das so schön gesagt haben, die das auch in Zukunft zu zahlen haben. Zweitens schaffen wir das, meine Damen und Herren, mit einer Politik des gegenseitigen Vertrauens. Dazu gehört Vertrauen zwischen den Koalitionspartnern ohne Fingerhakelei und ohne hintergründige Alleingänge, geprägt von dem gegenseitigen Respekt vor der Leistung des anderen. So kann es gehen, ich bin davon überzeugt, so wird es gehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Beim Stichwort Vertrauen möchte ich noch auf einen Aspekt in besonderer Weise hinweisen. Es bedarf aber auch eines Vertrauens und eines vertrauensvollen Umgangs zwischen Parlament und Regierung. Ich betone das deshalb so besonders, weil natürlich, wenn eine ehemalige Präsidentin des Parlaments nunmehr eine Regierung führt, die Hoffnung groß ist, dass der Respekt vor den beiden tragenden Säulen der Demokratie besonders ausgeprägt sein wird. Ich bin davon überzeugt, eine gute Regierung ist ein Segen für jedes Land. Ein selbstbewusstes Parlament ist ein Glücksfall für die Demokratie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Wenn ich einmal beim Thema Glücksfall bin; ich habe das große Glück und das Vergnügen, eine Fraktion in dieser Koalition zu führen, die voller Engagement und voller Enthusiasmus sich für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger in deren Dienst stellt. Wir werden - und das ist keine Drohung, das ist ein Versprechen - ein kraftvoller Partner in dieser Koalition sein. Wir werden eine hörbare Fraktion sein, die sich mit dem ihr eigenen Selbstbewusstsein sowohl der Erfüllung des Koalitionsvertrags, aber auch der Weiterentwicklung des eingeschlagenen Weges widmen wird, und das mit ganzer Kraft.

(Beifall SPD)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zum Abschluss jemanden zitieren, vor dem ich persönlich riesengroßen Respekt habe. Ich möchte ihn als großen Sozialdemokraten bezeichnen: Egon Bahr, der uns auch in diesem Jahr wieder hier in Thüringen unterstützt hat, hat einmal gesagt: „Selbst bei einer absoluten Mehrheit ist es Aufgabe der Partei,

weiter zu denken, als die Regierung handeln kann. Ist die Regierung zufrieden mit der Partei, dann hat die Partei nicht weit genug gedacht.“ In diesem Sinne für ein starkes Thüringen, innovativ, nachhaltig, sozial und weltoffen - lasst uns dafür arbeiten!

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat sich Abgeordneter Barth zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Frau Ministerpräsidentin! „Aller Anfang ist hingeeordnet auf Vollendung“, mit diesen Worten, mit diesem Zitat haben Sie Ihre Regierungserklärung hier begonnen. Bevor ich mich nun dem Weg, auf den Sie sich machen wollen zur Vollendung, widme, gestatten Sie mir doch einige Gedanken im Rückblick auf den Anfang. Am 30. August war Landtagswahl. Das ist heute genau 80 Tage her. 1,1 Mio. Menschen sind damals zur Wahl gegangen und haben ihre Stimme abgegeben und dem Parlament damit diese aktuelle Zusammensetzung verliehen. Damit haben wir als Politiker Verantwortung bekommen, aus dem Wahlergebnis etwas zu machen, es in praktische Politik umzusetzen. Das ist der Anspruch und der berechtigte Auftrag, den die Wählerinnen und Wähler uns auf den Weg gegeben haben. Was der erstaunten Öffentlichkeit in den letzten 80 Tagen allerdings vorgesetzt wurde, war ein wochenlanges Taktieren, innerparteilicher Streit, offenkundiges Misstrauen potenzieller Partner. Das Wort vom unwürdigen Schauspiel hat - wie ich finde zu Recht - mehrfach in den Medien die Runde gemacht. Ein unwürdiges Schauspiel ist es gewesen, dieses über 50 Tage andauernde Sondieren, Verhandeln, Streiten, Entscheiden, wieder Verwerfen und erneute Beginnen, ohne dass dabei irgendein substanzielles Ergebnis für Thüringen herausgekommen ist. Der meistgesprochene Satz aus dieser Zeit lautete sicher, es ginge nicht um Posten. Dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren, ging es in Wahrheit die ganze Zeit um überhaupt nichts anderes als nur um die Frage, wer Ministerpräsident werden will, wer es vielleicht werden könnte und wer es aber auf gar keinen Fall werden darf. Tatsächlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ging es nur darum. Allen selbst ernannten Systemänderern und Politikwechslern war nur diese Frage in irgendeiner Form von Bedeutung. Über zwei Monate hinweg haben vier Fraktionen in diesem Haus in wechselnder Besetzung nichts, aber auch nichts ausgelassen, um unseren Freistaat in der Bundesrepublik unmöglich zu machen.

(Beifall FDP)

Sie haben bewiesen, wie leicht es ist, einen guten Ruf, nicht ihren, sondern den guten Ruf Thüringens, in kurzer Zeit, im Rekordtempo zu verspielen. Apropos Rekordtempo: In Sachsen hat man am selben Tag wie in Thüringen den Landtag gewählt. Innerhalb von 23 Tagen war dort die Koalitionsvereinbarung unter Dach und Fach. Das war ein Zeitpunkt, da hatten hier die Verhandlungen noch nicht mal angefangen. Trauriger Höhepunkt dieses Possenspiels mit dem Titel „Regierungsbildung Thüringen 2009“ war dann sicherlich die Qual der Wahl der Ministerpräsidentin. Mit Fehlstart, meine Damen und Herren, ist das wohl noch sehr freundlich umschrieben.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung hier fast pathetisch ausgerufen, was vereinbart ist, das gilt, wir sind verlässliche Partner. Mal ganz abgesehen von dem sehr spärlichen Applaus, der aus den Koalitionsfraktionen an dieser, wie ich fand, doch sehr konstitutiven Stelle Ihrer Regierungserklärung gekommen ist, würde mich doch mal interessieren: Was war denn bei Ihrer Wahl vereinbart? Woran hat man sich denn da gehalten? Der Sinn einer solchen Vereinbarung, die dazu führt, dass man aus einer relativ komfortablen Vierstimmenmehrheit in zwei Wahlgängen keine Mehrheit bekommt, der will sich mir, ganz ehrlich gesagt, nicht so recht erschließen. Das lässt auf die innere Verfassung Ihrer Koalition jede Menge Rückschlüsse zu. Keiner davon ist wirklich positiv. Sie haben gesagt, zu einer verantwortungsvollen Politik gehört auch der Mut, den Menschen die Wahrheit zu sagen. Ich füge hinzu, es gehört auch der Mut dazu, der Wahrheit ins Auge zu blicken, Frau Ministerpräsidentin. Die Wahrheit ist, diese Koalition ist damit gestartet, dass Sie Ihnen, ihrer Chefin, ganz am Anfang sehr deutlich Ihre Grenzen aufgezeigt hat und dass es keine Liebesheirat war; was da seinen Ausdruck gefunden hat, hat wohl jeder gewusst oder zumindest geahnt. Dass die Scheidungsurkunde aber quasi gleich am Traualtar mit überreicht wird, offenbart einen Mangel an Gemeinsamkeit, der aus Ihrem Zweckbündnis tatsächlich nicht mehr als eine reine Notgemeinschaft macht. Um im Bild zu bleiben: Dass wir bei dieser Heirat sozusagen als aktive Trauzeugen beige sprung sind, ist schlicht und ergreifend der Tatsache zuzuschreiben, dass die vielköpfige Kinderschar ansonsten einem Adoptivvater in die Hände gefallen wäre, aus dessen Familie bzw. aus der Gefangenschaft von dessen Familie sich die Kinder vor vielen Jahren mit einem erheblichen Risiko selbst befreit haben.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Um das an dieser Stelle im Klartext noch mal ganz deutlich zu sagen: Auch als Oppositionsfraktion se-

hen wir uns in der Verantwortung, demokratische Grundwerte zu schützen. Meiner Fraktion ist es deshalb überhaupt nicht schwergefallen, einen Regierungschef zu verhindern, dessen Wahl dem Land Thüringen auf lange Zeit und, wie wir finden, in nicht zu verantwortender Weise geschadet hätte. Deshalb war unsere Entscheidung im dritten Wahlgang leicht, folgerichtig und logisch.

(Beifall FDP)

Wir haben aber bei aller persönlichen Wertschätzung, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, nicht Sie persönlich gewählt. Wir haben auch nicht die CDU-Kandidatin gewählt, sondern wir haben einer demokratischen Ministerpräsidentin unsere Stimme gegeben, weil wir keine Steigbügelhalter sind und sein wollten für einen Ministerpräsidenten, in dessen Parteiprogramm noch immer das Ziel vom Systemwechsel steht und in dessen Fraktion auch 20 Jahre nach dem Mauerfall immer noch der Geist von Honecker, Mielke und der Stasi im wahrsten Wortsinne herumkuschelt.

(Beifall FDP)

Deshalb herzlichen Dank, sehr geehrter Herr Kollege Ramelow, dass Sie uns diese Entscheidung so leicht gemacht haben.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Bitte, war mir ein Vergnügen, ich habe
das durch meine Kandidatur ermöglicht.)

Auch gerne wieder. Meine sehr verehrten Damen und Herren, anderen Mitgliedern dieses Hohen Hauses schien diese Entscheidung durchaus nicht ganz so leichtzufallen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beispiel. Weil Kollegin Siegesmund hier auf die Gründungsgeschichte so explizit hingewiesen hat, möchte ich einige Worte dazu sagen. Sie wollten Rot-Rot. Sie haben mit Sozialdemokraten und Linkspartei sondiert. Herr Ramelow hat am 30.10. eine Stimme mehr erhalten als Abgeordnete seiner Fraktion im Plenum anwesend waren. Es gibt ein Wahlgeheimnis und niemand weiß es, aber es drängt sich die Frage auf, ob sich hier ein neuer grüner Kuschelweg andeutet. Die ganze Geschichte ist jedenfalls ein bemerkenswerter Bruch mit Ihrer eigenen Gründungsgeschichte.

(Beifall FDP)

Aus der Umweltbewegung der DDR, die dort nur unter dem Dach der Kirche existieren konnte, weil sie ansonsten staatlicher Verfolgung zum Opfer gefallen wäre, da kommen Sie her, daraus ist BÜNDNIS 90 entstanden, ein Bündnis gerade gegen sozialistische Herrschaft. Nun, 20 Jahre später, wol-

len Sie mit den uneinsichtigen Enkeln eben dieser Herrscher paktieren, deren Uneinsichtigkeit Ihnen auch noch bekannt ist. Sie sollten vielleicht darüber nachdenken, es Ihrem Nachbarn zur Linken gleich-tun und sich von Zeit zu Zeit umbenennen. Aktuell wäre „Bündnis 09/Die Roten“ vielleicht ein akzeptabler und praktikabler Vorschlag.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Dass die LDPD so eine Rede hält, ist un-
glaublich!)

Aller Anfang ist hingeeordnet auf Vollendung. Was also, Frau Ministerpräsidentin, wollten Sie uns angesichts dieses Anfangs mit diesen Worten denn nun sagen? Dass es nur besser werden kann? Das kann man ja in der Tat nur hoffen. Bevor ich nun vielleicht dann doch etwas tue, was Sie ja ausdrücklich nicht machen wollten, nämlich einige Punkte aus dem Koalitionsvertrag hier aufgreifen, möchte ich einige Gedanken, Herr Kollege Mohring, zu Ihrem Vorschlag zur Abschaffung der Immunität loswerden. Die Immunität ist ein Bollwerk. Die Verfassung ist genauso ein Bollwerk, nicht geschrieben für schönes Wetter. Bei schönem Wetter kann man gut spazieren gehen, bei schönem Wetter kann man sich gut draußen aufhalten und muss nicht befürchten, in irgendeiner Weise nass zu werden, schmutzig zu werden oder sonst irgendwas. Diese Dinge gibt es für schlechtes Wetter. Wenn es in diesem Haus Menschen gibt, die irgendwann rote oder braune Brigaden vor die Tür stellen wollen, um die Eintretenden auszusortieren, dann ist es wichtig, die Immunität zu haben, dass wir nicht daran gehindert werden, hier die Plenarsitzungen abzuhalten, an Abstimmungen teilzunehmen. Dann, Herr Kollege Mohring, werden wir, wenn dieser Tag kommen sollte, was wir alle nicht hoffen, die einmal abgeschaffte Immunität ganz bestimmt nicht wieder eingerichtet bekommen.

(Beifall SPD)

Deswegen ist es richtig, dass wir die Immunität regelmäßig aufheben, wenn die Staatsanwaltschaft darum bittet, um genau deutlich zu machen, dass es uns nicht darum geht, Abgeordnete vor berechtigter Strafverfolgung zu schützen. Die Immunität ist dazu da, sie vor unberechtigter Strafverfolgung, vor Strafverfolgung aufgrund unbewiesener Tatsachen zu schützen. Dabei sollten wir es lassen, weil dieser Weg ein ausgewogener ist, hinter dem wir uns, glaube ich, auch weiterhin alle versammeln sollten.

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Koalitionsvertrag - das haben einige Vorredner schon

gesagt - ist in der Tat vor allem eines, er ist Prosa. Er ist ein Muster an Beliebigkeit und Unbestimmtheit. Die einzig wirklich zählbaren Dinge, die enthalten sind, sind Leitbilder, Beauftragte, Landesprogramme, konzertierte Aktionen, Zukunftsatlanten, Räte, Kataster, Pläne, Konzepte, Strategien, Kompetenzzentren und Agenturen. Insgesamt, wenn ich mich nicht verzählt habe, sind es 30 solcher sensationeller Vorhaben. Da soll es einen Wirtschafts- und Innovationsrat geben - das klingt ja verheißungsvoll, irgendwie nach Zukunft und nach Fortschritt, nach einer intelligenten Verknüpfung von Unternehmen mit Wissenschaft und Forschung. Die Frage ist aber: Wozu braucht man so etwas in einem Land, welches sich selbst als Denkfabrik versteht und bezeichnet, in einem Land, in dem es eine Stiftung gibt, Runde Tische, Workshops und viele andere Dinge mehr, die sich mit genau derselben Aufgabe, mit der Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft, bereits beschäftigen? Wozu? Ein Blick auf den Ressortzuschnitt vermag vielleicht etwas Licht ins Dunkel zu bringen. Wirtschaftsministerium? SPD. Wissenschaftsministerium? Auch SPD. Nun drängt sich die Frage auf: Wie kann es denn der CDU gelingen, trotz dieser Besetzung in diesem Bereich zu punkten? Ist also - und das ist die Frage - der Wirtschafts- und Innovationsrat nur ein machttaktisches Ausgleichsgewicht, damit die CDU Einfluss in diesen Bereichen behält? Oder ist es ein echtes Instrument zur sinnvollen Verknüpfung zwischen Unternehmen und Forschung? Und wenn dem so wäre, warum werden wissenschaftliche Einrichtungen allenfalls bei Bedarf hinzugezogen, wie es im Koalitionsvertrag wörtlich heißt? Liegt nicht gerade in der systematischen, also der permanenten Verknüpfung und Hinzuziehung von Unternehmen und dem Forschungswesen die Zukunft für die Thüringer Wirtschaft?

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Aber Sie sind doch selber dabei.)

Sie haben auch davon gesprochen, von dieser Verknüpfung, Frau Ministerpräsidentin. Die Frage ist: Wie finanzieren und organisieren denn unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen nun tatsächlich diese eigenständige Forschung und Entwicklung? Wo finden sie Partner für ihre Vorhaben im Bereich innovativer Umwelttechnik und erneuerbarer Energien, aber natürlich auch in vielen anderen Bereichen, wie zum Beispiel der medizinischen Forschung? Hier muss die Landesregierung ansetzen, hier, meine Damen und Herren, müssen Sie handeln, hier müssen Sie enge Kooperationen von Unternehmen, Hochschulen und Betrieben fördern, damit Wissen unmittelbar in Produktion, in praktische Produkte und Verfahren einfließt. Dazu brauchen wir kein neues Leitbild, dazu brauchen die Firmen vor allem eines, sie brauchen Sicherheit, damit ihre Innovationen nicht

morgen aus ideologischen Gründen verboten und ihre Investitionen damit vernichtet werden. Dazu brauchen junge Menschen die Gewissheit, dass ihr naturwissenschaftliches Studium von heute sie nicht in einem Deutschland von morgen zu ideologisch verbrämten Jüngern des Bösen macht und ihre Forschung kriminalisiert wird.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: In welchem Land leben Sie? Doch nicht in Thüringen.)

Dazu brauchen all diese Menschen die Gewissheit, dass nicht aus Gründen fehlenden politischen Willens endlos viel Geld in unwirtschaftliche Industrien subventioniert wird und dieses Geld beim Aufbau zukunftsweisender Wirtschaftszweige und Arbeitsplätze fehlt. Und, Herr Minister, weil Sie fragen, wo ich lebe: Ich kann Ihnen das ganz genau an einem Beispiel erklären. Da sind Sie gar nicht betroffen, da ist die CDU betroffen.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Wir sind eine Regierung, da bin ich auch betroffen.)

Es gibt aktuell zwei abgeschlossene Koalitionsverträge und in beiden spielt das Thema grüne Gentechnik eine Rolle. Im Thüringer Koalitionsvertrag ist klar vereinbart, grüne Gentechnik und entsprechende Versuche im Land nicht zuzulassen. Dieselbe Partei, dieselbe CDU hat auch mit Delegierten aus dem entsprechenden Bundesausschuss im Bundeskoalitionsvertrag das genaue Gegenteil davon vereinbart.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: In Bayern koalieren Sie mit der CSU, die das auch will.)

Deshalb stellt sich mir schon die Frage: Wie soll das denn weitergehen, wie lösen Sie diesen Konflikt, was bedeutet das für Thüringen? Wenn ich das konkret fragen darf, würde mich tatsächlich interessieren, wer von Ihnen an beiden Beschlüssen beteiligt gewesen ist.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben das Thema Abwanderung angesprochen, ein Thema, an dem die Landesregierung seit mindestens zehn Jahren immer wieder gescheitert ist. Gute und gut bezahlte Arbeitsplätze - davon haben Sie gesprochen, und es war in der Debatte hier auch schon mehrfach davon die Rede - entstehen aber nicht durch Willensbekundung, sondern die entstehen in Zukunftsbranchen. Die rot-grün-schwarze Welt von Gut und Böse und dass jeweils derjenige von Ihnen, der an der

Macht ist, bestimmt, was für Menschen gut ist und wovon sie bewahrt werden müssen, das ist für kreative Köpfe ungefähr so attraktiv wie eine Schüssel Tofu für einen Leopard. Kreative Menschen wollen Freiheit. Sie sind bereit, zu akzeptieren, dass es Grenzen gibt, dass verantwortungsvolle Forschung Grenzen gesetzt sind, aber sie fliehen naturgemäß vor ideologischer Kleinkariertheit. Deshalb fordere ich Sie auf, deshalb bitte ich Sie, machen Sie Thüringen zum Forschungsland in ethisch verantwortungsbewusster, aber von ideologischen Fesseln befreiter Politik, dann ist unser Land für Zukunftsbranchen attraktiv und dann hat unser Land eine Zukunft, weil junge Menschen hier eine Zukunft haben.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Vor allen Dingen bei der FDP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es hat in der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin fast eine halbe Stunde gedauert, bis das Wort „Wirtschaft“, bis das Wort „kleine und mittelständische Unternehmen“ überhaupt das erste Mal gefallen ist. Dafür, dass Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern 90 Prozent der Unternehmen in Thüringen ausmachen, dafür, dass diese Unternehmen den überwiegenden Teil der Arbeitsplätze in unserem Land sichern, den größten Teil der Ausbildungsleistungen erbringen und übrigens auch den größten Teil der Steuern bezahlen, die Sie in Ihrer Koalition ausgeben wollen und, wie ich annehme, auch ausgeben werden, finde ich das ein bemerkenswertes Setzen von Prioritäten. Sie stellen sich mit dieser Fehleinschätzung, Frau Ministerpräsidentin, ganz unnötigerweise in eine Reihe mit insbesondere Ihrem Wirtschaftsminister, den wir gemeinsam auf einer großen Veranstaltung des Thüringer Mittelstandes am vergangenen Wochenende vermisst haben. Dort wurde der versammelte Thüringer Mittelstand von dem neu gewählten Wirtschaftsminister mit Missachtung gestraft - ein besonders trauriges Kapitel, wie ich finde. Mich würde schon interessieren, welche Botschaft Sie, Herr Minister, dem Mittelstand damit senden wollen.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Ihre Rede hat gerade den Höhepunkt erreicht.)

Was ist der Inhalt, was der Schwerpunkt Ihrer Wirtschaftspolitik? Es freut mich, dass Ihnen meine Rede so gut gefällt, Herr Minister.

(Heiterkeit FDP)

Auf der einen Seite wollen Sie kleine und mittelständische Firmen unterstützen, aber auf der anderen Seite haben Sie angekündigt, Steuererleichterungen, die dem unternehmerischen Mittelstand sofort helfen würden, ihm sofort mehr Luft und mehr Liquidität verschaffen, Ihre Stimme zu verweigern. Wenn Ihnen der kleine Handwerker und Unternehmer tatsächlich am Herzen liegt, dann stimmen Sie den Vorschlägen zu, die letzte Woche im Bund zum Thema Reform der Erbschaftsteuer und der Unternehmensteuer vorgelegt worden sind.

(Unruhe SPD)

Das wollen Sie nicht tun, wenn ich es recht verstanden habe. Was machen Sie stattdessen? Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an die Tarifbindung der Unternehmen zu knüpfen.

(Beifall SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine Benachteiligung, das ist das faktische Aus für viele kleine Handwerker, die sich an öffentlichen Aufträgen beteiligen wollen. Gerade der Ein- oder Zweimannbetrieb, der sich an solchen Ausschreibungen beteiligt, wird so systematisch benachteiligt. Gerade der selbstständige Handwerker achtet darauf, dass sein Betrieb läuft, dass Aufträge hereinkommen, dass er investieren kann. Das sind die Eckwerte, an denen er seine Kalkulation festmacht. Fragen Sie doch mal, welcher Selbstständige sich selbst tatsächlich einen Tariflohn zahlen kann am Ende des Tages, dann werden Sie merken, dass ich mit meiner Einschätzung recht habe.

(Beifall FDP)

Und weil wir gerade bei den Löhnen sind, liebe Kollegen von der CDU, ich bin entsetzt. Ich bin entsetzt, wie sehr Sie sich in Sachen gesetzlicher flächendeckender Mindestlohn von der SPD haben einwickeln lassen. Im Thüringer Koalitionsvertrag ist zu lesen, CDU und SPD wollen den Anteil derjenigen Branchen und Arbeitnehmer, für die ein Mindestlohn gilt, ausbauen. Im Koalitionsvertrag, den Sie mit uns, mit der FDP auf Bundesebene, ausgehandelt haben, steht dagegen geschrieben, einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn lehnen wir ab. Was denn nun? Was gilt?

(Beifall FDP)

Sie sollten sich noch einmal vor Augen führen - mit der linken Seite dieses Hauses versuche ich das gar nicht mehr, aber vielleicht führen Sie sich noch einmal vor Augen, liebe Kollegen von der CDU -, was ein Mindestlohn tatsächlich bedeutet. Ganz abge-

sehen davon, dass es eine Aushebelung der Tarifautonomie ist - das wäre vielleicht ein Punkt, über den die Kollegen der SPD noch mal nachdenken sollten - und wir eine ausladende Kontrollbürokratie bekommen, führt ein Mindestlohn zwangsläufig zu mehr irregulärer, zu schwarzer Beschäftigung. Gerade im Niedriglohnsektor wird die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse, für die keine Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden, anwachsen. Deshalb sind gesetzliche Mindestlöhne schlicht der falsche Weg, um Lohndumping zu verhindern. Wir müssen den Menschen als Perspektive auf dem Weg in den ersten Arbeitsmarkt auch die Möglichkeit geben, über einen niedrig entlohnten, aber sozialversicherungspflichtigen Weg zu gehen. Dazu muss die Grenze für sozialversicherungsfreie Minijobs erhöht werden, so wie wir es im Bund übrigens auch vereinbart haben. Auch die Zuverdienstregelungen müssen übrigens so neu justiert werden, dass es sich lohnt, früh aus dem Haus zu gehen. Weil das hier schon gelegentlich angesprochen wurde: Das ist genau der Grund, weshalb wir dafür stehen, Steuern zu senken, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das Steuersystem zu vereinfachen.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE:
Das funktioniert seit 30 Jahren nicht mehr!)

Wir wollen, dass mehr Menschen steuerpflichtige Arbeit bekommen, und wir wollen, dass Arbeiten gehen sich lohnt und von den Menschen als lohnend begriffen wird. Das weiß auch die CDU und hat es deshalb auf Bundesebene im Koalitionsvertrag vereinbart. Aber auch hier erhebt sich wieder die Frage: Was gilt denn nun?

Übrigens, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, bis vor 20 Jahren galt auch in den Bezirken Gera, Suhl und Erfurt ein Maximalsteuersatz von 90 Prozent bei einem betrieblichen Jahreseinkommen von über 500.000 Mark. Leistung wurde in der DDR bestraft. Im Jahr 1989 gab es schließlich niemanden mehr, der diesen Spitzensteuersatz bezahlen musste, weil es einfach niemanden mehr gab, der so viel verdient hat. Deswegen ist die Politik, die Steuern zu erhöhen und immer mehr Steuern zu erheben, die falsche. Hohe Steuern als Rettung für die Staatsfinanzen funktionieren nicht.

(Beifall FDP)

Es gab bestimmt eine ganze Menge Gründe für den Untergang der DDR. Staatlicher Reichtum hat dabei ganz bestimmt aber keine Rolle gespielt. Deshalb, Frau Ministerpräsidentin, haben Sie recht, wenn Sie sagen, es gäbe beim staatlichen Handeln kei-

ne Herrschaft der Wirtschaft. Das ist richtig. Es gibt aber eine Kausalität, bei der das Erwirtschaften vor dem Ausgeben kommt. Das ist viel zu lange vernachlässigt worden, das gilt zu Hause genauso wie beim Staat und deshalb kämpft die FDP dafür. Deshalb sage auch ich hier deutlich, dass wir dafür stehen, dass Steuern gesenkt werden. Das ist kein Selbstzweck. Wir entlasten diejenigen, die Leistung bringen, wir entlasten die Mittelschicht, damit wir uns die vielen Dinge, die wir bezahlen wollen, überhaupt noch leisten können, damit es überhaupt noch jemanden gibt, der das Geld über Steuern zur Verfügung stellt.

(Beifall FDP)

Das ist keine Herrschaft, das ist kein Diktat, das ist schlichte Logik und Vernunft. Wenn Sie uns nun vorwerfen, wie betrieben Klientelpolitik, dann antworte ich, ja, genau das machen wir.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Partei der Besserverdienenden.)

(Heiterkeit DIE LINKE)

Unsere Klientel sind die ganz normalen Menschen da draußen, das sind ganz normale Familien, die arbeiten gehen wollen, die ihre Familien ernähren wollen, die morgens aufstehen, ihre Kinder zur Schule bringen oder in den Kindergarten und eben dann arbeiten gehen wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Für diese Menschen muss es sich lohnen. Wenn Sie diese Menschen bestrafen, dann lohnt es sich nicht mehr. Wenn es früh keinen Unterschied macht, ob sie liegen bleiben oder ob sie aufstehen,

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, DIE LINKE: Sie argumentieren gerade für den Mindestlohn.)

dann bleiben sie liegen, das ist ganz einfach, dann funktioniert aber das ganze Gemeinwesen nicht mehr.

(Beifall FDP)

In die Reihe dieser Maßnahmen gehört auch das, was im Bundeskabinett vereinbart ist, nämlich die Erhöhung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags. Das ist ein klares Bekenntnis zu den Familien in unserem Land, das ist ein klares Bekenntnis für die arbeitenden Familien in unserem Land. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, und Sie, Frau Ministerpräsidentin, im Bundesrat gegen diese - wie Sie ja angekündigt haben - Maßnahmen stimmen, dann zeigt das doch deutlich, dass es zwischen den netten Worten im Koali-

tionsvertrag und der Realität eine Lücke gibt, die Sie erklären müssen.

(Beifall FDP)

Das zeigt dann, welchen Stellenwert Sie tatsächlich der Unterstützung der Menschen und der Familien beimessen, die in unserem Land den Karren ziehen. Sie können in diesen Menschen nicht nur den Esel sehen, der den Karren zieht, und ihnen immer nur eine Möhre vor die Nase halten, damit die dann ewig laufen. Ich prophezeie Ihnen: Das geht auf Dauer nicht gut. Lassen Sie sich das ökonomische Schicksal der DDR an dieser Stelle eine Warnung sein.

(Beifall FDP)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Zukunft schreibt sich Kinder, hat die Ministerpräsidentin gesagt, ein schönes Bild verbal, vielleicht etwas sperrig. „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“, das war ein Slogan, den wir mal verwendet haben für im Kern dieselbe Erkenntnis. Kindern muss unsere ungeteilte Aufmerksamkeit gelten in jeder Phase und in jeder Facette ihrer Entwicklung. Vieles von dem, was Sie gesagt haben, Frau Ministerpräsidentin, findet an dieser Stelle unsere ausdrückliche Zustimmung: Kinderschutz, bestmögliche Entwicklungschancen, bestmögliche Bildung unabhängig von der sozialen Herkunft, Bildung auch als wesentliche Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Das sind Auffassungen, das sind Ziele, die gar keine andere Auffassung, gar keine abweichende Meinung zulassen.

Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass z.B. geplant ist, einen grundständigen Studiengang für frühkindliche Pädagogik einzurichten. Qualifiziertes Personal ist in den Einrichtungen dringend nötig. Die Ausbildung muss schnell beginnen, damit diese ausgebildeten Erzieherinnen dann auch möglichst schnell zur Verfügung stehen. Qualifiziertes Personal brauchen wir auch an unseren Schulen.

Sie wollen ein Leitbild für das pädagogische Personal erstellen, lese ich in Ihrem Koalitionsvertrag. Was soll denn da drinstehen? Kompetenzen und Anforderungen an das pädagogische Personal. Wonach richten die sich denn jetzt? Wann soll das Leitbild fertig sein? Wann haben wir die ersten Erzieher, die diesem Leitbild entsprechend ausgebildet sind, tatsächlich auch auf dem Arbeitsmarkt verfügbar?

Sie sprachen von 2.500 Lehrern, die dem Freistaat aufgrund der demographischen Struktur der Lehrerschaft bis 2015 fehlen werden. Auch diese Lücke müssen wir schnell schließen, denn die entsteht nicht erst 2015, sondern, wie es im Koalitionsver-

trag, wie ich finde, richtig geschrieben ist, bis 2015 gibt es einen permanenten Ersatzbedarf von 2.500 Lehrern. Hier ist ein Punkt, dass die Finanzierung für mich völlig unklar ist. Vielleicht ist damit erklärt, dass die Ziellinie 2015 nach dem Ende dieser Koalition liegt.

Sie haben die Schulen in freier Trägerschaft angesprochen. Sie wollen diese Schulen auch künftig angemessen finanziell ausstatten, wie Sie es formuliert haben. Das wirft für mich die Frage auf: Was ist denn angemessen? Warum sind Schüler an diesen Schulen dem Staat nicht genauso viel wert wie Schüler an staatlichen Schulen? Ich fordere Sie auf, diese Ungleichbehandlung zu beenden, denn die Kinder sind es, um die es geht. Egal, auf welche Schule sie gehen, wo sie lernen, alle Kinder müssen gleich viel wert sein und alle Kinder verdienen deshalb die gleiche Unterstützung seitens des Landes.

(Beifall FDP)

Das Land, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss im Landeshaushalt ein klares Bekenntnis auch für eine langfristig gute Bildungsqualität schaffen, das haben Sie gesagt. Die Landesregierung muss aber auch klarmachen, in welchen Ressorts im Gegenzug eingespart werden muss. Das sind Sie, wie vieles andere leider auch, schuldig geblieben.

Ich will Ihnen jetzt nicht nacheifern und für jede einzelne Interessengruppe und jedes einzelne mehr oder weniger wichtige Einzelthema noch zwei Zeilen verwenden. Ich entschuldige mich deshalb summarisch bei allen Interessenverbänden und Interessenvertretern, die ich jetzt vergessen habe. Aber Wirtschaft und Bildung sind die Säulen, auf denen unsere Gesellschaft steht, deshalb muss diesen beiden Themen die prioritäre Aufmerksamkeit gelten. Wenn diese beiden Bereiche funktionieren, dann können wir uns in allen anderen Bereichen auch viel Wünschenswertes leisten. Erreichen wir das nicht, bleibt eine sorgenarme Zukunft Utopie.

Sie haben gesagt, Frau Ministerpräsidentin, wir können nicht alles haben, wir können uns nicht alles leisten. Das hat die meisten von uns hier im Saal und die meisten der Zuschauer und Zuhörer im Land bestimmt nicht überrascht, das haben die meisten längst geahnt. Was Sie nicht gesagt haben, ist, was können wir denn haben, was können wir uns denn im Gegenzug nicht leisten. Das hätte uns im Saal und das hätte die Menschen an den Empfangsgeräten draußen bestimmt auch sehr interessiert.

Sie haben gesagt, Aufgabe Ihrer Regierungserklärung ist es nicht, den Koalitionsvertrag zu referieren. Das fand ich richtig. Dass Sie uns allerdings die ganze Prosa des Koalitionsvertrags lediglich in ein

anderes Versmaß übersetzt haben, das fand ich dann doch ein wenig enttäuschend. Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bevor ich die nächsten Rednerinnen und Redner aufrufe, möchte ich darüber informieren, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer eine Vereinbarung getroffen haben, dass wir jetzt nicht in die Mittagspause gehen, sondern die Aussprache zur Regierungserklärung beenden. Danach gibt es eine halbstündige Mittagspause und danach folgen wir dem Ablauf, den wir heute Morgen besprochen haben, so dass wir also nach dieser Mittagspause die Tagesordnungspunkte Wahlen, dann 13 und 14 aufnehmen und eigentlich um 17.00 Uhr den letzten Aufruf haben. Das ist dann so eine kreative Aufgabenteilung auch an die Parlamentarischen Geschäftsführer, das alles unter einen Hut zu bringen.

Es gibt im Moment zwei Redeanmeldungen, eine ist von Frau Astrid Rothe-Beinlich und eine von Herrn Minister Matschie. Den Herrn Minister müsste ich eigentlich zuerst drannehmen laut unserer Geschäftsordnung, es sei denn, er sagt, er lässt den Abgeordneten den Vortritt.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich würde
Herrn Matschie gern vorher hören.)

Herr Matschie folgt diesem Wunsch. Ich rufe Herrn Minister Matschie auf.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Diesem charmanten Wunsch kann ich mich gar nicht entziehen, will ich auch nicht, sondern möchte hier gern einiges deutlich machen. Die Koalition, für die die Ministerpräsidentin die Regierungserklärung heute vorgetragen hat, ist eine Koalition der neuen Wege, das ist eine Koalition, die die Zukunft fest im Blick hat. Wir jammern nicht über das, was noch nicht so gut ist, sondern wir werden gemeinsam anpacken, damit es besser werden kann. Mir ist auch nicht entgangen, dass einige mit dieser Koalition noch so ihre Probleme haben. Herr Ramelow, Herr Barth, sehen Sie es mir nach, aber Ihre beiden Reden hatten immer noch etwas von einem verschmähten Freier, der doch auch gern die Braut gehabt hätte. Ich glaube, Sie sollten sich alle beide auf die Rolle einstellen, die Sie für die nächsten fünf Jahre hier im Parlament haben, und diese Rolle gut ausfüllen, dann ist allen gedient.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das ist unser aller Klientel, sollte es wenigstens sein.)

(Beifall CDU)

Aber es hat sich so angehört, als wären Sie es gern.

Ich will ein Zweites dazu sagen bei der Debatte um die Koalitionen: Eines ist doch völlig klar, es kann keine Koalitionen aus Prinzip geben, es kann aber auch keine Koalitionen aus Prinzip nicht geben, sondern Koalitionen, so ist das in der Demokratie, die entstehen dann, wenn es ausreichend inhaltliche Gemeinsamkeit gibt, wenn es den gemeinsamen Willen gibt, das auch politisch auf den Weg zu bringen, und wenn es Partner gibt, die in der Lage sind, das gemeinsam anzupacken. Alle Voraussetzungen, die ich eben genannt habe, sind in dieser Koalition gegeben. Eines, Herr Barth, gestatten Sie mir an dieser Stelle auch, Sie haben von Ihrer Klientel gesprochen, das sei das Volk da draußen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Leider sind die arbeitenden Familien ja nicht alle.)

Ja, in gewisser Weise schon. Aber, ich glaube, zur Ehrlichkeit im Parteiensystem und in der Demokratie gehört dazu, dass wir verstehen, dass keine Partei das ganze Volk vertritt, sondern dass jede Partei auch bestimmte Interessengruppen im Volk vertritt. Natürlich haben wir alle den Anspruch, ein möglichst breites Interessenspektrum zu vertreten, aber keiner sollte sich anmaßen, für alle zu reden, wenn wir hier als Parteien in der Demokratie agieren.

(Beifall SPD)

Die neue Koalition wird neue Wege gehen; das muss sie auch, denn wir müssen wichtige Fragen weiterdenken, die unsere Gesellschaft beschäftigen. Da ist es gut, wenn es auch einen neuen Stil gibt. Herr Ramelow, Sie haben den mehrfach eingefordert in Ihrer Rede. Leider haben Sie den alten Stil gepflegt. Sie haben

(Beifall CDU, SPD)

geklagt, Sie haben sich beschwert darüber, dass DIE LINKE nicht wirklich ernst genommen wird, dass sie stigmatisiert wird, dass sie an dieser oder jener Sache nicht beteiligt ist. Ich möchte hier wirklich für einen neuen Stil werben. Das heißt für mich, dass wir hier in diesem Parlament gemeinsam darüber diskutieren, wie diese neuen Wege gestaltet werden müssen. Ich möchte hier über Politik streiten. Ich möchte nicht darüber streiten, wer, wann, wo zu kurz gekommen ist, sondern ich möchte mit Ihnen allen

darüber diskutieren, wie wir in wichtigen Politikfeldern vorankommen. Ich will drei Felder, drei wichtige Fragen einmal exemplarisch benennen, die hier in der Debatte eine Rolle gespielt haben. Wir müssen in der Bildungspolitik weiter denken, auch wenn klar ist, dass Thüringen so schlecht im gesamtdeutschen Konzert nicht dasteht. Trotzdem gibt es Fragen, die wir beantworten müssen. Wie gehen wir denn mit Bildungschancen von Kindern um in einer Gesellschaft, in der die Spanne zwischen Arm und Reich wächst? Ich sage, diese Spanne wächst trotz auch aller politischen Anstrengungen, Gesellschaft zusammenzuhalten. Wie gehen wir damit um in der Bildungspolitik, um trotzdem möglichst vielen Kindern gute Bildungschancen zu erhalten? Wie gehen wir um mit Bildungspolitik in einer Gesellschaft, in der es weniger Kinder gibt und wo dieser Geburtenknick durch die Bildungsinstitutionen hindurchläuft? Wie beantworten wir die Strukturfragen, die damit entstehen? Wie gehen wir um mit der Bildungspolitik in einer Gesellschaft, in der es einen Teil gibt, der in dieser beschleunigten Gesellschaft Motor ist, international orientiert, mehrere Sprachen spricht, in der Welt unterwegs und in der es einen anderen Teil der Gesellschaft gibt, der sich kaum vor die Haustür traut, der sich sozial im Abseits fühlt, wo Menschen den Mut verloren haben? Wie bringen wir das bildungspolitisch zueinander? Wie organisieren wir Chancen in einer solchen Gesellschaft? Darüber möchte ich gern diskutieren. Wir bringen neue Schritte auf den Weg. Wir haben uns darüber verständigt, dass wir die frühkindliche Bildung ausbauen, weil das der erste Punkt ist, wo es um die Chancengleichheit geht, wenn Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien kommen. Deshalb hat sich die Koalition vorgenommen, ja, wir wollen das, was das Volksbegehren in den letzten Jahren entwickelt und gefordert hat, aufgreifen, wir wollen frühkindliche Bildung verbessern, wir wollen 2000 zusätzliche Erzieherinnen einstellen.

(Beifall SPD)

Nun ist auch jedem klar, dass wir die nicht sofort zur Verfügung haben, dass das kein einfacher Weg wird, aber wir müssen ihn zusammen anpacken. Wer da nur davor warnt, ja, das könnte ja jetzt sein, dass da nicht mehr ausreichend ausgebildete Fachkräfte in die Kindergärten kommen, das hilft doch nicht weiter, sondern lassen Sie uns doch gemeinsam darüber nachdenken, wie wir möglichst schnell möglichst gut qualifiziertes Personal in die Kindergärten bringen. Wir wissen auch, dass wir da unter Zeitdruck stehen. Wir haben uns vorgenommen, dass wir bis Ende Januar Klarheit in dieser Frage schaffen, denn wir wollen denjenigen, die da unterwegs waren im Volksbegehren, das klare Signal geben, ihr müsst jetzt nicht mit den Unterschriften starten, sondern das, was ihr wolltet, das nimmt die Politik auf, das

nimmt diese Regierungskoalition auf und sorgt dafür, dass wir die Bedingungen verbessern können.

(Beifall SPD)

Ich will auch etwas zur Schulpolitik sagen. Auch da geht es natürlich um die Frage, wie wir in einer so stark ausdifferenzierten Gesellschaft für Chancen für Kinder sorgen können. Deshalb haben wir über neue Schulmodelle diskutiert. Das betrifft die Reformpädagogik genauso wie das längere gemeinsame Lernen. Da ist hier von mehreren angesprochen worden, Frau Siegesmund hat es z.B. gesagt, die SPD macht ja gar nicht ernst mit dem, was sie über längeres gemeinsames Lernen eigentlich gesagt hat vor der Wahl in ihrem Wahlprogramm. Nein, wir haben in unserem Wahlprogramm gesagt, wir wollen die Thüringer Gemeinschaftsschule als Angebot im Schulgesetz verankern und wir wollen, dass vor Ort die Schulträger gemeinsam mit Eltern und mit Lehrern die Entscheidung treffen, wo eine solche Gemeinschaftsschule eingerichtet wird. Wir haben das nicht gesagt, weil wir uns nicht zutrauen, dass man das auch alles ganz anders machen könnte. Wir haben das deshalb gesagt, weil ein Top-Down-Ansatz in der Schulentwicklung überhaupt nicht hilft.

(Beifall SPD)

Es ist eine irrije Vorstellung, dass wir in Erfurt auf den Knopf drücken und dass dann am Ende der Taktstraße lauter neue Gemeinschaftsschulen herauskommen. Es ist ein Irrtum. Deshalb sagen wir, man muss sich vor Ort auf den Weg machen und eine neue Schule wollen. Wir schaffen dafür die rechtlichen Rahmenbedingungen und vor Ort muss die Debatte stattfinden, welche Schulen wollen sich auf den Weg machen? Mit welchen Konzepten soll das geschehen? Wie viel Reformpädagogik soll da zusätzlich drinstecken? Wie bauen wir die Ganztagsangebote aus? Wie beziehen wir diejenigen, die außerhalb von Schule stehen, mit ein in die Schulentwicklung? Wie öffnen wir Schule und Jugendarbeit zueinander? Lauter spannende Fragen, die nicht vom grünen Tisch aus entschieden werden, sondern die vor Ort diskutiert und entschieden werden. Deshalb sage ich, wir haben mit voller Überzeugung das in den Koalitionsvertrag geschrieben, was dort drinsteht. Wir wollen gemeinsam neue Schule auf den Weg bringen mit Entscheidung vor Ort.

(Beifall SPD)

Wir sind uns auch einig, dass die Hochschulentwicklung weitergehen muss. Ich bin gestern hier in Erfurt gewesen in der Hochschule und habe mich dort der Diskussion mit den Studierenden gestellt.

(Beifall SPD)

Ich habe deutlich gemacht, erstens, ich sehe diese Protestaktion als wichtiges Signal, dass das Bildungssystem besser werden muss, als es heute ist. Ich habe aber auch deutlich gemacht, es wird nicht jeder Wunsch, der dort vorgetragen wird, am Ende auch realisiert werden können. Aber einige Dinge sind mir schon wichtig dabei, die will ich hier auch noch einmal deutlich machen. Das haben wir auch nicht erst diskutiert, als die Studierenden die Hörsäle besetzt haben, sondern das haben wir schon im Rahmen unserer Koalitionsvereinbarung diskutiert, nämlich dass wir sagen, wir wollen keine finanziellen Hürden für das Studium. Deshalb ist klar, auch in Zukunft wird es in Thüringen keine Studiengebühren geben und der Verwaltungskostenbeitrag wird abgeschafft für das nächste Semester.

(Beifall SPD)

Wir haben uns vereinbart, das System aus Bachelor und Master noch mal genau anzuschauen, weil wir auch wissen aus vielen Gesprächen, und zwar unabhängig von Parteizugehörigkeiten, wir haben zu viele Bachelor-Studiengänge, bei denen ist im Wesentlichen Folgendes passiert: Da sind ursprünglich längere Studiengänge einfach zeitlich zusammengepresst worden, ohne dass man die wirklich neu konzipiert hat. Das führt natürlich dazu, dass Studierende uns sagen, wie sollen wir denn da durchkommen durch ein so zusammengepresstes verschulstes Studium? Wo ist denn die Freiheit der Studierenden, auch über den Tellerrand hinauszuschauen in einem solchen Studium, und wo ist möglicherweise auch der Platz, denn das gehört ja auch zur Alltagswirklichkeit von Studierenden dazu, sich noch ein paar Euro dazuzuverdienen, damit man das Studium finanzieren kann. Deshalb haben wir gesagt, wir wollen uns das anschauen. Wir wollen das evaluieren gemeinsam mit den Hochschulleitungen und den Studierenden und dafür sorgen, dass Studiengänge entschlackt werden und dass da, wo die Stofffülle nicht zu begrenzen ist, auch Studiengänge verlängert werden. Dass ein Bachelor nur sechs Semester haben kann, das steht nirgendwo geschrieben, das kann auch anders sein.

(Beifall SPD)

Da, wo es anders sein muss, werden wir es auch in Zukunft anders machen.

Ich will ein Weiteres aufgreifen, was die Studierenden deutlich gemacht haben, sie haben nämlich gesagt: Wir wissen auch aus der Debatte der letzten Jahre, bessere Bildung erfordert sicher an der einen oder anderen Stelle neue Konzepte. Es ist nicht nur mehr Geld, sondern auch mehr Geist gefordert, aber an manchen Stellen wird es ohne zusätzlichen Mitteleinsatz auch nicht gehen. Deshalb haben wir

dort auch die Debatte geführt: Wie ist denn das eigentlich, wo kommt denn das Geld her? Eines sehe ich dabei mittlerweile als ziemliche Gefahr für unsere weiteren Investitionen in die Bildungspolitik an, das sind die Signale aus Berlin. Da steht insbesondere die FDP in der Verantwortung mit diesem massiven Druck auf Steuersenkungen, denn eines passiert doch dabei, diese Steuersenkungen, das sind Steuersenkungen auf Pump und es sind Steuersenkungen auf Kosten der Bildung. Etwas anderes ist es nicht und zu dieser Konsequenz müssten Sie auch stehen.

(Beifall SPD)

Deshalb hat sich diese Koalition vereinbart und hat gesagt, Steuersenkungen, die zulasten des Landeshaushalts gehen, die finden keine Zustimmung der Thüringer Landesregierung.

(Beifall SPD)

Nun will ich in dem Zusammenhang aber auch ein Wort sagen zu dem, was hier wieder von Bodo Ramelow gefordert worden ist in Bezug auf die kommunalen Beiträge, weil sich das auf der gleichen Ebene bewegt am Ende. Es ist ja schön, den Leuten zu versprechen, ihr müsst weniger bezahlen. Die FDP macht das bei den Steuern, DIE LINKE macht das bei den kommunalen Beiträgen. Der Effekt, lieber Bodo Ramelow, ist aber für den Landeshaushalt am Ende der gleiche, dass uns nämlich das Geld fehlt, was wir für die Bildung brauchen. Wer die kommunalen Beiträge abschaffen will, so wie Sie das vorschlagen, der muss Hunderte von Millionen zusätzlich im Landeshaushalt aufbringen. Das ist die schlichte Wahrheit, an der Sie sich in jeder Debatte versuchen vorbeizumogeln.

(Beifall CDU, SPD)

(Zwischenruf Abg. Sojka, DIE LINKE:
Wieso denn das?)

Deshalb sage ich auch genauso: Ihr Versprechen von Beitragsabschaffung, das bedeutet am Ende nichts anderes als das Schleifen von Bildungsstandards hier in Thüringen. Deshalb ist es falsch, was Sie dort fordern.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Ich erkläre Ihnen die Probleme der Abwasserzweckverbände, das wäre dann echte Bildung.)

Herr Ramelow, Sie kennen vielleicht - wenn nicht, dann beschäftigen Sie sich bitte damit - die Urteile des Landesverfassungsgerichts in Thüringen. Wenn das Land Thüringen den Kommunen Auflagen in die-

sem Bereich macht, auf Beitragseinnahmen zu verzichten, dann ist das Land in der Pflicht, den Kommunen dieses auszugleichen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Richtig, das habt ihr nicht einmal aufgenommen.)

Das führt heute schon zu enormen Lasten für die Zukunft des Landeshaushalts. Aber wenn Sie zu den Lasten, die wir ohnehin schon haben - zu denen steht die SPD kritisch, das wissen Sie -, neue Lasten obendrauf legen wollen und gleichzeitig mehr Geld für die Bildung versprechen, dann sage ich Ihnen, das wird nicht aufgehen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE:
Wenn man es so dilettantisch macht wie die CDU, dann stimmt es.)

Auch DIE LINKE muss sich finanzpolitisch ehrlich machen, sonst kommt sie nicht weiter.

(Beifall CDU, SPD)

Ich will einen zweiten großen Bereich aufgreifen, wo ich sage, lassen Sie uns über neue Wege diskutieren, die notwendig sind; das ist der ganze Bereich Arbeit und Wirtschaft. Diese Koalition hat sich vorgenommen, neben dem, was erreicht worden ist in den letzten Jahren - da sage ich ausdrücklich noch mal, das ist ja nicht wenig, wenn man sich die letzten 20 Jahre anschaut, was an wirtschaftlichem Aufbau auch in diesem Land vorangekommen ist -, den Blick von Wirtschaftspolitik stärker als in der Vergangenheit auf die Beschäftigten selbst zu richten, auf ihre Qualifikationen, auf ihre Fähigkeiten, aber auch auf ihre Bezahlung. Beides gehört dazu, wenn wir Wirtschaft dynamisieren wollen, wenn wir dafür sorgen wollen, dass wir für das Wachstum, was wir in den nächsten Jahren brauchen, auch die notwendigen Fachkräfte haben. Deshalb haben wir aufgenommen, dass wir Fachkräftesicherung ins Zentrum stellen wollen. Deshalb haben wir darüber diskutiert, wie wir die Lohnsituation verbessern wollen. Das steht im Koalitionsvertrag drin. Wir wollen in einer gemeinsamen Initiative mit Arbeitgebern, mit Gewerkschaften dazu beitragen, dass die Tarifbindung in Thüringen steigt. Ja, wir wollen auch bei öffentlichen Aufträgen dafür sorgen, dass möglichst Tariflöhne gezahlt werden, weil wir überzeugt davon sind, dass nur dort, wo ein gutes Lohnniveau herrscht, auch attraktive Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer da sind. Wir können doch nicht zusehen, wie die Leute reihenweise Thüringen den Rücken kehren, weil woanders besser bezahlt wird. Wir müssen auch hier zusätzlich etwas tun.

(Beifall CDU, SPD)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Nicht dafür sorgen, es zur Bedingung machen.)

Wir sagen auch, wir wollen Arbeit und Wirtschaft stärker mit Blick auf künftige Generationen betrachten. Die Ministerpräsidentin hat das Stichwort dazu hier in der Debatte gesagt; grüner Motor werden, heute darüber nachdenken, welche Technologien wir morgen und übermorgen brauchen, und dafür zu sorgen, das diejenigen, die jetzt Kinder sind, oder diejenigen, die zukünftig geboren werden, eine bewohnbare Erde vorfinden. Das ist keine kleine Aufgabe, die da vor uns liegt, aber eine, an der sich auch ein kleines Bundesland wie Thüringen beteiligen muss. Das ist eine Frage, die wir ohne Zweifel stärker in den Blick nehmen müssen als in den letzten Jahren. Ich bin gespannt auf die Ideen, die aus diesem Hause dazu kommen, wie wir das anpacken, wie wir gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Wirtschaft lernt, weniger Ressourcen und Energien zu verbrauchen, dass wir es lernen, stärker erneuerbare Energien einzusetzen, als uns das bisher gelungen ist, um auch als Industrienation Vorbild zu sein für andere Länder. Es ist viel von der Globalisierung die Rede. Eine Schattenseite dieser Globalisierung ist ein Wirtschaftswachstum in großen Schwellenländern, was zu erheblichen Teilen auf Kosten von Umwelt und Ressourcen geht. Und wer, wenn nicht die hoch entwickelten Industriestaaten, ist denn in der Lage, neue Wege zu zeigen, voranzugehen, die Technologien heute zu entwickeln, die wir morgen und übermorgen brauchen, die neuen Produkte zu entwerfen, die mit weniger Material und weniger Energie auskommen? Deshalb sagen wir, wir wollen hier in Thüringen Teil dieser neuen Wirtschaftspolitik sein. Wir wollen hier etwas bewegen. Wir wollen unseren Unternehmen helfen, auf diesem Weg voranzukommen. Wir wollen grüner Motor in Deutschland und in Europa sein.

(Beifall CDU, SPD)

Ich will zum Schluss noch eine Frage aufgreifen, die mich immer besonders beschäftigt hat. Wie kann man eigentlich den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft organisieren?

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE:
Mit Hartz IV offensichtlich.)

Auch das ist eine Frage, die drängender wird, eine Frage, bei der wir nach neuen Wegen suchen müssen. Ich weiß auch, dass in den vergangenen Jahrzehnten Antworten gefunden worden sind auf die Frage. Auch die SPD hat zu diesen Antworten beigetragen.

(Zwischenruf Abg. Sojka, DIE LINKE:
Eben nicht.)

Aber nicht alle Antworten, die wir gefunden haben, auch nicht alle Antworten, die die SPD damals gefunden und gegeben hat, reichen heute noch aus. Wir werden weiterdenken müssen. Wie geht das in einer Gesellschaft, die stärker als jemals zuvor in einem internationalen Wettbewerbsdruck steht, wo Arbeitsplätze, die heute hier eingerichtet werden, oft morgen und übermorgen schon wieder weiter gewandert sind? Wie geht das in einer Gesellschaft, in der die sozialen Voraussetzungen immer unterschiedlicher werden - ich habe das vorhin angeschnitten, ein Teil der Gesellschaft, der mit großer Geschwindigkeit Entwicklung vorantreibt, international verankert ist, und ein Teil der Gesellschaft, der aufgegeben hat, der sich zurückgelassen fühlt -, wie geht das? Wie bringen wir das in einer Gesellschaft zueinander, ohne dass die Fliehkräfte zu groß werden? Wie finanzieren wir solche Fragen in Zukunft? Mir ist auch klar, dass wir noch nicht alle Antworten darauf im Koalitionsvertrag geben. Ein wichtiges Thema ist dabei Kinderarmut, weil hier Chancen verteilt werden. Wir haben uns vorgenommen, hier weitere Schritte zu gehen bei der Bekämpfung von Kinderarmut. Anfänge sollen gemacht werden mit einem Sozialfonds, der dafür sorgt, dass auch Kinder aus Familien, wo das mit dem Essengeld schwierig ist, ein warmes Mittagessen in Kindergärten und Schulen bekommen. Natürlich kann man das denunzieren als Armenspeise, das ist eine leichte Übung, und man kann fordern, das muss für alle und sofort zur Verfügung stehen. Ich wünsche mir auch, dass wir es hinbekommen, dass das Mittagessen irgendwann natürlicher Bestandteil von Kindergarten und Schule ist, ohne dass dafür zusätzliche Kosten für die Eltern anfallen. Das ist auch meine langfristige Vision. Aber das heißt doch nicht, dass wir uns nicht heute auf den Weg machen mit den ersten Schritten, die jetzt möglich sind, die wir jetzt finanzieren können. Deshalb werbe ich dafür, dass wir ernsthaft die Debatte miteinander führen, wie wir Schritt für Schritt vorankommen bei der wichtigen Aufgabe, den sozialen Zusammenhalt in dieser Gesellschaft zu organisieren.

(Beifall CDU, SPD)

Dazu gehört auch der Unterschied, den wir nach wie vor in unserem Sozialsystem in Ost und West haben. Die größte Herausforderung ist dabei das Rentensystem. Wir haben das in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Beide Koalitionspartner wollen sich dafür einsetzen, die Rentenangleichung Ost/West voranzubringen in den nächsten Jahren. Das wird keine einfache Aufgabe sein. Die Koalition in Berlin hat dazu auch Aussagen gemacht. Aber auch da sage ich, es ist eine Aufgabe, die zusätzliches Geld erfordert in einer Situation, wo die gleiche Koalition, die diese Aussage in Berlin gemacht hat, auf einen erheblichen Teil an Einnahmen verzichten will. Ich bin gespannt, Herr Barth, wie das am Ende zueinander

dergeführt wird. Mindestens 6 Mrd. € sind notwendig, um die Rentenangleichung Ost/West zu machen. Jeder, der auch nur ein bisschen von Finanzpolitik versteht, der weiß, Steuersenkungen finanzieren sich zu einem Teil selbst, aber zu maximal einem Drittel. Das schwankt zwischen 20 und 30 Prozent etwa, der Selbstfinanzierungseffekt von Steuerreformen, der Rest ist Hoffnung im Moment, Hoffnung auf eine andere Wirtschaftsentwicklung. Nun soll man die Hoffnung nie aufgeben, aber in der Finanzpolitik ist Seriosität und Verlässlichkeit auch ein wichtiger Pfeiler. Deshalb sage ich noch einmal: Wir wollen dafür sorgen, dass bessere Bildung, dass Investitionen in die Zukunft in eine andere Art von Wirtschaft und dass Investitionen in den sozialen Zusammenhalt auch finanziert werden können. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Finanzen in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, diese neue Koalition ist für alle vielleicht noch gewöhnungsbedürftig. Wir haben uns vorgenommen, gut zusammenzuarbeiten als Koalitionsparteien, als Koalitionsfraktionen. Das wird nicht immer reibungslos gehen, das ist in keiner Koalition so, aber es soll von dem Willen geprägt sein, zusammen dieses Land weiterzubringen, voranzubringen, denn wir sind gemeinsam nicht uns selbst verpflichtet, sondern den Menschen, die hier in Thüringen leben. Daran wollen wir uns auch messen lassen. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsident Gentzel:

Das Wort hat Abgeordnete Astrid Rothe-Beinlich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, ich habe gerade gehört, das ist das erste Mal seit zehn Jahren, dass ein Herr Präsident in diesem Hause angesprochen wird,

(Beifall CDU)

sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das 3-Mädel-Haus ist gebrochen worden.)

Ob ich das gut finden muss, müssen wir jetzt nicht erörtern, in Ordnung, gut. Und Mädels sind wir, glaube ich, auch alle nicht mehr.

(Beifall DIE LINKE)

Die Große Koalition hat sich hier heute ausgesprochen energisch Mut zugesprochen. Dass dies nützt, wissen wir ja nicht erst seit der doch mehr oder minder verpatzten Wahl zur Ministerpräsidentin. Auffallend war jetzt auch zu beobachten, wie geklatscht wird in diesem Hohen Hause, je nachdem, wer redet. Weil wir gerade beim Umgang miteinander sind, möchte ich die Stilfrage gern noch einmal thematisieren. Es sind ja gerade erfreulich viele anwesend, das war heute nicht immer so. Ich glaube, dass ganz entscheidend zu dem Umgang, der hier immer wieder angesprochen wurde, der neu sein soll, auch gehört, dass wir uns tatsächlich alle gegenseitig mit Respekt zuhören, auch wenn uns was nicht passt - das geht mir auch öfters so, Herr Mohring, ich höre Ihnen trotzdem zu -, dass wir uns auf Augenhöhe begegnen und dass wir respektvoll miteinander umgehen.

20 Jahre nach der friedlichen Revolution und 15 Jahre, nachdem wir nicht mehr im Thüringer Landtag waren, sind wir hier wieder eingezogen. Sie können versichert sein, dass uns niemand an unsere eigene Geschichte erinnern muss, denn wir erinnern uns dieser tagtäglich. Ich selbst habe 1987 mein Engagement in einer kirchlichen Umweltgruppe begonnen und war die Jüngste in der Bürgerwache der ehemaligen Staatssicherheitszentrale, als diese besetzt gehalten wurde. Ich glaube, zum Erinnern für die Zukunft, damit wir alle daraus lernen und damit wir tatsächlich auch zusammenfinden - denn ich denke, das ist unsere Aufgabe hier in diesem Hohen Hause -, gehört, dass wir auch ehrlich sind im Umgang mit unserer eigenen Geschichte. Von etlichen wurde und wird die Geschichte hier auch immer wieder betont. Herr Barth, Sie geben mir heute den Anlass, einmal auf die Geschichte der FDP zu verweisen.

(Beifall DIE LINKE)

Die FDP hatte 40.000 Mitglieder dank der Integration der Blockparteien LDPD und NDPD - es sind heute wesentlich weniger -, der Ost-FDP und auch der Deutschen Forumspartei. Ich will gar nicht weiter auf Ihre Auslassungen von vorhin eingehen. Aber seien Sie versichert, zum respektvollen Umgang und zu einem ehrlichen Umgang miteinander, um nach vorn schauen zu können, auch um zukunftsfähig zu sein, gehört, dass wir ehrlich - und zwar alle - zu unserer eigenen Verantwortung stehen, dass wir auch zur Verantwortung der Blockparteien beispielsweise stehen und dass wir uns umfänglich dieser Thematik widmen, auch und gerade angesichts von 20 Jahren friedlicher Revolution.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Da möchte ich einen Punkt aufgreifen, der mir heute mehrfach aufgestoßen ist, und weil er immer wieder kam, möchte ich ihn auch ansprechen. Es ist gefährlich, wenn hier im Hohen Hause, wie es immer wieder heißt, von den Menschen da draußen und uns hier drinnen gesprochen wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte uns allen empfehlen - viele von Ihnen, von euch sind vor 20 Jahren auf die Straße gegangen mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ -, das sehr ernst zu nehmen, was Werner Schulz, wie ich finde, neulich eindrücklich in einer Rede gesagt hat, nämlich: „Wir waren nicht nur das Volk, sondern wir sind auch heute das Volk und wenn wir das Volk sind, gehört dazu, dass wir nicht nach ‚drinnen‘ und ‚draußen‘ unterscheiden, sondern dass wir vor allen Dingen auch rausgehen und dass wir niemals die Bodenhaftung verlieren.“ Das sage ich auch und gerade an die Reihen der FDP.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir Demokratie erfahrbar machen wollen und wenn wir dazu einladen wollen, wenn wir Menschen für Demokratie gewinnen wollen, wenn wir Mut machen wollen zu Teilhabe, zu politischem Engagement und wenn wir auch hier in diesem Hause beispielsweise von Minderheitenrechten reden, dann, glaube ich, müssen wir bei uns selber anfangen und müssen wir auch bei unserer eigenen Sprache anfangen, denn Sprache ist oft verräterisch. Und wer sich nicht mehr als Teil eines Ganzen selbst begreift, auch wir Abgeordneten sind Bürgerinnen und Bürger, der hebt schnell ab.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Wir brauchen keine Besinnungsreden.)

Ein bisschen Gesinnung kann, glaube ich, nicht schaden an mancher Stelle, Herr Barth.

Lassen Sie mich kurz noch eingehen auf die Thematik „Bildungspolitik im Koalitionsvertrag“ und natürlich auch auf die Ausführungen von Christoph Matschie heute hier als unser Minister in diesem Bereich. Ich habe sehr interessiert zur Kenntnis genommen, wie die Gemeinschaftsschule jetzt interpretiert wird, wie sie offenkundig kommen soll als eine Schule neben den anderen Schultypen im fest gegliederten Schulsystem. Mir hat noch niemand erklären können, wie der Übergang tatsächlich gewährleistet sein soll und wo das längere gemeinsame Lernen sich als Ziel für alle längerfristig - so habe ich es jedenfalls lange verstanden - tatsächlich wiederfindet. Aber ich sage ganz deutlich, wir bieten natürlich konstruktiv unsere Mitarbeit an, weil es uns darum geht, allen Kindern von Anfang an die Türen

zur Welt zu öffnen. Das beginnt schon mit der frühkindlichen Bildung, das setzt sich fort in der Schule, wo wir meinen, dass das längere gemeinsame Lernen allen zugute kommen sollte, und das braucht manchmal auch Mut zu Reformen im strukturellen Bereich. Ich habe große Sorge, wenn wir jetzt nur eine weitere Schulform neben vielen anderen etablieren, weil wir nicht den Mut haben, die notwendigen Reformen anzugehen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich will auch noch eingehen auf den Bildungsstreik. Ich habe ehrlich gewartet, Frau Ministerpräsidentin, dass Sie den Begriff zumindest erwähnen in Ihrer Regierungserklärung, das war leider nicht der Fall; Christoph Matschie hat es jetzt kurz angesprochen. Im Moment sind Räumlichkeiten auch in Thüringer Universitäten besetzt und wir solidarisieren uns ausdrücklich mit den Zielen, die diese jungen Menschen dort vertreten, weil sie für die Qualität der Lehre streiten, weil sie für andere Studienbedingungen streiten und weil es Ihnen um mehr geht als die Einheit von Prüfung und Lehre, wie wir sie gerade erleben, nämlich die tatsächlich gelebte Einheit von Lehre und Forschung, wie wir sie auch im humboldtschen Sinne verstehen. Ich glaube, wir sollten das sehr ernst nehmen und deswegen müssen wir auch solche Bewegungen - und das ist eine Bewegung, wenn Studierende aller Orten auf die Straßen gehen - sehr, sehr ernst nehmen. Das sage ich - das mit dem „auf die Straße gehen“ und „Bewegungen“ - auch noch in Anlehnung an eine andere Thematik, die mir am Herzen liegt. Es ist heute noch einmal erinnert worden an die 1. Plenarsitzung, auf der wir hier verabschiedet haben, dass wir uns gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stellen, dass wir gemeinsam für Demokratie, Welt-offenheit und Toleranz werben. Ich bitte dringend darum, wenn dieses Landesprogramm, was jetzt kommt, tatsächlich auf den Weg gebracht wird, dass dann auch die Begrifflichkeiten mit benannt werden. Denn auch da ist Sprache sehr wichtig. Ich warne vor einem Extremismuseinheitsbrei, auch wenn wir hier sicherlich alle uns einig sind, dass niemand Extremismus gutheißen kann. Aber Rechtsextremismus steht für die faschistische Ideologie und für die Fortsetzung eines Gräuels, das nicht vergleichbar ist mit anderen Dingen. Diese Unvergleichbarkeit sollten wir auch achten, auch und gerade aus unserer Geschichte. Da hoffe ich auch und gerade auf Sie, weil das Erinnern für die Zukunft von uns allen ausgehen muss und wir uns an dieser Stelle keine Grabenkämpfe und auch keine Parteistreitigkeiten leisten sollten. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Bodo Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Höhn ist wieder da, ich habe mir die Mühe gemacht, mir noch einmal Carlo Manzoni zu Gemüte zu führen und mich dann doch noch mal zu Wort zu melden. Der Koalitionsvertrag entspricht Carlo Manzoni, ich habe das noch einmal schnell geprüft, damit Sie auch keine Angst haben, ich habe ihn auch schnell noch mal gelesen, das geht ja sehr schnell. „Ideologie“, sagt Carlo Manzoni, „ist der Versuch, die Straßenbeschaffenheit zu ändern, indem man neue Wegweiser aufstellt.“ Ihr seid gerade dabei, so viele Floskeln aufzustellen, das entspricht dem neuen Straßenbelag.

(Beifall DIE LINKE)

Aber es gibt auch noch eine zweite Sentenz von Carlo Manzoni: „Opposition“ - und deswegen habe ich den tiefen Sinn von Carlo Manzoni in der Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden verstanden - „ist die Kunst, den Ast, auf dem die Regierung sitzt, so abzusägen, dass man selber darauf Platz nehmen kann.“ Das stimmt für die SPD.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE)

Das habe ich aber in meiner Erwiderung auf die Regierungserklärung deutlich gemacht, dass ich ja bewundere, wie man da kraftvoll Platz genommen hat. Ich habe es aber messen wollen an dem Politikwechsel und ich habe ein anderes Verständnis für Politikwechsel.

(Unruhe SPD)

Eine Bemerkung noch, liebe Astrid Rothe-Beinlich, Große Koalition, das hatten Sie gerade gesagt, können nur Große machen. Dies ist keine Große Koalition.

Nach dem Redebeitrag von Herrn Barth muss ich sagen, ich bitte die FDP endlich, inständig, nach so vielen Wochen nach dem Wahlkampf das Plakat vor meiner Haustür abzunehmen, da steht drauf: „Rot-Rot-Grün verhindern - FDP wählen“. Das ist einfach gelogen. Wer die FDP gewählt hat, hat Rot-Rot-Grün nicht verhindert, nur wer SPD gewählt hat, hat Rot-Rot-Grün verhindert. Das gehört zur Wahrheit und zur Wahrhaftigkeit.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf aus der SPD-Fraktion:
Immer noch nicht verwunden.)

Frau Ministerpräsidentin, zum Schluss spreche ich Sie an. Ich wundere mich, Ihr Haus hatte gebeten, dass wir Rücksicht nehmen sollten, wenn die Regierungserklärung bearbeitet ist, dass wir möglicherweise warten müssen, bis es gestern Abend alles so klappt. Wir haben das gemacht. Uns wurde mitgeteilt, akkurat, dass das mit den Häusern abzustimmen sei, was denn die Ministerpräsidentin heute in ihrer Regierungserklärung erklärt. Ich gehe davon aus, dass es dann mit den Häusern auch besprochen ist. Deswegen verstehe ich nicht, dass es offenkundig eine Doppelspitze in unserer Ministerpräsidenteneigenschaft gibt, dass wir eben noch eine zweite Regierungserklärung gehört haben, die uns nicht angekündigt war, auf die wir uns nicht vorbereiten konnten

(Beifall DIE LINKE)

und bei der wir das Gefühl haben, es war nicht ganz klar, ob es der ehemalige Oppositionsvertreter der SPD war, der gesprochen hat, der Parteivorsitzende, der dies mit dem Parteitag verwechselt hat mit diesem Hohen Haus oder ob Ihre Landesregierung in Zukunft von zwei Personen geführt wird, dann bitten wir nur um das Verständnis, dass auch die zweite Regierungserklärung rechtzeitig abgestimmt ist, so dass wir sie auch in unsere Erwiderung mit einbeziehen können.

(Beifall DIE LINKE)

Ich möchte auf die Details nicht eingehen, ich finde es nur verwunderlich, dass zur Eröffnung dieser Legislatur ein allumfassender Minister des Kultusbereiches sogleich über GreenTech und über die Abwasserbeiträge alles mit abhandelt. Offenkundig könnten wir uns ein paar Ministerien sparen, das wäre auch gar nicht schlecht, wäre ein echter Sparvorschlag.

(Beifall DIE LINKE)

Ich finde nur, es war an der CDU zu besichtigen, sie haben nicht geklatscht, stand offenkundig nicht im Koalitionsvertrag, dass bei der zweiten Regierungserklärung geklatscht werden muss.

(Unruhe im Hause)

(Zwischenruf Abg. Moring, CDU:
Das gibt es doch gar nicht.)

Es zeigt ein bisschen: Hier stolpert zusammen, was nicht zusammengehört. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Gentzel:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb schließe ich den Tagesordnungspunkt 1 und wir gehen jetzt gemeinsam in eine Mittagspause. Wir setzen, wie von der Vizepräsidentin Dr. Klaubert hier noch mal erklärt, die Landtagssitzung um 14.20 Uhr fort.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir fahren fort in der Tagesordnung wie besprochen mit **Tagesordnungspunkt 15**

Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission (ParlKK) gemäß § 18 Abs. 2 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes (ThürVSG)

Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU und der SPD sowie der Fraktion DIE LINKE
- Drucksachen 5/79/94 -

Vorab ein Hinweis: Nach Verfassungsschutzgesetz besteht die Parlamentarische Kontrollkommission aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte mit der Mehrheit seiner Mitglieder, also mit mindestens 45 Stimmen, gewählt werden. Dabei entfallen nach dem d'hondtschen Höchstzahlverfahren auf die Fraktionen der CDU und DIE LINKE jeweils zwei Mitglieder und auf die Fraktion der SPD ein Mitglied. Die Wahlvorschläge liegen Ihnen in den Drucksachen 5/79 und 5/94 vor.

Ich frage zunächst: Ist die Aussprache gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Nach unserer Geschäftsordnung kann diese Wahl durch Handzeichen abgestimmt werden. Voraussetzung ist, dass kein Mitglied des Landtags dem widerspricht. Möchte ein Mitglied des Landtags widersprechen? Ich sehe, das ist der Fall, also findet nach unserer Geschäftsordnung eine gemeine Wahl statt.

Ich will Ihnen den Stimmzettel gern dazu erläutern. Sie bekommen einen Stimmzettel mit den Wahlvorschlägen der von mir genannten Fraktionen. Sie können jedem Abgeordneten ein Kreuz geben, und zwar Ja, Nein und Enthaltung ist möglich. Als Wahlhelfer berufe ich die Abgeordneten König, Metz und Recknagel.

Ich eröffne jetzt die Wahlhandlung und bitte die Schriftführer, die Namen zu verlesen.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dirk; Althaus, Dieter; Augsten, Dr. Frank; Bärwolff, Matthias; Barth, Uwe; Baumann, Rolf; Bergemann, Gustav; Bergner, Dirk; Berninger, Sabine; Blechschmidt, André; Carius, Christian; Diezel, Birgit; Döring, Hans-Jürgen; Doht, Sabine; Eckardt, David-Christian; Emde, Volker; Enders, Petra; Fiedler, Wolfgang; Gentzel, Heiko; Grob, Manfred; Günther, Gerhard; Gumprecht, Christian; Hartung, Dr. Falk Thomas; Hauboldt, Ralf; Hausold, Dieter; Hellmann, Manfred; Hennig, Susanne; Hey, Matthias; Heym, Michael; Hitzing, Franka; Höhn, Uwe; Holbe, Gudrun; Holzapfel, Elke; Huster, Mike; Jung, Margit; Kanis, Regine; Kaschuba, Dr. Karin; Keller, Birgit; Kellner, Jörg; Kemmerich, Thomas; Klaubert, Dr. Birgit; König, Katharina; Koppe, Marian; Korschewsky, Knut; Kowalleck, Maik; Krauße, Horst; von der Krone, Klaus; Kubitzki, Jörg; Künast, Dagmar; Kummer, Tilo; Kuschel, Frank;

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

Lehmann, Annette; Lemb, Wolfgang; Leukefeld, Ina; Lieberknecht, Christine; Dr. Lukin, Gudrun; Marx, Dorothea; Matschie, Christoph; Meißner, Beate; Metz, Peter; Meyer, Carsten; Mohring, Mike; Mühlbauer, Eleonore Margarete; Pelke, Birgit; Dr. Pidde, Werner; Primas, Egon; Ramelow, Bodo; Recknagel, Lutz; Reinholz, Jürgen; Renner, Martina; Rothe-Beinlich, Astrid; Schröter, Fritz; Schubert, Jennifer; Sedlacik, Heidrun; Siegesmund, Anja; Sojka, Michael; Stange, Karola; Tasch, Christina; Taubert, Heike; Untermann, Heinz; Dr. Voigt, Mario; Walsmann, Marion; Weber, Frank; Wetzell, Siegfried; Wolf, Katja; Worm, Henry; Wucherpfennig, Gerold; Dr. Zeh, Klaus.

Vizepräsident Gentzel:

Ich gehe davon aus, dass alle Abgeordneten ihrem Wahlrecht nachgekommen sind. Deshalb schließe ich die Wahlhandlung und bitte um Auszählung der Stimmen.

Vizepräsidentin Hitzing:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ein Wahlergebnis. Ich stelle folgendes Wahlergebnis fest: Für die Wahl von Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollkommission gemäß § 18 Abs. 2 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes wurden 84 Stimmzettel abgegeben. Anwesende Abgeordnete zu Sitzungsbeginn waren 85.

Herr Abgeordneter Wolfgang Fiedler, mit 50 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen und 1 ungültigen Stimme sind Sie gewählt. Ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl an?

(Zuruf Abg. Fiedler, CDU:
Ich nehme die Wahl an.)

Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall CDU)

Herr Abgeordneter Fritz Schröter, Sie haben 59 Jastimmen, 15 Neinstimmen, 8 Enthaltungen, 2 ungültige Stimmen, damit sind Sie gewählt. Ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl an?

(Zuruf Abg. Schröter, CDU:
Ja, ich nehme die Wahl an.)

Danke schön. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall CDU)

Herr Abgeordneter Heiko Gentzel, 61 Jastimmen, 14 Neinstimmen, 8 Enthaltungen, 1 ungültige Stimme, damit sind Sie gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

(Zuruf Abg. Gentzel, SPD:
Ja, ich nehme die Wahl an.)

Herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch.

(Beifall im Hause)

Der Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE, Herr Abgeordneter Dieter Hausold, mit 67 Jastimmen, 11 Neinstimmen, 4 Enthaltungen und 2 ungültigen Stimmen sind Sie gewählt. Ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl an?

(Zuruf Abg. Hausold, DIE LINKE:
Ja, ich nehme die Wahl an.)

Herzlichen Glückwunsch. Danke schön.

(Beifall im Hause)

Herr Abgeordneter Dirk Adams, mit 55 Jastimmen, 20 Neinstimmen, 7 Enthaltungen und 2 ungültigen Stimmen sind Sie gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

(Zuruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Ja, ich nehme die Wahl an.)

Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall im Hause)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**

Wahl der Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 Grundgesetz (G 10-Kommission) gemäß § 2 des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes (AG G 10)

Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU und der SPD sowie der Fraktion DIE LINKE
- Drucksachen 5/80/89 -

Folgender Hinweis: Gemäß § 2 Abs. 2 des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes besteht die G 10-Kommission aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt haben soll, und zwei Beisitzern. Die Mitglieder der Kommission werden zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt. Dabei entfallen nach dem d'hondtschen Höchstzahlverfahren auf die Fraktion der CDU, die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion der SPD je ein Mitglied.

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen in den Drucksachen 5/80 und 5/89 vor. Wird Aussprache gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Gemäß § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung kann bei Wahlen durch Handzeichen abgestimmt werden, wenn kein Mitglied des Landtags widerspricht. Gibt es Widerspruch? Ja, es gibt Widerspruch. Dann kommen wir zur geheimen Wahl.

Dazu wird wieder wie folgt verfahren: Ich erläutere den Stimmzetteln. Für die Wahl erhält jede Abgeordnete, jeder Abgeordnete einen Stimmzettel, für den sie bzw. er drei Stimmen hat. Es kann jeweils entweder Ja, Nein oder Enthaltung angekreuzt werden. Als Wahlhelfer berufe ich die Abgeordneten König, Metz und Recknagel.

Ich eröffne die Wahlhandlung und bitte die Schriftführer, die Namen zu verlesen:

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dirk; Althaus, Dieter; Dr. Augsten, Frank; Bärwolff, Matthias; Barth, Uwe; Baumann, Rolf; Bergemann, Gustav; Bergner, Dirk; Berninger, Sabine; Blechschmidt, André; Carius, Christian; Diezel, Birgit; Döring, Hans-Jürgen; Doht, Sabine; Eckardt, David-Christian; Emde, Volker; Enders, Petra; Fiedler, Wolfgang; Gentzel, Heiko; Grob, Manfred; Günther, Gerhard; Gumprecht, Christian; Dr. Hartung, Thomas; Hauboldt, Ralf; Hausold, Dieter; Hellmann, Manfred; Hennig, Susanne; Hey, Matthias; Heym, Michael;

Hitzing, Franka; Höhn, Uwe; Holbe, Gudrun; Holzappel, Elke; Huster, Mike; Jung, Margit; Kanis, Regin; Dr. Kaschuba, Karin; Keller, Birgit; Kellner, Jörg; Kemmerich, Thomas; Dr. Klaubert, Birgit; König, Katharina; Koppe, Marian; Korschwesky, Knut; Kowalleck, Maik; Krauß, Horst; von der Krone, Klaus; Kubitzki, Jörg; Künast, Dagmar; Kummer, Tilo; Kuschel, Frank;

Abgeordnete Holzappel, CDU:

Lehmann, Annette; Lemb, Wolfgang; Leukefeld, Ina; Lieberknecht, Christine; Dr. Lukin, Gudrun; Marx, Dorothea; Matschie, Christoph; Meißner, Beate; Metz, Peter; Meyer, Carsten; Mohring, Mike; Mühlbauer, Eleonore Margarete; Pelke, Birgit; Dr. Pidde, Werner; Primas, Egon; Ramelow, Bodo; Recknagel, Lutz; Reinholz, Jürgen; Renner, Martina; Rothe-Beinlich, Astrid; Schröter, Fritz; Schubert, Jennifer; Sedlacik, Heidrun; Siegesmund, Anja; Sojka, Michael; Stange, Karola; Tasch, Christina; Taubert, Heike; Untermann, Heinz; Dr. Voigt, Mario; Walsmann, Marion; Weber, Frank; Wetzels, Siegfried; Wolf, Katja; Worm, Henry; Wucherpfennig, Gerold; Dr. Klaus Zeh.

Vizepräsidentin Hitzing:

Ich schließe die Wahlhandlung und bitte um Auszählung der Stimmen.

Werte Abgeordnete, wir haben ein Ergebnis. Zur Wahl der Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 Grundgesetz gemäß § 2 des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10 Grundgesetz wurden 83 Stimmen abgegeben. Noch mal als Hinweis: Zu Beginn der Sitzung waren 85 Abgeordnete anwesend. Herr Abgeordneter Fiedler, auf Sie entfielen 51 Jastimmen, 24 Neinstimmen, 6 Enthaltungen und 2 ungültige Stimmen. Ich gehe davon aus, dass Sie die Wahl annehmen.

(Zuruf Abg. Fiedler, CDU: Sie haben sich nicht getäuscht, Frau Präsidentin.)

Herzlichen Glückwunsch.

Frau Abgeordnete Marx, auf Sie entfielen 63 Jastimmen, 13 Neinstimmen, 6 Enthaltungen und 1 ungültige Stimme. Damit sind Sie gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

(Zuruf Abg. Marx, SPD: Ja.)

Herzlichen Glückwunsch.

Herr Abgeordneter Hauboldt, auf Sie entfielen 45 Jastimmen, 33 Neinstimmen, 4 Enthaltungen und 1 ungültige Stimme. Damit sind Sie gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

(Zuruf Abg. Hauboldt, DIE LINKE: Ja, ich nehme die Wahl an.)

Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall im Hause)

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 17**

Wahl zur Bestimmung der weiteren gesellschaftlich bedeutsamen Mitglieder des MDR-Rundfunkrates

Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU und DIE LINKE

- Drucksachen 5/81/91 -

dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/27 -

Hinweis: Gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 16 i.V.m. Abs. 3 des Staatsvertrages über den Mitteldeutschen Rundfunk hat der Thüringer Landtag rechtzeitig vor Ablauf der Amtsperiode des MDR-Rundfunkrats am 1. Dezember 2009 zwei weitere gesellschaftlich bedeutsame Organisationen und Gruppen zu bestimmen. Die Informationen zu den Bewerbern liegen Ihnen in der Unterrichtung in der Drucksache 5/27 vor. Die Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU und DIE LINKE liegen Ihnen in den Drucksachen 5/81 und 5/91 vor.

Wird Aussprache gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Gemäß § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung kann bei Wahlen durch Handzeichen abgestimmt werden, wenn kein Mitglied des Landtags widerspricht. Gibt es Widerspruch? Ich sehe Widerspruch. Dann kommen wir zu einer geheimen Wahl.

Es wird wie folgt verfahren - ich erläutere den Stimmzettel: Für die Wahl erhält jede und jeder Abgeordnete einen Stimmzettel, für den sie bzw. er zwei Stimmen hat. Es kann jeweils entweder Ja oder Nein oder Enthaltung angekreuzt werden.

Als Wahlhelfer berufe ich die Abgeordneten König, Kanis und Recknagel.

Ich eröffne die Wahlhandlung und bitte die Schriftführer, die Namen zu verlesen.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dirk; Althaus, Dieter; Dr. Augsten, Frank; Bärwolff, Matthias; Barth, Uwe; Baumann, Rolf; Bergemann, Gustav; Bergner, Dirk; Berninger, Sabine; Blechschmidt, André; Carius, Christian; Diezel, Birgit; Döring, Hans-Jürgen; Doht, Sabine; Eckardt, David-

Christian; Emde, Volker; Enders, Petra; Fiedler, Wolfgang; Gentzel, Heiko; Grob, Manfred; Günther, Gerhard; Gumprecht, Christian; Dr. Hartung, Thomas; Hauboldt, Ralf; Hausold, Dieter; Hellmann, Manfred; Hennig, Susanne; Hey, Matthias; Heym, Michael; Hitzing, Franka; Höhn, Uwe; Holbe, Gudrun; Holzappel, Elke; Huster, Mike; Jung, Margit; Kanis, Regine; Dr. Kaschuba, Karin; Keller, Birgit; Kellner, Jörg; Kemmerich, Thomas; Dr. Klaubert, Birgit; König, Katharina; Koppe, Marian; Korschewsky, Knut; Kowalleck, Maik; Krauß, Horst; von der Krone, Klaus; Kubitzki, Jörg; Künast, Dagmar; Kummer, Tilo; Kuschel, Frank;

Abgeordnete Holzappel, CDU:

Lehmann, Annette; Lemb, Wolfgang; Leukefeld, Ina; Lieberknecht, Christine; Dr. Lukin, Gudrun; Marx, Dorothea; Matschie, Christoph; Meißner, Beate; Metz, Peter; Meyer, Carsten; Mohring, Mike; Mühlbauer, Eleonore Margarete; Pelke, Birgit; Dr. Pidde, Werner; Primas, Egon; Ramelow, Bodo; Recknagel, Lutz; Reinholz, Jürgen; Renner, Martina; Rothe-Beinlich, Astrid; Schröter, Fritz; Schubert, Jennifer; Sedlacik, Heidrun; Siegesmund, Anja; Sojka, Michael; Stange, Karola; Tasch, Christina; Taubert, Heike; Untermann, Heinz; Dr. Voigt, Mario; Walsmann, Marion; Weber, Frank; Wetzel, Siegfried; Wolf, Katja; Worm, Henry; Wucherpfennig, Gerold; Dr. Zeh, Klaus.

Vizepräsidentin Hitzing:

Ich frage: Hat jeder von seinem Wahlrecht Gebrauch machen können? Dann schließe ich jetzt den Wahlgang und bitte um Auszählung der Stimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ein Wahlergebnis:

Für den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, Arbeitskreis Thüringer Familienorganisation e.V., gibt es 62 Jastimmen, 16 Neinstimmen, 2 Enthaltungen, 2 ungültige Stimmen. Ich gehe davon aus, dass der Arbeitskreis Thüringer Familienorganisation e.V. die Wahl annimmt, und gratuliere von dieser Stelle aus.

Auf den Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE, BUND Landesverband Thüringen e.V., entfallen 55 Jastimmen, 20 Neinstimmen, 6 Enthaltungen und 1 ungültige Stimme, so dass auch der BUND mehrheitlich gewählt ist. Ich gehe hier ebenfalls davon aus, dass die Wahl angenommen wird, und gratuliere von dieser Stelle. Entschuldigung, es wurden 82 Stimmen abgegeben bei ursprünglich zu Sitzungsbeginn 85 Abgeordneten.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 18**

Wahl von Mitgliedern und deren Stellvertretern des Stiftungsrats der Stiftung „Gedenken - Erinnern - Lernen. Thüringer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“

Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU und DIE LINKE
- Drucksachen 5/82/90 -

Folgender Hinweis: Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 der Stiftungssatzung gehören dem Stiftungsrat unter anderem zwei Mitglieder des Thüringer Landtags an. Da die Satzung das Wahlverfahren nicht regelt, findet die allgemeine Verfahrensvorschrift des § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung Anwendung. Danach ist die Fraktion der CDU und die Fraktion DIE LINKE für je ein Mitglied und dessen Stellvertreter vorschlagsberechtigt. Die Wahlvorschläge liegen Ihnen in den Drucksachen 5/82 und 5/90 vor.

Ich frage Sie: Wird Aussprache gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gemäß § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung kann die Wahl mit Handzeichen abgestimmt werden, wenn es kein Mitglied des Landtags gibt, das widerspricht. Wir haben 2 Widersprüche, somit kommen wir zur geheimen Wahl.

Es wird wie folgt verfahren: Für die Wahl erhält jede oder jeder Abgeordnete einen Stimmzettel, für den sie bzw. er vier Stimmen hat. Es kann jeweils entweder Ja oder Nein oder Enthaltung angekreuzt werden. Als Wahlhelfer berufe ich erneut die Abgeordneten Kanis und Recknagel und für die Abgeordnete König, die bei dieser Wahl selbst als Kandidatin antritt, bitte ich den Abgeordneten Dr. Hartung als Wahlhelfer zu fungieren.

Ich eröffne jetzt die Wahlhandlung und bitte die Schriftführer, die Namen zu verlesen.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dirk; Althaus, Dieter; Augsten, Frank; Bärwolff, Matthias; Barth, Uwe; Baumann, Rolf; Bergemann, Gustav; Bergner, Dirk; Berninger, Sabine; Blechschmidt, André; Carius, Christian; Diezel, Birgit; Döring, Hans-Jürgen; Doht, Sabine; Eckardt, David-Christian; Emde, Volker; Enders, Petra; Fiedler, Wolfgang; Gentzel, Heiko; Grob, Manfred; Günther, Gerhard; Gumprecht, Christian; Dr. Hartung, Thomas; Hauboldt, Ralf; Hausold, Dieter; Hellmann, Manfred; Hennig, Susanne; Hey, Matthias; Heym, Michael; Hitzing, Franka; Höhn, Uwe; Holbe, Gudrun; Holzappel, Elke; Huster, Mike; Jung, Margit; Kanis, Re-

gine; Dr. Kaschuba, Karin; Keller, Birgit; Kellner, Jörg; Kemmerich, Thomas; Dr. Klaubert, Birgit; König, Katharina; Koppe, Marian; Korschewsky, Knut; Kowalleck, Maik; Krauß, Horst; von der Krone, Klaus; Kubitzki, Jörg; Künast, Dagmar; Kummer, Tilo; Kuschel, Frank;

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

Lehmann, Annette; Lemb, Wolfgang; Leukefeld, Ina; Lieberknecht, Christine; Dr. Lukin, Gudrun; Marx, Dorothea; Matschie, Christoph; Meißner, Beate; Metz, Peter; Meyer, Carsten; Moring, Mike; Mühlbauer, Eleonore Margarete; Pelke, Birgit; Dr. Pidde, Werner; Primas, Egon; Ramelow, Bodo; Recknagel, Lutz; Reinholz, Jürgen; Renner, Martina; Rothe-Beinlich, Astrid; Schröter, Fritz; Schubert, Jennifer; Sedlacik, Heidrun; Siegesmund, Anja; Sojka, Michael; Stange, Karola; Tasch, Christina; Taubert, Heike; Untermann, Heinz; Dr. Voigt, Mario; Walsmann, Marion; Weber, Frank; Wetzell, Siegfried; Wolf, Katja; Worm, Henry; Wucherpfennig, Gerold; Dr. Zeh, Klaus.

Vizepräsidentin Hitzing:

Konnte jeder sein Wahlrecht ausüben? Dann schließe ich jetzt den Wahlgang und bitte um Auszählung der Stimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben ein Wahlergebnis. Es wurden 83 Stimmen abgegeben bei ursprünglich 85 anwesenden Abgeordneten. Der Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, Herr Klaus von der Krone, hat 56 Jastimmen, 20 Neinstimmen, 6 Enthaltungen und 1 ungültige Stimme erhalten. Herr von der Krone, ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl an?

(Zuruf Abg. von der Krone, CDU: Ja.)

Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall CDU)

Als Stellvertreter wurde Herr Abgeordneter Dr. Klaus Zeh mit 62 Jastimmen, 13 Neinstimmen, 7 Enthaltungen und 1 ungültigen Stimme gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

(Zuruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Ja.)

Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall CDU)

Auf den Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE, Abgeordnete Frau Dr. Karin Kaschuba als Mitglied, entfielen 41 Jastimmen, 34 Neinstimmen, 7 Enthaltungen und 1 ungültige Stimme. Ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl an?

(Zuruf Abg. Dr. Kaschuba, DIE LINKE: Ja.)

Herzlichen Glückwunsch.

Auf Frau Abgeordnete Katharina König als Stellvertreterin entfielen 33 Jastimmen, 41 Neinstimmen, 6 Enthaltungen und 3 ungültige Stimmen. Das bedeutet, Sie sind nicht gewählt worden.

Ich frage die Fraktion DIE LINKE, ob Sie bei Ihrem Wahlvorschlag bleiben, dann würden wir jetzt einen zweiten Wahlgang durchführen, oder ob Sie einen neuen Wahlvorschlag einbringen wollen, das würde bedeuten, diese Wahl wird zu einer nächsten Sitzung vorgenommen.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, wir bleiben bei unserem Wahlvorschlag und würden um nochmalige Wahl bitten.

Vizepräsidentin Hitzing:

Das werden wir dann so tun. Das bedeutet, ich unterbreche die Sitzung für ca. 15 Minuten.

(Zwischenruf Abg. Moring, CDU: Nein, nächsten Punkt aufrufen und weitermachen.)

Wir unterbrechen für ca. 15 Minuten, um die Wahlzettel vorzubereiten, dann geht es weiter.

Werte Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen; wir fahren in unserer Tagesordnung fort.

Wir kommen jetzt zum zweiten Wahlgang. Für die Wahl berufe ich als Wahlhelfer Abgeordnete Kanis und Abgeordneten Recknagel. Anstelle von Herrn Dr. Hartung wird jetzt Abgeordneter Meyer als Wahlhelfer berufen.

Bevor wir mit dem Wahlprocedere beginnen, noch eine Frage: Wird eine offene Abstimmung oder eine geheime Wahl gewünscht? Gibt es Widerspruch?

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Geheim natürlich.)

Geheime Wahl. Dann erkläre ich Ihnen den Wahlzettel: Wir sind im zweiten Wahlgang für die Abgeordnete Katharina König, Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE. Sie haben jeweils eine Stimme, entweder Ja, Nein oder Enthaltung.

Ich eröffne jetzt den Wahlgang.

Abgeordnete Hennig, DIE LINKE:

Adams, Dirk; Althaus, Dieter; Dr. Augsten, Frank; Bärwolff, Matthias; Barth, Uwe; Baumann, Rolf; Bergemann, Gustav; Bergner, Dirk; Berninger, Sabine; Blechschmidt, André; Carius, Christian; Diezel, Birgit; Döring, Hans-Jürgen; Doht, Sabine; Eckardt, David-Christian; Emde, Volker; Enders, Petra; Fiedler, Wolfgang; Gentzel, Heiko; Grob, Manfred; Günther, Gerhard; Gumprecht, Christian; Dr. Hartung, Thomas; Hauboldt, Ralf; Hausold, Dieter; Hellmann, Manfred; Hennig Susanne; Hey, Matthias; Heym, Michael; Hitzing, Franka; Höhn, Uwe; Holbe, Gudrun; Holzapfel, Elke; Huster, Mike; Jung, Margit; Kanis, Regine; Kaschuba, Dr. Karin; Keller, Birgit; Kellner, Jörg; Kemmerich, Thomas; Klaubert, Dr. Birgit; König, Katharina; Koppe, Marian; Korschewsky, Knut; Kowalleck, Maik; Krauß, Horst; von der Krone, Klaus; Kubitzki, Jörg; Künast, Dagmar; Kummer, Tilo; Kuschel, Frank;

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Lehmann, Annette; Lemb, Wolfgang; Leukefeld, Ina; Lieberknecht, Christine; Dr. Lukin, Gudrun; Marx, Dorothea; Matschie, Christoph; Meißner, Beate; Metz, Peter; Meyer, Carsten; Moring, Mike; Mühlbauer, Eleonore; Pelke, Birgit; Pidde, Dr. Werner; Primas, Egon; Ramelow, Bodo; Recknagel, Lutz; Reinholz, Jürgen; Renner, Martina; Rothe-Beinlich, Astrid; Schröter, Fritz; Schubert, Jennifer; Sedlacik, Heidrun; Siegesmund, Anja; Sojka, Michael; Stange, Karola; Tasch, Christina; Taubert, Heike; Untermann, Heinz; Dr. Voigt, Mario; Walsmann, Marion; Weber, Frank; Wetzell, Siegfried; Wolf, Katja; Worm, Henry; Wucherpfennig, Gerold; Dr. Zeh, Klaus.

Vizepräsidentin Hitzing:

Konnte jeder von seinem Wahlrecht Gebrauch machen? Dann schließe ich jetzt den Wahlgang und bitte um Stimmenauszählung.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Wahlergebnis. Zweiter Wahlgang: Es wurden 84 Stimmen abgegeben bei 85 ursprünglich anwesenden Abgeordneten. Auf Frau Katharina König entfielen 36 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Damit ist Frau Katharina König nicht gewählt.

Das weitere Verfahren zur Wahl des Stellvertreters ist geregelt in der Drucksache 3/970 und bedarf einer neuen Vorbereitung. Aus diesem Grund schließe ich an dieser Stelle diesen Tagesordnungspunkt.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus mit Blick auf die Uhr, dass es Ihre Zustimmung trifft, dass wir jetzt noch den Tagesordnungspunkt 19 abarbeiten und auch die Tagesordnungspunkte 13 und 14,

die ohne Aussprache anstehen.

Zur weiteren Information, wenn das Ihre Zustimmung findet, werden wir morgen um 14.00 Uhr die Fragestunde haben und ca. 15.00 Uhr die Aktuelle Stunde. Ich sehe keinen Widerspruch.

Dann rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 19**

**Nachwahl von Mitgliedern in die
Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt**

Wahlvorschläge der Fraktionen
der CDU und der SPD
- Drucksache 5/83 -

Hinweis: Gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 22 des Thüringer Landesmediengesetzes gehören der Versammlung der Landesmedienanstalt unter anderem drei Abgeordnete aus verschiedenen Fraktionen an. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Die laufende Amtszeit endet im November 2011. Nach § 45 Abs. 8 des Thüringer Landesmediengesetzes scheidet ein Mitglied aus der Versammlung aus, wenn es dem Landtag nicht mehr angehört. Nachdem die Abgeordneten Eckehard Kölbel und Reyk Seela nicht mehr dem Thüringer Landtag angehören, ist eine Nachwahl für die restliche Amtszeit vorzunehmen. Da im Thüringer Landesmediengesetz der Wahlmodus nicht geregelt ist, findet die allgemeine Verfahrensvorschrift des § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung Anwendung. Danach sind die Fraktionen der CDU und der SPD vorschlagsberechtigt. Der Wahlvorschlag liegt Ihnen in der Drucksache 5/83 vor.

Wird Aussprache gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Gemäß § 46 der Geschäftsordnung kann bei Wahlen durch Handzeichen abgestimmt werden, wenn es keinen Widerspruch eines Mitglieds des Landtags gibt. Gibt es Widerspruch? Ich sehe einen Widerspruch. Das bedeutet, wir gehen zur geheimen Wahl über.

Ich erkläre den Stimmzettel. Für die Wahl erhält jede und jeder Abgeordnete einen Stimmzettel, für den sie bzw. er zwei Stimmen hat. Es kann jeweils entweder Ja, Nein oder Enthaltung angekreuzt werden. Als Wahlhelfer berufe ich die Abgeordneten König, Kanis und Recknagel.

Ich eröffne den Wahlgang.

Abgeordnete Hennig, DIE LINKE:

Adams, Dirk; Althaus, Dieter; Augsten, Dr. Frank; Bärwolff, Matthias; Barth, Uwe; Baumann, Rolf; Bergemann, Gustav; Bergner, Dirk; Berninger, Sabine; Blechschmidt, André; Carius, Christian; Diezel, Birgit; Döring, Hans-Jürgen; Doht, Sabine; Eckardt, David-

Christian; Emde, Volker; Enders, Petra; Fiedler, Wolfgang; Gentzel, Heiko; Grob, Manfred; Günther, Gerhard; Gumprecht, Christian; Hartung, Dr. Thomas; Hauboldt, Ralf; Hausold, Dieter; Hellmann, Manfred; Hennig, Susanne; Hey, Matthias; Heym, Michael; Hitzing, Franka; Höhn, Uwe; Holbe, Gudrun; Holzappel, Elke; Huster, Mike; Jung, Margit; Kanis, Regine; Kaschuba, Dr. Karin; Keller, Birgit; Kellner, Jörg; Kemmerich, Thomas.; Klaubert, Dr. Birgit; König, Katharina; Koppe, Marian; Korschewsky, Knut; Kowallick, Maik; Krauß, Horst; von der Krone, Klaus; Kubitzki, Jörg; Künast, Dagmar; Kummer, Tilo; Kuschel, Frank;

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Lehmann, Annette; Lemb, Wolfgang; Leukefeld, Ina; Lieberknecht, Christine; Dr. Lukin, Gudrun Martha; Marx, Dorothea; Matschie, Christoph; Meißner, Beate; Metz, Peter; Meyer, Carsten; Mohring, Mike; Mühlbauer, Eleonore; Pelke, Birgit; Dr. Pidde, Werner; Primas, Egon; Ramelow, Bodo; Recknagel, Lutz; Reinholz, Jürgen; Renner, Martina; Rothe-Beinlich, Astrid; Schröter, Fritz; Schubert, Jennifer; Sedlacik, Heidrun; Siegesmund, Anja; Sojka, Michael; Stange, Karola; Tasch, Christina; Taubert, Heike; Untermann, Heinz; Dr. Voigt, Mario; Walsmann, Marion; Weber, Frank; Wetzel, Siegfried; Wolf, Katja; Worm, Henry; Wucherpfennig, Gerold; Dr. Zeh, Klaus.

Vizepräsidentin Hitzing:

Wenn alle Abgeordneten gewählt haben, dann schließe ich jetzt den Wahlgang. Ich bitte um Auszählung der Stimmen.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Ergebnis. Bei 81 abgegebenen Stimmen von ursprünglich 85 anwesenden Abgeordneten entfallen auf Herrn Abgeordneten Dr. Klaus Zeh 55 Jastimmen, 23 Neinstimmen, 3 Enthaltungen, keine ungültige Stimme. Somit sind Sie gewählt. Ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

(Zuruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Ja, danke.)

Danke schön. Herzlichen Glückwunsch.

Herr Abgeordneter Uwe Höhn, auf Sie entfielen 54 Jastimmen, 23 Neinstimmen, 4 Enthaltungen, keine ungültige Stimme. Sie sind somit gewählt. Ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

(Zuruf Abg. Höhn, SPD: Ja.)

Herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch.

Ich schließe hiermit den Tagesordnungspunkt 19.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 13**

Immunität von Abgeordneten des Thüringer Landtags

Antrag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 5/68 -

Wünscht jemand der Einreicher das Wort zur Begründung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Es gibt keinen Antrag auf Überweisung an die Ausschüsse. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Wir stimmen ab über den Antrag der Fraktionen in der Drucksache 5/68. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? So wie ich das sehe, gibt es keine Gegenstimme und keine Enthaltung. Dann ist der Antrag angenommen. Danke schön.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 14**

Übertragung von Zustimmungsvorbehalten für den Landtag nach der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) auf den Haushalts- und Finanzausschuss

Antrag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 5/69 -

Wünscht jemand der Einreicher die Aussprache? Das ist nicht der Fall. Es gibt keinen Antrag auf Überweisung an die Ausschüsse. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer diesem Antrag der Fraktionen in der Drucksache 5/69 zustimmen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Stimmenthaltungen? Bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung ist auch dieser Antrag angenommen.

Ich bedanke mich und beende für heute die Sitzung.

Ende der Sitzung: 17.11 Uhr